



Kapitalrendite versus Klimaziele



4 Pat Christ
 Von der Wirkmacht
 des Geldes



6 Holger Kreft
 Was kann die
 Freiwirtschaft zur
 gesellschaftlichen
 Transformation beitragen?



20 Elmar Klink
 Greta Thunberg



26 Stefan Nold
 Die schwierige Suche
 nach der Wahrheit

- **HUMANE WIRTSCHAFT** ist „mehr als eine Zeitschrift“, weil es nicht unser Hauptanliegen ist, alle zwei Monate bedrucktes Papier an Abonnenten zu liefern. Es geht vielmehr darum, **der Idee einer gerechten Bodenordnung und eines nachhaltigen Geldsystems eine Stimme zu geben**. Das geschieht mit Hilfe von Autoren, die jenseits eingefahrenen Denkens Kenntnisse über zukunftsfähige Alternativen vermitteln. Insofern erfüllt die Zeitschrift einen erforderlichen Bildungsauftrag. Unsere regelmäßigen Bezieher sind Botschafter und Möglichmacherinnen. Freundinnen und Freunde, die es für bedeutend und wertvoll erachten, dass wahren Alternativlösungen Raum gegeben wird. Es besteht Interesse daran, die für eine Transformation auf ökonomischem Gebiet unerlässlichen Erkenntnisse weiterzugeben. Meinungsbildungsprozesse sollen mit dem Ziel angestoßen werden, der politischen Umsetzung eines zukunftsfähigen und nachhaltigen Ordnungsrahmens für Wirtschaft und Gesellschaft den Weg zu bereiten.
- Über das reine Abonnement hinausgehend gibt es die Fördermitgliedschaft. Mit ihrer Zeichnung bekunden mittlerweile viele Menschen ihren Willen, für grundlegende Reformen einzustehen und „ihrem“ Medium dabei zu helfen, sie der Realisierung näherzubringen.
- **HUMANE WIRTSCHAFT** ist werbefrei, weil wir die Unabhängigkeit für ein hohes Gut halten. Wir wissen aus Rückmeldungen, dass jede unserer Ausgaben zu mehr Lesern gelangt, als die nackte Zahl der gedruckten Auflage zum Ausdruck bringt.
- **HUMANE WIRTSCHAFT** fördert Bildung. Wir reden mit den Menschen auf eigenen Veranstaltungen, ebenso wie auf Kongressen und Konferenzen sonstiger Organisatoren. Wir beteiligen uns an konkreten Projekten und leisten nach Möglichkeit Hilfe, wo immer danach gefragt wird.
- Der Boden ist uns nicht nur im Hinblick auf Ordnungsfragen eine Herzensangelegenheit. Er ist auch das Verbindende zu allen Mitmenschen und der Natur in seiner gesamten Schönheit. Wir stehen zur gleichen Zeit auf ihm. Er nährt uns. Aus „**Humus**“ entstand „**Humanität**“.
- Und weil wir nur gemeinsam mit anderen Menschen zu mehr Gerechtigkeit, Solidarität und intensiverer Kooperation kommen können, wünschen wir, dass Sie uns begleiten:

Gesell
Dich doch dazu

ist die Einladung an alle, die sich für eine humane Wirtschaft einsetzen. Wir wollen Ihr Medium sein!

Mit Spenden und Fördermitgliedschaften ermöglichen Sie uns von Werbung unabhängig zu bleiben.

Wir sagen ein herzliches Dankeschön für Ihre Spende.

Informationen zu Abonnements und Fördermitgliedschaften unter <https://humane-wirtschaft.de> oder direkt per E-Mail: service@humane-wirtschaft.de oder im Impressum und auf den Bestellkarten im hinteren Teil dieser Ausgabe.

2. Vernetzungstreffen der Freiwirtschaft

vom **11. bis 13. Oktober 2019**

Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal

Weitere Informationen unter: <https://humane-wirtschaft.de/2-vernetzungstreffen>

In Gemeinschaft gegeneinander

Die Diskussionen zum Thema Klimawandel haben enorm Fahrt aufgenommen. Zwei trockene Sommer, Bilder von brennenden Wäldern, schmelzendem „ewigen“ Eis und eine weltweit aufgekeimte Jugendbewegung trugen dazu bei. Seit mehreren Jahrzehnten weiß man, welche Folgen das „Weiter so“ einer auf ständiges Wachstum programmierten Weltwirtschaft für das Ökosystem Erde haben wird. Ein erschreckendes Beispiel dafür, wie eine rationale Erkenntnis dauerhaft mit verhältnismäßiger Untätigkeit verbunden bleibt.

Warum ist lange nichts geschehen? Selbsternannte Ökologen, sei es aus wissenschaftlichem oder privatem Bereich, feuern aus Schamkanonen auf ihre Mitmenschen, um Handlungsweisen zu erzwingen, die sie für erforderlich erachten, um die Umwelt zu retten. Vieles deutet auf ein kämpferisches soziales „Klima“ hin, wenn es um die Zukunft des Planeten und individuelles Handeln geht. Ob aus einer solchen Stimmung heraus ein wünschenswertes und notwendiges Kollektivverhalten entsteht, sei dahingestellt. Fest steht nur: Wir brauchen eines! Der Soziologe Georg Simmel konstatierte, dass innerhalb von Kollektivhandlungen immer ein statistischer Rest Einzelner bleibe, der in entgegengesetzter Richtung handle. Das hänge damit zusammen, dass wir freie Menschen seien und nicht zu einem bestimmten Verhalten genötigt werden können. Der Einzelmensch sei frei, moralisch oder unmoralisch zu handeln. Entscheidend bleibt, wohin das Ganze strebt. Wenn es sich – getragen von einer Mehrheit – in die gewünschte Richtung entwickelt, ist irrelevant, was „Ausreißer“ unternehmen. Sollte diese These stimmen, verbleibt die Frage unbeantwortet, weshalb es nicht längst einen Wechsel der Entwicklungsrichtung des Gesellschaftskollektivs gab? Was genau sind die Gegenkräfte, die noch immer stärker zu sein scheinen, als der gesunde Menschenverstand jedes Einzelnen, der seit einer gefühlten Ewigkeit die Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise gutheißt? Eine Erklärung wäre, dass gleichzeitige Kollektivhandlungen auf anderweitigen Gebieten entgegengewirken.

Innerhalb unseres Wirtschaftssystems gibt es, nur zaghaft kritisch hinterfragt, nach wie vor den Drang zum Wachstum. Kein Tag vergeht, an dem dieses kategorisch geforderte Ziel nicht klar zum Ausdruck gebracht wird. Im fragilen System der in gegenseitigen Abhängigkeiten Wirtschaftenden herrscht Einigkeit, dass das Glück der Menschen von ihrem Erfolg im Wechselspiel aus Geben und Nehmen abhängt, was sich in Zahlen auf ihrem Bankkonto niederschlägt. Das Streben hinzu einer Steigerung von Einnahmen und einer Senkung von Ausgaben ist nicht nur in Unternehmen ein Faktor fürs Überleben, sondern auch in jedem Privathaushalt. Ein in seiner Gesamtheit wachsendes Wirtschaftsumfeld scheint beste Voraussetzungen zu bieten, diesem Drang nach mehr zu dienen. Dass es jahrzehntelang nicht gelang, Umwelt- und Klimaerfordernisse zu verwirklichen, ja nicht

einmal vorsichtig selbstgesteckte Ziele zu erreichen, deutet auf das Aufeinandertreffen zweier sich grundsätzlich widersprechender Kollektivhandlungs-Paradigmen hin. Seit vielen Jahren versuchen sowohl Politiker als auch Wissenschaftler verschiedenster Fachgebiete, eine Brücke zu schlagen. Ein grünes Wachstum wäre die Lösung dafür, das eine nicht lassen zu müssen und das andere zu verfolgen. Die Entkopplung des Ressourcenverbrauchs vom wirtschaftlichen Wachstum sei der Königsweg. Es mutet als fauler Kompromiss an, der bestenfalls zu einer Verlangsamung des destruktiven Prozesses tauglich erscheint. Es besteht die Gefahr, dass man wertvolle Zeit verliert und dem Ökosystem Erde irreparabler Schaden entsteht.

Im Ergebnis proklamieren wir auf unzähligen „Gipfeln“ weit in der Zukunft liegende Klimaziele, die drohen zur Makulatur zu werden. An einen grundlegenden Umbau des Wirtschafts- und Geldsystems traut man sich nicht heran. Was kann das bedeuten?

Das Kollektivhandlungsziel „Klimaschutz“ ist nicht mit dem als Kollektivhandeln weitaus älteren Kapitalismus vereinbar, dessen Maximen Wachstum, Gewinn, Kapitalrendite unerschütterlich erscheinen. Diese Unvereinbarkeit könnte dazu führen, dass die erstarkenden Kräfte der Klimabewegung, das gesamte Wirtschaftssystem aushebeln. Das Kind mitsamt dem Bade ausschütten. Die Forderungen, die aus Aktivkreisen der weltweiten „Fridays-for-future“-Bewegung an Politik, Wissenschaft und Wirtschaft gestellt werden deuten darauf hin, denn sie sind in aller Regel nicht vereinbar mit einem Wachstumsstreben. Ein Nebeneinander beider kollektiver Notwendigkeiten wird im Detail nicht erforscht. „Grünes Wachstum“ ist ungeeignet. Es fehlen Untersuchungen dahingehend, wie Nullwachstum oder gar Schrumpfung erreichbar ist, ohne das Sozialwesen in seiner Existenz zu gefährden. Ein bis heute nicht praktizierter Lösungsansatz ist die Freiwirtschaft mit ihrer Geld- und Bodenreform. Ihr wertvoller Kern ist geeignet, Klimaziele in Einklang mit einer funktionierenden Wirtschaft zu bringen und überdies das Soziale zu ertüchtigen. Die Energie der politisierten Jugend und der vielen Bürger und Organisationen, die sich für Wandel einsetzen kann mit einem Wirtschaftskonzept angereichert werden. Eine Aufgabe, die obendrein noch eine in den drei „F“ verborgene Verbindung hat.

Herzlich grüßt Ihr

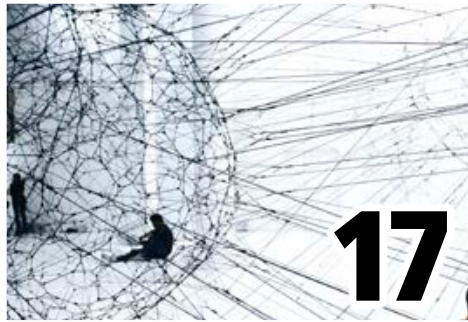
Andreas Bangermann



INHALT



4



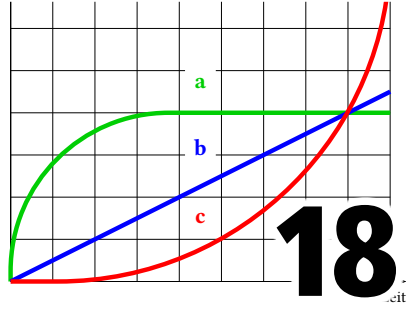
17



20



6



18

Kontaktinformationen unserer Geschäftsstelle:

HUMANE WIRTSCHAFT
Katharinenstraße 14
45131 Essen

Tel.: (0201) 458 457 85

Fax: (0201) 458 457 86

E-Mail: service@humane-wirtschaft.de

Von der Wirkmacht des Geldes 4 *Pat Christ*

In Würzburg soll erforscht werden, was Geld verändern kann. Dafür hat man sich mit einem erfolgreichen praktischen Modell und seinem Macher verbündet.

Wachstum als Dogma 18 *Thomas Kubo*

Die tägliche Berichterstattung über die wirtschaftliche Entwicklung enthält häufig ein implizites Dogma: Wachstum ist gut, richtig und notwendig. Ein Hindernis auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit?

Was kann die Freiwirtschaft zur gesellschaftlichen Transformation beitragen? 6 *Holger Kreft*

Die Zeichen stehen auf Wandel. Kipppunkte bedrohen, zum Beispiel hinsichtlich des Klimas. Sie können aber auch enorme Chancen für grundlegende Veränderungen bieten. Eine bisher noch völlig unverbrauchte Reformidee könnte dabei eine Rolle spielen. Es kommt lediglich darauf an, wie man sie in aktuelle Entwicklungen einbringt.

Greta Thunberg – Protestikone und Medien-Objekt 20 *Elmar Klink*

Sie stieg zu einem Star auf. Ihre mit Selbstbewusstsein und Ungezwungenheit vorgetragenen Forderungen an die große Politik der Welt traf nicht nur bei der Jugend auf den Wunsch nach radikaler Veränderung.

Einladung zum zweiten Vernetzungstreffen 17 *Terminhinweis*

Die freiwirtschaftlichen Reformgruppen und -organisationen haben einen Vernetzungsprozess begonnen. Hierzu sind alle eingeladen, die Lust am Aktivsein haben.

Digitales Zentralbankgeld 24 *Andreas Bangemann*

Technische Entwicklungen und die stärker werdende Rolle von Finanzdienstleistern bringt Tempo in die Forschung zu einer Zukunftsidee: Digitales „Bargeld“.

Termine 2019 25 *Unsere Termine, nahezu in der Heftmitte.*

Gesell

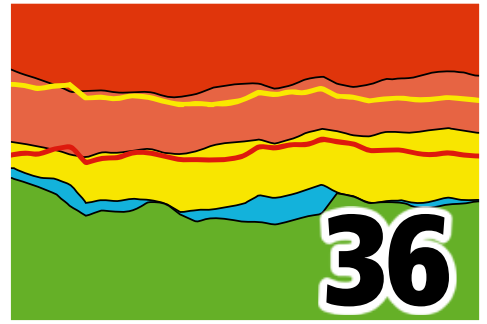
Dich doch dazu



26



34



36



30

TITELBILD:

EINE SCHLAMM-SCHLACHT

Idee: Andreas Bangemann

Umsetzung: Martin Bangemann

Fotogrundlage: Quino Al auf Unsplash
<https://unsplash.com/photos/txDt77eRGrM>



42

Die schwierige Suche nach der Wahrheit **26** *Stefan Nold*

Die Bereitstellung medialer Informationen und Nachrichten scheint eine unüberschaubar komplexe Vielfalt erreicht zu haben. Meinungsäußerung findet zunehmend zentralisiert statt. Doch wie frei und verschieden sind die Betrachtungswinkel?

Die Bodenrente als Finanzierungspotential des Staates **36** *Nórbért Oláh, Thomas Hüth & Dirk Löhr*

Die Grundsteuer muss von der Politik neugestaltet werden. Dabei böte sich die Chance, Veränderungen hinsichtlich der Finanzierung öffentlicher Aufgaben auf den Weg zu bringen.

Turbulenzen auf dem Immobilienmarkt **29** *Terminhinweis der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft*

Zum 64. Mal sind Interessierte und Experten zu einer spannenden Runde aus Vorträgen und Gesprächen geladen. Thema im November 2019: „Die Turbulenzen auf dem Immobilienmarkt“

Nachruf auf eine große Förderin der Freiwirtschaft **42** *Werner Onken*

Eine große Gönnerin der Geld- und Bodenreform verließ im hohen Alter die Bühne.

Ist die repräsentative Demokratie am Ende –...? **44** *Johannes Heinrichs*

Beitrag zur Belebung eines vernachlässigten, aber wichtigen Diskussionsfeldes.

Digitalisierung **30** *Pat Christ*

Ein Schlagwort, das keinen Raum für Kritik an seiner Notwendigkeit lässt. Ohne Digitalisierung keine Zukunft. Könnte man meinen. Wer genauer hineinfühlen will, welche Wirkungen sich entfalten, ist gut beraten, auf Erfahrungen von Menschen zu hören. Ein Beispiel aus dem Journalismus.

Fundstücke **47** *von Lesern für die Leser entdeckt*

Impressum – Kontakt – Shop **48**

Bonuszwecksparen als Sparform in zinsarmer Zeit **34** *Jörg Gude*

Die Selbstverständlichkeit der Verzinsung eines Guthabens bröckelt in Zeiten dauerhafter Negativzinsen. Gibt es Sparformen, die „lohnend“ sind? Ein Vorschlag.



Von der Wirkmacht des Geldes

Chiemgauer“-Initiator Christian Gelleri ist in Würzburger Forschungsprojekt integriert

Pat Christ

Der CO₂-Ausstoß steigt ungebremst. Immer mehr Arten verschwinden. Reiche werden zunehmend reicher. Der Abstand zu denjenigen, die nichts haben oder gar überschuldet sind, wächst. Wie angemessen auf alle diese Probleme des 21. Jahrhunderts reagieren? Könnten Regionalwährungen eine Lösung sein? Dieser Frage gehen die Juristin Isabel Feichtner und „Chiemgauer“-Initiator Christian Gelleri gerade in einem Forschungsprojekt an der Juristischen Fakultät der Uni Würzburg nach.

Geld ist die Basis unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft. Wo genug Geld zirkuliert, geht es den Unternehmen, den Beschäftigten und den Verbrauchern gut. Wo das nicht der Fall ist, drohen Firmen, bankrott zu gehen. Menschen verlieren ihre Arbeit, verschulden sich und müssen im schlimmsten Fall ihre Wohnung aufgeben, weil sie die Miete nicht mehr bezahlen können. Geld ist also etwas sehr Mächtiges. Macht wiederum sollte in einer Demokratie begrenzt sein. Keine Partei, aber auch kein Konzern sollte zu viel Macht bekommen. Denn Demokratie funktioniert nur, wenn es eine Opposition gibt. Und in der Wirtschaft Mitbewerber. Sonst hätten wir schnell eine Oligarchie.

Die Entwicklung der letzten Jahre führte nun dazu, dass die Wirtschaft immer undemokratischer wurde. Wie wir wirtschaften, wie wir produzieren und die Güter verteilen, das wird von immer weniger Menschen entschieden. Die Politik tut sich schwer, der Ökonomie Regeln zu setzen. In den Unternehmen haben Beschäftigte kaum noch Chancen, die Perspektiven ihres Betriebs, ihrer Branche oder ihrer Region mitzubestimmen. Etwa, indem sie Einfluss auf Investitionsentscheidungen nehmen. Am Ende hat all dies mit dem Machtfaktor „Geld“ zu tun.

Inwieweit Regionalwährungen für Abhilfe sorgen können, um diese Frage geht es im Würzburger Forschungsprojekt „Demokratisierung von Geld und Kredit“ am Beispiel des Währungsexperiments „Chiemgauer“. Dass es das wissenschaftliche Projekt gibt, ist Isabel Feichtner zu verdanken. Die Völkerrechtlerin forscht seit Jahren über das Weltraum- und Tiefseebergbaurecht. Dieses etwas abseitige Forschungsgebiet ist vor allem mit Blick auf die Ausbeutung von Rohstoffen, die sich im Weltraum oder in Tiefen bis zu 6.000 Metern auf dem Meeresboden verbergen, interessant. Dazu zählen Kupfer, Zinn, Kobalt, seltene Erden oder Manganknollen.

Tief unten im Meer



Lange war die Frage völlig irrelevant, wessen Eigentum diese Bodenschätze eigentlich sind. Man hatte schlicht nicht die Möglichkeit, sie zu bergen. Seit etwa 40 Jahren geht das. Deshalb musste sich die Politik mit der Problematik befassen, wer im Meeresboden nach Rohstoffen graben darf und wer von den Gewinnen aus dem Verkauf profitieren soll. Äußerst menschenfreundliche Ideen kamen laut Feichtner auf. So wurde der Tiefseeboden 1982 zum „Gemeinsamen Erbe der Menschheit“ erklärt. Ein internationales Unternehmen sollte geschaffen werden, um die Bodenschätze auszubeuten. Die Gewinne sollten an alle Völker gerecht verteilt werden.

Nun zeigt die Erfahrung, dass alles, was für eigennützige Zwecke zu Geld gemacht werden kann, auch zu Geld gemacht wird. So war es auch in diesem Fall. Von der ursprünglichen, men-

schrenfreundlichen Idee ist nicht mehr viel übrig. Alles deutet darauf hin, dass sich private Unternehmen die Rohstoffe im Tiefseeboden aneignen werden. Diese benötigen zwar ein Partnerland aus der sogenannten Dritten Welt. Doch ein solches Land zu finden, scheint nicht weiter schwer zu sein. So tat sich inzwischen ein Tochterunternehmen des kanadischen Bergbaukonzerns „Nautilus Minerals“ mit dem Inselstaat Nauru zusammen.

Wer vermutet, dass es die Ausbeutung dieser Rohstoffe dringend braucht, liegt falsch. Zwar heißt es überall, Rohstoffe verknappten sich. Doch nach Feichtners Untersuchungen ist dies nur ein Teil der Wahrheit. Der Preis von Rohstoffen spiegelt nach ihren Erkenntnissen nicht unbedingt die tatsächliche Knappheit oder Verfügbarkeit wider. Rohstoffe werden auch als Spekulationsobjekte an den Finanzmärkten gehandelt. Dass die Preise von Rohstoffen steigen, ist also nicht nur durch die Knappheit bedingt. Sondern es hat auch mit Finanzinvestoren zu tun.



In ihrer Dissertation beschäftigte sich Isabel Feichtner mit Prinzipien der Welthandelsorganisation.



Die soziale Spaltung in Deutschland führt auch zu politischem Auseinanderdriften.

Geld als höhere Macht

Hinter vielen ungunstigen gesellschaftlichen Prozessen scheint das Walten einer höheren Macht zu stecken. Selbst Politiker, scheint es, kommen gegen diese Macht nicht an. Nach Feichtners Erkenntnissen verbirgt sich diese Macht nicht zuletzt in unserer Geldordnung. Geld sei ein äußerst wirkmächtiger Faktor: „Denn es ist ja mehr als ein Tauschmittel.“ Geld bringt Zinsen. Oder, steckt man es in Niedrigzinsphasen in Immobilien, hohe Renditen. Investitionen in wirtschaftliche Aktivitäten machen folglich nur Sinn, wenn dadurch höhere Gewinne generiert werden können als durch reine Geldanlage. Rohstoffe auszubeuten, verspricht aktuell hohe Profite.

Überall in Deutschland gärt Wut, weil das, was Wissenschaftler schon lange festgestellt haben, nämlich dass sich die Gesellschaft spaltet, nun zunehmend real spürbar wird – zum Beispiel an der Problematik der steigenden Mieten. Überhaupt nehmen Wut und Unverständnis gegenüber politischen Entscheidungen zu. Längst ist von der Krise der repräsentativen Demokratie die Rede. In Bayern reagierte das Wissenschaftsministerium auf diese bedenklichen Entwicklungen mit dem Forschungsverbund „Zukunft der Demokratie“. Feichtners Projekt ist eines von elf Teilprojekten innerhalb des Verbunds. Die Völkerrechtlerin gehört außerdem dem Sprecherteam des Verbunds an.

Die Einbindung gesellschaftlicher Akteure in Forschung verbürgt Praxisnähe. So entschieden sich auch die am Forschungsverbund Beteiligten, den Dialog mit Praktikern zu suchen. Isabel Feichtner holte den Wirtschaftspädagogen Christian Gelleri, der vor 17 Jahren, zunächst als Schulprojekt, den „Chiemgauer“ ins Leben gerufen hat, mit ins Boot. Die beiden wollen in ihrem Forschungsprojekt vier Jahre lang der Frage nachgehen, was „Geld“ eigentlich ist. Geld, so die Hypothese, ist kein „Ding“,

sondern das Produkt eines „kollektiven Designs“. Dieser Designprozess kann demokratisch organisiert werden und auf lokaler sowie auf transnationaler Ebene stattfinden.

Wie Geld gestaltet ist

Die Art und Weise, wie Geld gestaltet ist, zeugt auch von der Haltung derjenigen, die es gestaltet haben. Das aktuelle Geldsystem, das die Anreicherung von Geld an einigen wenigen Stellen möglich macht, entfremdet die Menschen, zerstört Natur und Umwelt und führt zu Ausbeutung. Am Beispiel des Währungsexperiments „Chiemgauer“ wird in Würzburg untersucht, inwieweit ein anders gestaltetes Geld demokratische Selbstbestimmung fördern könnte.

Regionalwährungen sind nationalen Währungen immer dann überlegen, wenn es wirtschaftlich kriselt, sagt Gelleri. Deshalb ist im Augenblick auch der „Sardex“ so erfolgreich. Seit 2010 gibt es diese Währung auf der Insel Sardinien im krisengeschüttelten Italien. „4.000 Firmen nehmen daran teil“, berichtet Gelleri. Der Umsatz lag 2018 bei 360 Millionen Euro. Zinsen gibt es nicht, es werden lediglich Gebühren für die Organisation des „Sardex“ erhoben. Der Jahresbeitrag wird in Euro gezahlt. Kleine Betriebe geben einige wenige Hundert Euro ab, größere teilweise mehrere tausend: „25 Prozent der sardinischen Unternehmen machen im Moment mit.“

Dass Regionalwährungen als eine Art Therapie bei der Indikation „Wirtschaftsflaute“ herangezogen werden, das wiederum ist Gelleri zufolge durchaus kritisch zu sehen. Es führt nämlich dazu, dass Regionalwährungen überall dort, wo Firmen ausgelastet sind, an Kraft verlieren. So hat auch der „Chiemgauer“ leichte Umsatzrückgänge zu verzeichnen. Denn im Chiemgau „brummt“ es, vor allem das Handwerk kann über Auftragsmangel nicht klagen. Wobei die Nutzerzahl der Parallelwährung sukzessive steigt. 4.000 Menschen kaufen im Chiemgau inzwischen mit dem „Chiemgauer“ ein.

Unglaubliche Währungsvielfalt

Ob bargeldloses Tauschgeschäft oder Wirtschaften mit „alterndem Geld“ – all diese Alternativen helfen mit, nachhaltige Entwicklungsziele zu erreichen. Weltweit gesehen gibt es laut Gelleri bereits

eine unglaubliche Währungsvielfalt. Den 200 nationalen Währungen stehen rund 10.000 komplementäre Währungen gegenüber. Die Ziele, die jeweils verfolgt werden, sind ganz unterschiedlich: Die einen wollen damit ein regionales Wirtschaftssystem aufbauen, das sich nicht der Maximierung von Gütern und Profiten verschreibt. Bei anderen steht „Nachhaltigkeit“ im Fokus. Wieder andere verfolgen ausschließlich soziale Zwecke.

Der „Chiemgauer“, der im letzten Jahr seinen 15. Geburtstag feiern konnte, zielt in erster Linie auf die Förderung des regionalen Wirtschaftskreislaufs ab. „Unser wichtigstes Vorbild war das ‚Wunder von Wörgl‘“, erläutert Gelleri. Aber auch das WIR-System aus der Schweiz stand Pate. In rechtlicher Hinsicht orientierte man sich am 1908 ins Leben gerufenen und selbst während der Hitler-Diktatur nicht verbotenen Warengutschein „Bethel-Geld“ der Bodenschwingschen Stiftungen. Der soll Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen sichern.

Bundesweit verliefen viele Regionalwährungsinitiativen bald wieder im Sande. Neben dem „Chiemgauer“ ist eigentlich nur noch der Bremer „Roland“ stabil, so Gelleri. Die Situation kann sich ändern, wenn es zur nächsten Krise kommt. Im massiv verschuldeten Krisenland Italien wird, wenig überraschend, gerade am „Mini-Bot“ als Parallelwährung gearbeitet. Die Idee kommt von der rechts-populistischen Partei „Lega“. Und das stimmt, gerade mit Blick auf das Thema „Demokratie“, bedenklich. Gelleri: „Hier wird eine Parallelwährung von den falschen Leuten mit den falschen Werten gemacht“. Ihnen gehe es nicht um humane Ziele: „Sondern um die eigene Machterhaltung.“

Zur Autorin

Pat Christ



Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg, seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig.

Schwerpunkte:

Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.

Was kann die Freiwirtschaft zur gesellschaftlichen Transformation beitragen?

**Folge nicht den Fußspuren der Meister:
Suche, was sie gesucht haben.**

Bashō (1644 – 1694), eigentlich Matsuo Munefusa, japanischer Dichter

Fragen und Anregungen

Holger Kreft

In der Folge des Lernort-Impulses an der Silvio-Gesell-Tagungsstätte liegt es nahe, sich intensiv mit Gesells Freiwirtschaftslehre und anderen Wirtschaftsreformansätzen zu beschäftigen. Die Vielfalt der verschiedenen Ansätze ist unübersichtlich, und manches alternative Wirtschaftskonzept wirkt auch etwas unausgegoren. Insbesondere aber bei der Freiwirtschaft findet sich ein Potenzial, mit dem sie zur sogenannten Großen Transformation bzw. zu einem sogenannten Paradigmenwechsel beitragen könnte.

Es geht darum, wie das „Geben und Nehmen“ in der Gegenwart einschließlich der dazu passenden Transaktionsmittel funktioniert und wie das in der Zukunft aussehen könnte und sollte. Es geht auch darum, wie wir denn überhaupt unser Wissen darüber erzeugen und anderen Menschen mitteilen. Es drängt sich auf, zu versuchen, sowohl von außen auf freiwirtschaftliche Aktivitäten als auch auf einige ihrer inneren Details zu blicken.

Auch daher liegt der Schwerpunkt in diesem Beitrag auf Orientierungs- und Transformationswissen, wozu auch bspw. Erkenntnisse aus Psychologie und Soziologie gehören. Damit soll das bei anderen Akteuren bereits reichlich vorhandene System- oder Sachwissen ergänzt werden.

Am Lernort beschäftigt uns immer wieder die Frage, wie wir zu einem humaneren und nachhaltigen Wirtschaften gelangen könnten. Aus diesem ständigen, nicht abschließbaren Erkundungsprozess heraus ergeben sich zwei Denkanstöße:

- 1. Wenn wir wollen, dass die Freiwirtschaft zu dem laufenden tiefgreifenden Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft beiträgt, dann sollten wir ihr Potenzial deutlich herausstellen. Mit den an uns selbst gerichteten Anregungen im Hauptteil dieses Artikels möchte ich das unterstützen.**
- 2. Würden wir versuchen, diese Anregungen umzusetzen, böte sich für die Freiwirtschaft eine interessante Perspektive für die eigene Weiterentwicklung.**

Mit einigen teils spekulativen und teils provokativen Thesen will ich dazu den fachlichen Dialog befeuern.

1. Impulse durch den „Lernort Wuppertal“



Offenbar befinden wir uns in einem tiefgreifenden Wandel der Beziehungen zwischen Mensch und Natur, zwischen

den Menschen untereinander und sicher auch im Verhältnis zu uns selbst. Hoffentlich können wir diesen Wandel zu unseren Gunsten und zu Gunsten der Vielfalt des Lebens auf diesem Planeten positiv beeinflussen. Daher lautet das vorläufige, äußerst ambitionierte Ziel: Die Gesellschaften brauchen neue, jeweils an die Bedürfnisse der Menschen und die Kapazitäten unseres planetaren Ökosystems erheblich besser angepasste Wirtschaftsmodelle, auch mit einem anderen Verständnis von Wohlstand. Das dürfte nur mit einer Veränderung unserer grundlegenden Denk-, Fühl- und Handlungsmuster gehen, also auch nicht ohne einen deutlichen Bewusstseinswandel (*mind shift Göpel 2016*).

Wie passt die Freiwirtschaftslehre, die auf Silvio Gesell zurückgeht, dazu? Was trägt sie zu dieser gewaltigen Aufgabe bei? Das frage ich mich immer mehr, seitdem ich stärker mit ihr und weiteren, sehr unterschiedlichen Wirtschaftsreformansätzen in Berührung kam. Vor allem geschieht dies, seitdem sich, ausgehend von verschiedenen Anstößen, die Idee des „Lernortes Wuppertal“ an der Silvio-Gesell-Tagungsstätte herausbildete.^[1]

In den Jahren 2015 bis 2017 ging es dort vor allem darum, Menschen – mit unterschiedlichen Haltungen, Werten und Vorstellungen vom Wandel – zu ermöglichen, sich auch tatsächlich zu begegnen. Insbesondere die Strukturierung und Verlangsamung der Kommunikation sollte den dialogischen Austausch fördern, Körperarbeit die Selbstwahrnehmung erleichtern, künstlerische Impulse verkrustetes Denken aufbrechen, und in kleinen Gemeinschaftsprojekten konnten sich Menschen gegenseitig ermutigen, eingefahrene Wege zu verlassen.

2. Die Notwendigkeit der aktuellen Großen Transformation



Die planetaren Grenzen scheinen in einiger Hinsicht bereits teilweise überschritten worden zu sein (*Rockström u. a. 2009*) und damit möglicherweise auch sogenannte Kippunkte. Die Menschen und mit ihnen der Planet Erde befinden sich in einer Phase zunehmender mehrfacher Überforderung (*Miegel 2017*). Dadurch gefährdet die Menschheit einen großen Teil ihrer selbst, riskiert massives Leid durch humanitäre Katastrophen und Zivilisationsbrüche. Zahlreiche Lebensformen

1 Details zur hundertjährigen Tradition des Engagements für Gesellschafts- und Wirtschaftsreformen am Ort der Silvio-Gesell-Tagungsstätte vermitteln Gabriele Frenking (1989) und Jonathan Ries (2017).

und viele Tier- und Pflanzenarten sind bereits innerhalb kurzer Zeit ausgelöscht und Lebensräume zerstört worden, weitere stehen in großem Umfang „auf dem Spiel“.

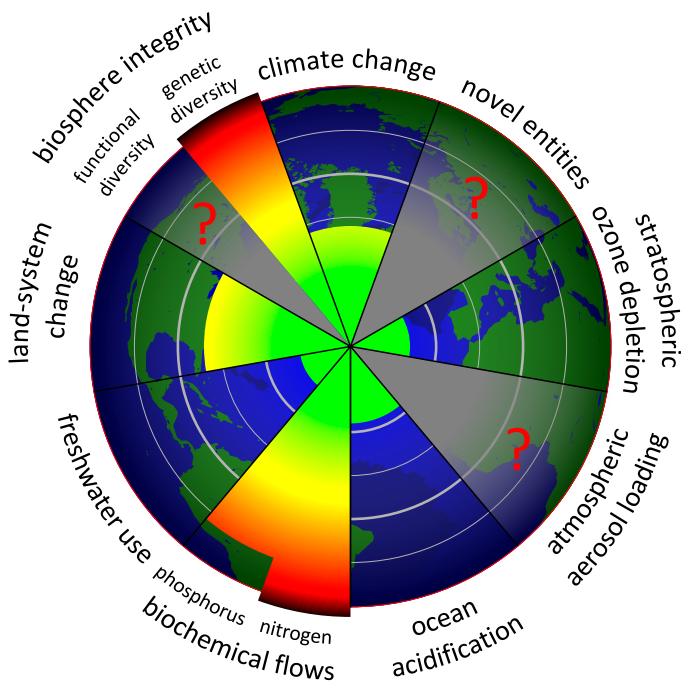


Abb.: Planetarische Grenzen (Rockström et. al. 2009)

Der Stoffwechsel zwischen Mensch und seiner Mitwelt, der durch die voranschreitende Industrialisierung und deren Folgeentwicklungen etabliert wurde, ist offenbar strukturell nicht-nachhaltig. Er beruht auf physischen Grundlagen, die sich nicht dauerhaft aufrechterhalten lassen. Aber „nicht nur unsere äußeren Lebens- und Überlebensbedingungen sind durch ein expansives Kulturmodell geprägt, sondern auch die Innenwelten, also die ‚mentalen Infrastrukturen‘ (Welzer 2011), Wahrnehmungsweisen, Gewohnheiten, Routinen, Problemlösungsstrategien, Selbstbilder“ (Sommer und Welzer 2017: 24). Die Ökonomie des Wachstums sorgt nicht nur für eine beständige Erhöhung der verarbeiteten und gekauften Mengen, sondern auch dafür, dass diese Erhöhung für Menschen lebenspraktisch mehr und mehr zur Belastung wird (Sommer und Welzer 2017: 23).

Mit der Großen Transformation wird ein tiefgreifender Veränderungsprozess bezeichnet, der bereits unsere globalen Gesellschaften ergriffen hat. Der Begriff „The Great Transformation“ war ursprünglich 1944 von dem österreichisch-ungarischen Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi geprägt worden, um die Herausbildung von Idee und Wirklichkeit der kapitalistischen Marktwirtschaften als ein verselbstständigtes ökonomisches System zu charakterisieren (Schneidewind u. a. 2016). Als die bisherigen Großen Transformationen werden jetzt die Neolithisierung (darunter der Prozess der Sesshaftwerdung der Menschen) und die Industrialisierung angesehen.

Bei der nunmehr erforderlichen Dritten Großen Transformation ist das, was überwunden werden soll, eindeutiger als das, wohin es denn gehen kann (Schneidewind 2018). Laut dem Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU 2011) besteht nun die Chance, erstmalig und im Gegensatz zu den früheren Großen Transformationen „einen umfassenden Umbau aus Einsicht, Umsicht und Voraussicht“

anzutreiben. Gehen wir von dieser Vorstellung aus, dann befinden wir uns also – gewissermaßen zum dritten Mal in der Menschheitsgeschichte – in einem starken Wandlungsschub mit tiefgreifenden Veränderungen des Stoffwechsels der Gesellschaft mit ihrer Umwelt. Wir erleben deutliche Veränderungen des sozio-ökonomisch-ökologischen Modells durch eine zeitliche Verdichtung bedeutsamer Neuerungen. Eine solche Transformation umfasst auch grundlegende Veränderungen in den Macht- und Herrschaftsstrukturen (Sommer und Welzer 2017: 55). Dazu gehören auch die Umgewichtung von Werten (Sommer und Welzer 2017) und Veränderungen in der Art unseres Bewusstseins.

Es steht eine Umstrukturierung der die Lebensgrundlagen überlastenden, expansiven Gesellschaften zu klimaverträglichen und den Kapazitäten des Planeten angepassten, „entfrachteten“ Gesellschaften an, die trotz dieser Veränderungen ihre zivilisatorischen Standards erhalten oder sogar noch verbessern (s. a. Sommer und Welzer 2017: 52).

Wir können die Große Transformation als eine sinnstiftende Deutungsmöglichkeit (eine Erzählung, ein Narrativ) verstehen, mit der sich die unübersichtlich vielfältigen Befunde, die insbesondere von den Wissenschaften gesammelt wurden, wie auch unsere Alltagsbeobachtungen plausibel deuten lassen. Das laufende Geschehen so zu betrachten scheint daher eine hilfreiche, weil richtungsweisende Möglichkeit zu sein.

Die jetzt notwendige Transformation kann gedacht werden als eine Zusammensetzung verschiedener Transformationsprozesse in unterschiedlichen Handlungsfeldern, die verschiedenen Akteursarenen unserer Gesellschaft entsprechen. Popularisiert können diese auch als „Wenden“ bezeichnet werden. Welche Prozesse dabei zusammengefasst werden, hängt vom Sprachgebrauch und von den Zielsetzungen der jeweiligen AutorInnen ab. Im Zusammenhang mit dem Anliegen dieses Artikels lassen sich die drei folgenden, sich intensiv überlappenden Handlungsfelder abstecken:

1. Wenn sich das gesamte Wirtschaftsmodell verändert bzw. verändern muss, dann ist auch anzunehmen, dass sich ebenfalls das Geld mit seinem ganzen Wesen und seiner Verfasstheit wird verändern müssen: *Geldwende* (siehe auch GLS Bank Stiftung 2014).
2. Die Nutzung natürlicher wie menschengemachter Güter werden wir z. T. anders strukturieren müssen: *Ressourcenwende*.
3. Beachtenswert sind die laufenden Bestrebungen, Bildungsstrukturen aufzubrechen und zu modernisieren, um sich besser auf die denkbaren künftigen Herausforderungen einzustellen. Neue Initiativen außerhalb formaler Bildung entstehen, zunehmend werden Methoden und Inhalte hinterfragt und reformiert: *Bildungswende*.

3. ‚Beitragsökonomie‘ als neues ökonomisches Paradigma?



Wir betrachten die uns umgebende Welt durch die jeweils eigene Brille. Diese hat irgendeine, bestenfalls minimale Tönung, unser Sehapparat eine bestimmte Optik, es gibt Filter.

Ein Paradigma, dem wir folgen, ist gleichzusetzen mit dieser Grundierung der Sicht auf die Welt. Das Paradigma bestimmt unsere Wahrnehmung sowie das, was wir von unserer Welt eben auch *nicht* wahrnehmen (unsere sogenannten „blinden Flecken“). Es entscheidet, wie wir an die Erscheinungen in unserer Welt herangehen, wie wir sie deuten, welche Empfindungen sie dadurch in uns auslösen, welche Schlüsse wir in Bezug auf unser Handeln ziehen und wie wir dann letztlich tatsächlich handeln.

Um das zu verdeutlichen werden das mögliche neue Paradigma und das jetzige wie folgt skizziert, wobei sich die Gegenüberstellung am Wikipedia-Eintrag über *Commons (Wikipedia 2019)* orientiert: Im aktuellen Paradigma liegt der Fokus noch immer auf statischen Gegebenheiten wie Dingen, Objekten, Sachen, zu denen wir in Beziehung treten können. Das Sein und das Haben spielen in unserer derzeitigen Weltsicht die Hauptrolle. Die meisten von uns leben im Übrigen im Alltag „einen naiven Realismus“ (*Ötsch 2016*): *„Sie erfahren die Existenz einer ‚äußeren‘ physikalischen Welt, die vereinfacht nach einem popularisierten Naturkonzept nach Isaac Newton beschrieben werden kann.“* In der neuen Weltsicht wird dagegen das Entwickeln von Beziehungen und Verbindungen, das Werden, also die Prozesshaftigkeit, wichtiger sein. Statt um Trennung wie bisher geht es verstärkt um Verbindung und Verbundenheit. „Umwelt“ wird mehr zur „Mitwelt“. Die Kontexte, in denen sich die Dinge befinden, spielen für uns künftig eine immer größere Rolle neben ihren Eigenschaften. Annähern werden wir uns an die Welt nicht nur durch Messen, Zählen und Bewerten. Vermutlich werden stattdessen das Sichtbarmachen von Verborgenen sowie Sinngebung bzw. das Erkennen und Zuschreiben von Bedeutung und auch das Fühlen wichtiger werden. Neben den Kausalitäten, den Ursache-Wirkungs-Beziehungen, werden wir verstärkt auf die Potenziale in den Dingen und auf die Möglichkeiten von Entwicklungen achten. Was wollen wir als Menschen dann vorrangig erreichen? Es wird nicht mehr wie bisher so sehr um die Vorhersagbarkeit und Gewissheit von Ereignissen bzw. Zuständen gehen, sondern wir werden wahrscheinlich eher tiefen Beziehungen und der Lebendigkeit den Vorrang geben. Die Ausbreitung des neuen Paradigmas bedeutet auch, dass sich unsere Erkenntnisprozesse anders ausrichten werden. Dementsprechend werden sich ebenfalls Veränderungen im Wissenschaftssystem ergeben.

Der skizzierte Wandel führt zwangsläufig auch zu einer anderen Ökonomie: Im Bereich des Wirtschaftens, so lässt sich vermuten, wird es für den Einzelnen weniger wichtig sein, etwas zu *sein* und viele Dinge zu *haben*. Das Nutzen von und der Zugang zu Dingen gewinnen an Bedeutung – und zwar auch durch mehrere oder viele Menschen. Das drückt sich möglicherweise bereits in der aufkommenden Sharing-Ökonomie aus, die allerdings noch sehr unter dem üblichen Verwertungsdruck steht.

Neben der Tauschökonomie zwischen den Wirtschaftsteilnehmern wird vermutlich eine Beitragsökonomie größere Bedeutung gewinnen. Dabei wird es darum gehen, im Vertrauen auf das Gesamtgelingen zu etwas Größerem *beizutragen*, das wiederum die Beitragenden nährt. Das knüpft an das Wirtschaften mit Allmendegütern an, das teilweise sehr alte, funktionierende Vorbilder hat wie Formen der Wei-

dewirtschaft in den Schweizer Alpen. Viele weitere Beispiele werden von AutorInnen der Commons-Bewegung angeführt (*Ostrom 1990, Helfrich und Böll-Stiftung 2014, Helfrich, Bollier und Böll-Stiftung 2015, Helfrich und Bollier 2019*). Grundsätzlich funktioniert das gesamte Genossenschaftswesen auf dieser Grundlage. Das Gedankengut der jungen *Open Source*-Bewegung und anderer „*Open*“-Bewegungen schließt ebenfalls hier an.

Möglicherweise wird auch das Prinzip der Knappheit überwunden werden. Bisher bestimmt Knappheit unser Wirtschaften und noch immer scheint dieses Prinzip unser Fühlen, Denken und Handeln sogar noch zunehmend zu beherrschen. Viele natürliche Ressourcen sind tatsächlich absolut begrenzt. Knappheit bezeichnet allerdings die Tatsache, dass nicht alle Güter in so ausreichendem Umfang bereitstehen, dass sich damit sämtliche Bedürfnisse befriedigen lassen. Nach neoklassischer Auffassung übersteigen die Bedürfnisse des Menschen das Güterangebot oder sie sind sogar unbegrenzt. Da aber das Güterangebot begrenzt ist, könne grundsätzlich nur ein Teil dieser Bedürfnisse befriedigt werden. Künstliche Verknappung ist sogar auch eine „erfolgreiche“ betriebswirtschaftliche Strategie. Damit lautet eine der entscheidenden Fragen: Inwieweit lässt sich weiterhin die Grundannahme der Neoklassik der generellen Unersättlichkeit des Menschen aufrechterhalten? Die Haltung des „Genug“ bekäme vielleicht eine Chance.

4. Was macht die Freiwirtschaft aus?

Werner Onken, einer der besten Kenner des Gesellschaftlichen Werkes, hat den Kern der Freiwirtschaft 2012 so gekennzeichnet:

*„Dem durch sein Nicht-Verderben strukturell bevorzogenen Geld soll der Marktvorteil genommen werden, um es in das natürliche ‚Stirb und Werde‘ allen Lebens einzubetten. Der Boden und die übrigen Naturgüter sollen als gemeinschaftliches Menschheitseigentum von einer internationalen Institution verwaltet werden. Das für die private Nutzung von Boden und Bodenschätzen erhobene Entgelt – die sog. Bodenrente – wollte Gesell für den Unterhalt von Müttern und Kindern verwenden. Dem damaligen Zeitgeist entsprechend blieb er traditionellen Mustern der Geschlechterrollen verhaftet und sah noch nicht, dass die Bodenrente bei einem flexibleren Rollenverständnis beider Elternteile zu Gute kommen könnte. (...) Statt mit staatlichen Interventionen in das Geschehen auf kapitalistisch verzerrten Märkten einzugreifen, wollte Gesell eine rechtliche Rahmenordnung für eine dezentrale Selbstorganisation monopolfreier Märkte schaffen. Allerdings stellte er den von Monopolen befreiten Wettbewerb unter dem Einfluss der Evolutionslehre als privilegienfreien Kampf ums Dasein dar. Dies entsprach nicht seinem eigentlichen Ziel eines freien Spiels gleichstarker Kräfte und verstellte ihm den Blick für das in seinem Denkansatz enthaltene Potenzial, Wettbewerb und Kooperation in eine Balance zu bringen“ (*Onken 2012, S. 7*).*

Unter Hinzunahme weiterer Aussagen bedeutet das bei großzügiger Interpretation: Die Perspektive der Freiwirtschaft ist

eine bewusst normative. Wie schon ihr Name andeutet, geht es darum, Menschen von fesselnden materiellen Rahmenbedingungen zu befreien. Aus freiwirtschaftlicher Sicht lauten daher die wichtigsten Reformvorschläge:

1. Das Geld ist aus strukturellen Gründen gegenüber den Waren in seiner Bedeutung zurückzustufen – unabhängig von Maßnahmen des aktuellen Krisenmanagements von Fed, EZB und anderen Notenbanken, das zur Veränderung der Zinsstrukturkurven führt und die Macht des Geldes ein klein wenig untergräbt.
2. Der Umgang mit den naturgegebenen und den von Menschen geschaffenen Gütern ist mit mehr Verantwortung zu organisieren (durch aufgabenspezifische Formen der Vergemeinschaftung, gewissermaßen durch „Gemeinschaften“ - *commoning*), um eine Teilhabe an den Früchten der Güternutzung zu gewährleisten.
3. Die Rahmenordnung für solche Arbeitsweisen ist zu entwickeln, darunter auch die Fragen nach den Graden von Zentralität bzw. Dezentralität.

Die Freiwirtschaft ist allerdings nicht identisch mit der Freiwirtschaftslehre: Das freiwirtschaftliche Handeln ist nicht mit dem Wissen über die Freiwirtschaft oder mit den ihr dienlichen Erkenntnisprozessen gleichzusetzen. Diese Trennung ist nützlich, wenn es darum geht, die folgenden Fragen zu klären:

5. Was ist seit dem Erscheinen der „NWO“ in der Welt geschehen?



Seit Silvio Gesell 1916 sein Hauptwerk „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ (NWO) verfasst hat, sind einige tiefgreifende Wandlungen geschehen. Das betrifft das Verhältnis Mensch-Mitmensch, Mensch-Natur und Mensch-Welt insgesamt sowie sicher auch das Verhältnis des Menschen zu sich selbst, also wie er sich selbst im Gesamtgeschehen sieht. Im Folgenden werden einige wichtige Entwicklungen, die seitdem unsere Lebensverhältnisse zunehmend bestimmen, skizziert:

- Immaterielle Güter wie Informationen und Rechte (Patente, Markenrechte, Urheberrechte, Lizenzen u. a.) erfahren erheblichen Bedeutungsgewinn neben den dinglichen.
- Gegenständliches wie Nichtgegenständliches wird immer mehr in handelbare Waren verwandelt und in ein globales Wirtschaftssystem einbezogen.
- Das „eigentliche“ Geld wird um Forderungen auf Geld („Giralgeld“) ergänzt.
- Geld/Geldforderungen werden zunehmend selbst zur Ware und schließlich zu einem Endzweck emporgehoben, aus den realwirtschaftlichen Zusammenhängen herausgelöst und rasant vermehrt (Finanzialisierung). Auch dadurch verselbstständigt sich das Wirtschaften und entkoppelt sich von den Bedürfnissen der allermeisten Menschen wie von den Kapazitäten des Ökosystems Erde; Wachstumsdruck bzw. -zwang nehmen zu.
- Grauenhafte Kriege mit z. T. gigantischen Ausmaßen wurden und werden geführt.
- Mehrere weltpolitische Ordnungssysteme folgten aufeinander; Nationen steigen bzgl. ihrer Gestaltungsmacht auf

und ab, bspw. Russland, USA, China und Indien; Identitätsbildungsprozesse mit weitgehenden politischen Folgen.

- Digitalisierung führt zur Ausbreitung einer speziellen Internetökonomie; Märkte für digitale Güter zeigen einige inhärente betriebswirtschaftliche Besonderheiten; insbes. deutliche und schnelle Selbstverstärkungseffekte durch starke Stückkostendegression („Nullgrenzkostenprodukte“) und Skaleneffekte, hohe Wechselkosten und Lock-in-Effekte sowie Systemwettbewerb und Netzwerkeffekte, dadurch Verschärfung der bereits bekannten Konzentrationstendenzen in der Plattformökonomie des Internets; Verstärkung der Ökonomisierung aller Lebensbereiche.



- Blockchain-Technologie gewinnt seit rd. 10 Jahren an Bedeutung, was die weitere Virtualisierung des Geldes in Form von Kryptowährungen unterstützt.
- Persönliche Daten werden zum Wirtschaftsgut; sie können zur Weckung weiterer Bedürfnisse genutzt werden und zur besseren Kontrolle politischer Machtverhältnisse.
- Wanderungsbewegungen werden massiv angeheizt – innerhalb von Ländern und auch über Landesgrenzen hinweg, Menschen suchen bessere Lebensbedingungen, fliehen vor Kriegen, Armut, Klimawandelfolgen, die mehr oder weniger durch „unser“ Wohlstandsmodell gefördert werden; sie werden angezogen durch Bilder vom Wohlstand „bei uns“.



Wo ist der Einsatz von Robotern wirklich sinnvoll und welche Bedingungen setzen dafür den Rahmen? Foto: © Entrance Robot Care.

- Veränderung der Arbeitswelt unter anderem durch Automatisierung, Digitalisierung und Robotisierung, Verlust sinnvoller wie unliebsamer Arbeit, Wanderung der Autorität vom Menschen zu Algorithmen (*Indset 2019*).

- Menschen nehmen zunehmend die Besonderheit und die Verletzlichkeit des Planeten Erde wahr, besonders seit Beginn der bemannten Weltraumfahrt (Foto „Earthrise“ während des Fluges von Apollo 8 im Jahr 1968).



Earthrise – Foto: Gemeinfrei: <https://de.wikipedia.org/wiki/Earthrise#/media/Datei:NASA-Apollo8-Dec24-Earthrise.jpg>

- Wird sich die Menschheit zunehmend als geologischer Faktor bewusst? („Anthropozän“, **Paul J. Crutzen und Eugene F. Stoermer, 2000**); es bilden sich neue moralisch-ethische Prioritäten heraus; postmaterialistische Haltungen nehmen offenbar zu.

Diese in einem rasanten Schnelldurchgang dargestellten Entwicklungen gilt es in den Blick zu nehmen, wenn Wege für die Aktualisierung der Freiwirtschaft gesucht werden.

6. Die Freiwirtschaftslehre als transformative Wissenschaft?



Mit zunehmendem Bewusstsein der negativen Folgen des Wirtschaftens wird auch die Kritik an den Wirtschaftswissenschaften intensiver. Der Gedankengang folgt vor allem **Schneidewind u. a. (2016)** und **Schneidewind (2017)**:

1. Es gibt kollektive Phänomene, die sich durch Reduktion auf individuelle Handlungsmuster kaum fassen lassen. Die Mainstream-Ökonomie geht aber vom sogenannten Methodologischen Individualismus aus, sie nimmt an, dass sich ökonomische Phänomene letztlich mit individuellen Handlungsmustern ausreichend erklären ließen.
2. Die Ökonomische Theorie des Mainstreams nimmt Präferenzen als von außen gegeben an und sucht nach Lösungen der Wohlstandsmaximierung unter diesen Bedingungen. Doch zu Beginn des 21. Jahrhunderts rücken die Präferenzbildungsprozesse selber in den Blick und entscheiden über die weitere Entwicklung moderner Gesellschaften. Was wollen die Menschen? Was brauchen sie künftig? So liegt die Herausbildung neuer moralisch-ethischer Prioritäten als Reaktionen auf den Klimawandel und andere ökologische Krisenphänomene außerhalb des Erklärungsbereichs der Ökonomie. Klassischen ökonomischen Modellen fällt es zudem immer schwerer zu erklären, wie sich die Digitalisierung mit ihren Folgen etwa auf die Arbeitswelt auswirken wird.

3. Moderne Wirtschaftswissenschaft ist in hohem Maße normativ, erkennt dies jedoch im Allgemeinen selbst nicht (an) und kann sich daher auch nicht dazu bekennen.
4. Sie erkennt ebenfalls nicht, dass sie selbst „performativ“ ist. D. h. sie sieht nicht, wie sie selbst die soziale und ökonomische Realität entscheidend durch ihre Theorien beeinflusst: Die neoliberalen Reformen in den globalen Volkswirtschaften ab den 1980er Jahren wären ohne die Arbeiten wirtschaftswissenschaftlicher Forschung nicht vorstellbar gewesen.

Aus dieser Kritik können die BefürworterInnen der Freiwirtschaftslehre zusätzliche Motivation beziehen. Einige WissenschaftlerInnen fordern, dass insbesondere auch die Wirtschaftswissenschaften mehr als bisher zum Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung Zukunftsfähigkeit beitragen sollen. Wissenschaft, die auf das Verständnis gesellschaftlicher Veränderungsprozesse zielt, wird als transformativ bezeichnet. Es geht dabei „um die Erarbeitung von Systemwissen, aber auch um die Generierung und Integration von ziel- und handlungspraktischem Transformationswissen in Transformationsprozessen, wenn bereits das nötige Orientierungswissen vorhanden ist“ (**Schneidewind 2013**).

Abgesehen von Merkmalen, die für Wissenschaft im Allgemeinen gelten, also Überprüfbarkeit (Falsifizierbarkeit) und Eindeutigkeit (etwa das Verwenden von Definitionen) können fünf Prinzipien angeführt werden, die transformative Wirtschaftswissenschaften kennzeichnen sollten und von denen vier für die Freiwirtschaftslehre augenblicklich besonders relevant sind. Diese wurden von **Schneidewind u. a. 2016** und **Schneidewind 2017** formuliert:

1. **Transparenz:** Es braucht die Darstellung der angenommenen Wirkzusammenhänge, die Offenlegung unausgesprochener normativer Grundannahmen und das Sichtbarmachen davon, wie sich die verwendeten Methoden auswirken.
2. **Reflexivität:** Welche praktischen Folgewirkungen hat das eigene wissenschaftliche Arbeiten? Da die Freiwirtschaft ja bislang gerade keine große Relevanz erreicht hat, ist dieses Prinzip auch noch nicht von großer Bedeutung.
3. **Wertebezug:** Gefordert wird der explizite Umgang mit dem Wertegerüst der eigenen Forschung, die wiederum auf den Einklang mit den natürlichen Lebensbedingungen, ein solidarisches Miteinander und ein gelingendes Leben zielen sollte.
4. **Partizipation:** Menschen von außerhalb der institutionalisierten Wissenschaft sollten mit Menschen aus wissenschaftlichen Einrichtungen an Erkenntnisgewinnung und -verbreitung zusammenarbeiten.
5. **Offenheit und Vielfalt:** Verstanden wird darunter eine Pluralität der Theorien und Methoden. Das ist genau das, was die Freiwirtschaftslehre weiterhin vom bestehenden Wissenschaftssystem einfordern und auch selbst als Arbeitsbedingung anerkennen sollte.

7. Was könnte die Freiwirtschaft beitragen und wie?



Wie sehr kann und sollte sich die Freiwirtschaftslehre mit dem bestehenden Paradigma auseinandersetzen, was könnte sie zum Neuen beitragen und wie dies befördern? Mit den folgenden Fragen und Anregungen sollen entsprechende Möglichkeiten erkundet werden.

7. a. Was wurde bereits erreicht?

Immer wieder fragen sich Freiwirtschaftlerinnen und Freiwirtschaftler, welche von Gesells Ideen im Lauf der letzten hundert Jahre umgesetzt wurden. An verschiedenen Stellen finden sich empirische Belege für die Wirkung Gesellscher und anderer Reformansätze. Es muss auch nicht immer eine tatsächliche verwandtschaftliche Verbindung zu Gesells Ideen geben. Einige reale Vorhaben und Entwicklungen wie Währungsexperimente mit Umlaufsicherung, ausgehend von dem Experiment in Wörgl/Tirol sind zu nennen (s. a. *Onken 1997*). Außerdem gibt es Projekte, die auf Quartiersebene erwirtschaftete Bodenrenten in das Gemeinwesen rückverteilen (z. B. Netzwerk Immobilien). Die Aufmerksamkeit einer interessierten (Fach-)Öffentlichkeit für die vorhandenen oder auch früheren Praktiken ließe sich verstärken. Ihre Wirkungsweise wie auch ihre Übertragbarkeit wären zu analysieren und die Möglichkeit zur Ausweitung zu untersuchen.



Karl Markovics als Unterguggenberger in „Der Geldmacher“
© epo-film – Foto: © ORF/APA/Jan Hetfleisch

7. b. Die Akteure in der eigenen Szene besser kennen und verstehen

Die Welt der ReformerrInnen ist zersplittert in „Teilszenen“, die sich unterschiedlichen Reform- bzw. Denkschulen zuordnen lassen. Einige scheinen sich geradezu sektiererisch voneinander abzugrenzen. Begriffe werden zu Signalwörtern für die Zugehörigkeit zur eigenen Szene oder betonen den Wunsch nach größerer Distanz zur „Fremdgruppe“. Die Zersplitterung lässt sich selbstverständlich nicht schlagartig aufheben. Die verschiedenen Konzepte samt ihren Annahmen müssten besser verstanden werden.

Die in der letzten Zeit in der Reformszene organisierten Vernetzungstreffen haben gezeigt, dass die Bereitschaft zum Austausch über die Grenzen der Teilszenen zunimmt. Auch hier macht eine Bestandsaufnahme Sinn: Welche

„Gelingensmodelle“ haben die Organisationen gewählt bzw. haben sich im Lauf ihrer Geschichte entwickelt? Welche Nische mit welchem Profil besetzt jede einzelne in der Landschaft der freiwirtschaftlichen Organisationen? Welche Reformtiefe bzw. -reichweite wird von welcher Organisation angestrebt? Wie tiefgreifend und grundsätzlich sind die geforderten oder angestrebten Veränderungen in räumlicher und inhaltlicher Hinsicht?

7. c. Die Potenziale der Bürgerwissenschaft erkennen und nutzen

Das Nichtvorkommen der Gesellschen und anderer Reformkonzepte im akademischen Betrieb, ihre Marginalisierung in der institutionalisierten Wissenschaft hat sie im Verborgenen als Bürgerwissenschaft weiterleben lassen. Darin liegt momentan noch eine Schwäche, weil dadurch zeitliche Ressourcen fehlen, damit keine institutionell verankerte Wirkmacht verbunden und bspw. der Zugang zur Forschungsförderung erschwert ist. Diese Situation schützt jedoch zzt. immer noch ein wenig vor der Vereinnahmung durch das dominante Paradigma.

7. d. Die konkrete eigene Situation in die Analyse miteinbeziehen

Bedeutende soziale Neuerungen kommen nicht selten vom Rande der Gesellschaft. Von dort wandern sie allmählich in den Mainstream ein bzw. werden zum Mainstream. Oder sie kommen von den Überschneidungsbereichen großer Themen, wenn sich die dort vorhandenen Ideen zu Neuem verbinden. Welche Zusammenhänge bestehen zwischen den ungewöhnlichen und bisher eher randlichen Anliegen der ReformerrInnen und ihrer eigenen oft marginalen Situation? Welche Potenziale und Chancen liegen (dennoch) darin?

7. e. Welche Tönung hat die eigene Brille?

Welchen Blick haben eigentlich die Freiwirtinnen und Freiwirte selbst auf Wirtschaft und Gesellschaft? Und durch welche Welt- und Menschenbilder, Werte, Glaubenssätze, Konditionierungen und WahrnehmungsfILTER ist dieser Blick bestimmt? Die eigene individuelle mentale Infrastruktur mit den eigenen Glaubenssätzen stellt die Weichen für die Rezeption der Welt und damit für das eigene Fühlen, Denken und Handeln. Daher ist diese mentale Infrastruktur ebenfalls als Gegenstand in die Betrachtungen miteinzubeziehen. Sonst macht die Freiwirtschaftslehre denselben Fehler wie die Mainstream-Ökonomie. Selbstbild, Menschenbild, Gesellschaftsbild und Weltbild werden durch die eigenen Erfahrungen geprägt. Freiwirtinnen und Freiwirte sollten die Tönung der eigenen Brille erkennen und für eine bessere Verständigung im Dialog in Begriffe fassen können.

Welches Selbstvertrauen jemand hat, prägt welches Vertrauen er oder sie in die Interaktionen bzw. wirtschaftlichen Transaktionen mit anderen Menschen legt. Es beeinflusst, wie ich über das Geben und Nehmen denke und wie ich dem ganz alltagspraktisch gegenüberstehe: Brauche ich den Gegenwert für etwas, das ich einem Menschen gegeben habe, sehr kurzfristig wieder zurück oder habe ich Vertrauen darin, dass ich es, vielleicht auch von

einem ganz anderen Menschen „irgendwann mal wieder“ indirekt zurückbekomme? Bleibe ich dabei gelassen, weil ich unter Umständen auf die Rückgabe des Gegenwertes sogar verzichten kann, weil ich ohne ihn gar keinen Mangel spüre? Meine Erfahrungen beeinflussen das Maß an Kontrolle, das ich für mein Umfeld oder – allgemeiner – in der Gesellschaft wünsche oder für sie fordere. Inwieweit muss andererseits aber auch möglichem Trittbrettfahren Grenzen gesetzt werden, damit dadurch eine Gemeinschaft nicht zu viel Energie verliert und ausblutet?

Wir alle neigen – mal mehr, mal weniger – dazu, Ansichten oder Standpunkte absolut zu nehmen. Zum Teil lässt sich dies auch mit psychologischen Mechanismen erklären. Einer dieser Mechanismen ist sogenanntes „dämonisierendes Denken“. Das ist gewissermaßen die extrem zugespitzte Variante eines offenbar weit verbreiteten Phänomens: Anteile von Gefühlen, die wir nicht integrieren können, projizieren wir – meist von uns selbst unbeachtet – auf unsere Umgebung und bekämpfen sie dort im Außen drakonisch und strafen sie ab (*Saimeh 2018*). Meist sind es andere Menschen, aber auch Dinge, Ideen und andere Phänomene. Das Gegenteil scheint es allerdings auch zu geben: Glorifizierung, d. h. eine Überhöhung von Menschen, Ideen, Phänomenen.

Im Extremfall unterteilt dämonisierendes Denken die Welt in absolut Gutes und absolut Böses. Dämonisches Denken geht davon aus, dass alles andere mit der Wurzel ausgeradiert werden muss, um zum radikal Guten zu gelangen. Das kann zu einseitigen, schablonenhaft-pauschalen oder solchen Lösungsansätzen führen, die einzelne Bevölkerungsgruppen diskriminieren. So kann es auch geschehen, dass bspw. das Geld ganz grundsätzlich als „böse“ angesehen wird. Oder Akteure, die als machtvolle Entscheider eine Verantwortung in Teilbereichen des Finanzsystems tragen, werden per se als Ausdruck des Bösen betrachtet, und daher wird angenommen, dass diese bekämpft werden müssen. Oder die Wirtschaft als Ganze wird als „böse“ angesehen. So geraten viele Diskussionen im öffentlichen Raum wie auch manche persönlichen Gespräche in Sackgassen. Oft fehlt bei detailverliebten Suboptimierungen die nötige Übersicht und/oder die verletzten Egos der GesprächspartnerInnen überziehen sich gegenseitig dank wenig geübter Konfliktkultur mit Schuldzuweisungen und Handlungsforderungen: „Ihr müsst erst einmal...“. Oder einer der Gesprächspartner zieht sich ganz aus dem Gespräch bzw. aus der Diskussion zurück.

Sicher wäre es besser zu versuchen, die schwer annehmbaren Wahrnehmungen und Gefühle zu integrieren, um letztlich das Differenzieren zu üben. So ließe sich der eigene Standpunkt genauer erkennen und benennen, die Ursachen von Missständen möglichst genau identifizieren und dann ggf. auch leichter beheben.

7. f. Wir brauchen Karten vom Gelände

Es gibt grundlegende Arbeiten zu zentralen Aspekten wie zum Ende der Rentenökonomie (*Löhr 2017*), zur Neukonstruktion des Geldes (*Henke 2017*), Zahlen und Grafiken (*Creutz 2014*). Bislang gibt es aber kein Lehrbuch, das das

derzeitige Geben und Nehmen aus freiwirtschaftlicher Sicht insgesamt interpretieren würde. Es gibt gewissermaßen keine freiwirtschaftliche Karte des Geländes. Kann es überhaupt ein grundlegendes Modell geben, das das Wirtschaften in seinen Zusammenhängen mit freiwirtschaftlichem Blick zeitgemäß und schlüssig erklärt? Bräuchten wir das in der aktuellen Situation? Einige Fragen, die in diesem Zusammenhang zu beantworten wären:

- Womit beschäftigt sich die heutige Freiwirtschaftslehre denn vorrangig? Was sind aktuell ihre zentralen Gegenstände, Botschaften und Fragestellungen?
- Wie funktioniert Wirtschaft aus Sicht der Freiwirtschaft? Was führt zu was?
- Wie lässt sich mit freiwirtschaftlichen Konzepten der Energie- und Materialdurchsatz der Wirtschaft zurückfahren?
- Welche weiteren aktuell brennenden Fragen sollte die Freiwirtschaft in diesem Zusammenhang aufgreifen?
- Wie stellen sich die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Vermögensklassen (Eigentum an beweglichen Sachen, Immobilien, Beteiligungen, Schutzrechten, Geld und Geldforderungen) in freiwirtschaftlicher Perspektive dar?
- Was ist denn nun Geld bzw. was wollen wir darunter verstehen und warum ist ein möglichst tiefes Verständnis vom Wesen des Geldes so wichtig? (Gemeint ist nicht nur, wie es mit seinen Funktionen verwendet wird.) Etwas mit hoher Liquiditätsprämie d. h. etwas, das sehr einfach in einen anderen Gegenstand eingetauscht werden kann (*z. B. Degens 2012: 56*); verbrieft und handelbar gemachte Schuld; Ausdruck der kalkulierenden Denkform (*Brodbeck 2016*); Zwitter zwischen öffentlichem und privatem Gut (*Mehrling 2015*).
- Wie kommt aktuell immer neues Geld in die Welt? Wie entsteht es bzw. wie wird es geschöpft?
- Wie kam das Geld denn in die Welt? (als Erfindung, Emergenz, „Entfaltung von Weltgeist“ oder wie...?)
- Wie sollte der nötige Ordnungsrahmen gestaltet werden?
- Welchen Grad der Zentralität brauchen Steuerungsprozesse für das Geldwesen? Worin liegen – gerade auch in diesem Zusammenhang – die Chancen und Risiken der Blockchain-Technologie und der verschiedenen Kryptowährungen?
- Wo im System befinden sich welche Möglichkeiten zur Einflussnahme? Wie und woraus ergibt sich für wen Verantwortung zum Handeln? Was sollten wir vielleicht sogar besser „sein lassen“?
- Inwieweit ist die Freiwirtschaftslehre bereit, von bestehenden Wissensbeständen anderer Reformbewegungen zu profitieren?

Diese Fragen sind für die aktuellen Verhältnisse offenbar noch nicht zusammenhängend und zugleich leicht verständlich aus freiwirtschaftlicher Perspektive beantwortet worden. Um dies zu tun, sollten wir uns auch von verschiedenen bereits vorhandenen, integrativen Modellen inspirieren lassen und – natürlich evtl. auch kontrovers – damit auseinandersetzen. Mit Modellen sind im Übrigen nicht ausschließlich grafische Darstellungen gemeint.

7. g. Die Zukunft erspüren und erdenken

Für die Zukunft lassen sich zahlreiche Großtrends identifizieren, für deren Darstellung hier jedoch nicht der Raum ist. Zu erwarten ist, dass diese die Lebensverhältnisse der Menschen maßgeblich beeinflussen werden. Zugleich sollten wir uns aber auch nicht zu sehr von diesen Prophezeiungen beeindruckt lassen und versuchen, die eigenen Vorstellungen vom künftigen guten Leben dagegenzusetzen. Wie soll unsere Gesellschaft in der nahen Zukunft aussehen? Wie wollen wir leben?

7. h. Die Bedeutung der Freiheit als Wert und Ziel herausstellen

Unmittelbar an die vorgenannte Empfehlung lässt sich die folgende anschließen: Die Freiwirtschaft trägt das Motiv für ihr Engagement bereits im Namen. Dadurch wird die Normativität transparent gemacht und die Freiheit wird selbst als erstrebenswerter Wert ausgeflaggt. Dieses Sichtbarmachen legt nahe, dass wir uns einerseits mit dem Freiheitsbegriff auseinandersetzen und andererseits, dass wir diesen Wert stärker in die gesellschaftlichen Diskurse einbringen: Welche Freiheit meinen und wollen wir vertreten? Wie macht die Freiwirtschaft die Menschen tatsächlich frei?

7. i. Wie geht denn eigentlich Veränderung?

Manche reformerischen (und nicht nur die freiwirtschaftlichen) Lösungsansätze formulieren ein ideal gedachtes Endstadium und sind damit sehr statisch angelegt. Viele beachten die gesellschaftlichen Zusammenhänge nur marginal, und insbesondere vernachlässigen sie bereits bekannte Mechanismen des Wandels.

Wie kommen wir also als Gesellschaft vom aktuellen Zustand A zum gewünschten Zustand B in möglichst naher Zukunft? Wie laufen denn Veränderungen tatsächlich ab – und zwar in den Menschen selbst, in Gruppen, in Gesellschaften und global? Es gibt Gesetzmäßigkeiten und wiederkehrende Muster, die einige Voraussagen zum sinnvollen Einsatz von Werkzeugen und Methoden ermöglichen.

Ein Schlüsselbegriff in diesem Zusammenhang ist die *transformative literacy* (Schneidewind 2013). Damit ist die Fähigkeit gemeint, Informationen über gesellschaftliche Transformationsprozesse zu lesen, sie also in ihren technologischen, ökonomischen, institutionellen und kulturellen Dimensionen zu verstehen, und diese Informationen anzuwenden, um die Transformationsprozesse entsprechend zu deuten und sich aktiv dort einzubringen. *Transformative literacy* lässt sich sehr frei mit Gestaltungsfähigkeit übersetzen. Diese Gestaltungsfähigkeit sollten wir systematisch ausbauen.

1. Vorhandenes Transformationswissen nutzen

Zur Aneignung von mehr Gestaltungsfähigkeit gehört auch, sich ggf. die Parallelen zu anderen bereits angelaufenen Veränderungsprozessen

bewusst zu machen. Reinhard Loske wies beim Geldgipfel 2014 in der Uni Witten/Herdecke darauf hin, wie sehr die *Energiewende* in ihrem bisherigen Verlauf in den vergangenen rd. 45 Jahren von kleinteiligem bürgerschaftlichem Engagement genährt wurde, was sich später mit unterstützenden staatlichen Initiativen zu einer Gesamtentwicklung zusammenfügte. Wenn diese Erkenntnisse auf eine mögliche Geldwende übertragen würden, zeige sich, dass sich diese ebenfalls durch zahlreiche kleinere ineinandergreifende und aufeinander aufbauende Prozessschritte ergeben dürfte (Loske 2014, 2017).

Um also Veränderung und Gestaltungsmöglichkeiten besser zu verstehen, lassen sich Konzepte und Theorien, insbesondere die Wissensbestände aus den verschiedenen Fachdisziplinen heranziehen: aus Neurophysiologie, Psychologie, Soziologie, Politologie, Institutionenökonomie und nicht zuletzt aus der Philosophie. So ist Vieles ja bereits bekannt: Erwartbare Ablaufmuster etwa nach Interventionen in Organisationen, Erfolgs- und Hemmfaktoren bei Veränderungen, die Chancen und Risiken erprobter Vorgehensweisen. Es gibt Mehrphasenmodelle von Veränderungsprozessen in Gruppen/Teams und Organisationen wie die Modelle, die bspw. auf Kurt Lewin (1947) zurückgehen, oder von Veränderungsprozessen in Gesellschaften wie bspw. das Vier-Phasen-Modell von Transformationsprozessen von Mersmann u. a. (2014), nur um sehr wenige Beispiele zu nennen. Damit keine Missverständnisse aufkommen: Die Schwierigkeiten in bzw. mit Veränderungsprozessen sind damit nicht automatisch behoben und die Probleme noch nicht gelöst. Die vorhandenen Modelle und Konzepte zeigen aber Möglichkeiten des produktiven Umgangs damit auf.

2. Innerer und äußerer Wandel gehören zusammen

Es braucht bei allen Beteiligten mehr Kenntnis darüber, wie Veränderungen geschehen – etwa auch in uns einzelnen Menschen selbst. Was bringt uns Einzelne dazu, anders zu handeln als bisher? Wie kommen wir aus Gewohnheiten heraus? Wie erlernen wir wertvolles Neues und wie vergessen wir störendes Altes? **Für Veränderungen im Außen d. h. in Systemstrukturen braucht es die persönliche Veränderung, verbunden mit einer veränderten Sicht des einzelnen Menschen auf die Dinge – und umgekehrt!** Es gibt jedoch Menschen, die ausschließlich die Veränderung von Systemstrukturen als Voraussetzung für verändertes Handeln der einzelnen Menschen sehen. Eine beispielhafte Äußerung würde lauten: „Die Politiker müssen die Gesetze ändern, damit wir uns anders verhalten können.“ Umgekehrt gibt es Menschen, die ausschließlich verändertes Handeln der einzelnen Menschen als Voraussetzung für die Veränderung der Systemstrukturen betrachten: „Wir müssen (nur) unser persönliches Verhalten ändern, damit sich was bewegt.“ Beide Perspektiven schließen sich jedoch nicht gegenseitig aus, sie ergänzen sich.

3. Wichtige psychische Ressourcen für den inneren und äußeren Wandel nutzen

Der Weg vom Inneren zum Äußeren kann an sogenannten inneren (psychischen) Ressourcen ansetzen. **Marcel Hunecke (2013)** hat sechs innere (psychische) Ressourcen identifiziert, die das subjektive Wohlbefinden steigern: „*Genussfähigkeit, Selbstakzeptanz und Selbstwirksamkeit sind Ressourcen, die das Fundament für eine starke Persönlichkeit bilden, die – ganz im Sinne des humanistischen Menschenbildes – durch das Verfolgen und die Verwirklichung eigener Bedürfnisse und Ziele charakterisiert ist.*“ (Hunecke 2013). Mit diesen Ressourcen wird die Orientierung an nicht-materiellen Quellen der Zufriedenheit ermöglicht, womit der materiellen Anhäufung die Nahrung entzogen wird. Das wiederum fördert eine Lebensführung, die eher im Einklang mit Nachhaltigkeit steht als andere Lebensweisen.

Genussfähigkeit bedeutet, Genussquellen gut wahrnehmen, also genießen zu können. **Selbstakzeptanz** erhöht die Widerstandskraft gegenüber dem Bedürfnis, eine innere Leere mit Beziehungen zu äußeren Dingen (etwa durch Konsum) zu füllen. Es gilt, Möglichkeiten zur Steigerung der **Selbstwirksamkeit** im nachhaltigen Verhalten zu suchen und zu finden. **Achtsamkeit** wird hier verstanden als das Abschalten des inneren „Autopiloten“, also der fast alle Menschen beherrschenden, nahezu vollautomatischen Gedankenschleifen, die zu einer Trennung von der Wahrnehmung der aktuellen Gegenwart führen. Durch Fokussieren auf das unmittelbare Erleben und Wohlbefinden kann das Bewusstsein auf eine sehr zufriedenmachende Weise erweitert werden. Die Achtsamkeit öffnet daher auch den Blick für nicht selbstbezogene Werte. **Sinnggebung** bedeutet, dass wir Sinnzusammenhänge durch das Hinterfragen eigener Werte und Lebensziele individuell herstellen können. Transzendente oder sozial ausgerichtete Werte erleichtern es uns, eine individualistisch-materialistische Lebensführung zu überwinden. Und **Solidarität** schließlich fördert ein nicht am materiellen Wohlstand orientiertes Wohlbefinden. Solidarität lässt sich in Organisationen kultivieren.

7.j. „Das Atelier ist zwischen den Menschen“^[2]

Wie sich den Berichten und historischen Dokumenten entnehmen lässt, musizierten und schauspielten die Menschen an der „Keimzelle“ am Schanzenweg oberhalb des Asbruchs in Wuppertal in den dortigen Anfängen der freiwirtschaftlichen Aktivitäten. Sie nutzten also nicht nur ihre kognitiven Fähigkeiten. Hier liegt eine weitere Chance, um die eigenen Bedürfnisse und die vieler anderer Menschen direkter wahrzunehmen.

Kunst ist Gestaltung: Wir können Gegenstände, Abläufe, Beziehungen, Begriffe u. a. gestalten, also neu und anders machen. Kunst ermöglicht uns das Aufbrechen von Routinen, neue, andere, ungewohnte Herangehensweisen an das Thema Wirtschaft werden leichter möglich. Wir können

uns zusätzliche Blickwinkel und die Gegenstände der Betrachtung noch einmal neu sehen lernen. Kunst lässt sich auch zum besseren Verstehen einsetzen: Künstlerisches Arbeiten ermöglicht uns Erkenntnisse, die uns bei herkömmlicher kognitiv-analytischer Vorgehensweise nicht möglich wären. Und auch deshalb eignet sich Kunst als Vermittlerin von Erkenntnissen an andere Menschen

Mehr und mehr wird das Potenzial künstlerischer Ausdrucksformen zur Unterstützung von Veränderung entdeckt (siehe Sommer und Welzer 2017, Schneidewind und MitarbeiterInnen 2019). Kunst sollte künftig noch viel häufiger eingesetzt werden.

Am ausgeprägtesten findet sich dieser Ansatz sicher in der Idee der **Sozialkunst**. Sie gestaltet das soziale Leben, die zwischenmenschlichen Zusammenhänge oder wirkt zumindest auf diese gestaltend ein. Sozialkunst ist der bewusste Umgang der Menschen miteinander und das Gestalten sogenannter „sozialer Räume und Prozesse“. **Das geht ohne spezielle Medien, nur mit dem Menschen selbst, also mit den Menschen für die Menschen.** Ziel ist es, damit die authentische, verantwortliche Selbstbestimmung der Menschen in ihrer Gemeinschaft zu erreichen. Soziale Kunst zeigt mir, wie ich mir selbst und dem Anderen in dieser Entwicklung zu mehr Freiheit helfen kann. Das geht, wenn ich den anderen Menschen und die Welt in ihrem Wesen erfasse. Sozialkunst macht das unter anderem, indem sie echte Begegnungen ermöglicht, dadurch dass sie mehr oder weniger unkonventionelle, Routinen brechende Rahmenbedingungen setzt. Dadurch lässt sich – wie weiter oben im Zusammenhang mit der Stärkung der psychischen Ressourcen dargestellt – die Wahrnehmung des eigenen Selbst, die der anderen Menschen und der gesamten Mitwelt vertiefen und auch auf die „Zwischenräume“ richten. Um das zu veranschaulichen, ist ein Workshop von Oliver Sachs, Andreas Poggel und Heike Pourian (2017) zu nennen mit Betrachtungen zu Michael Endes Momo, Übungen in Gewaltfreier Kommunikation und Kontaktimprovisation.



Szenische Inszenierung am Lernort: „Leben im Hamsterrad“ (Foto: Manuel Bangemann)

7. k. Ein Bildungsprogramm und eine eigene Didaktik entwickeln

Manchen Menschen erscheint das Thema Wirtschaft als Gegenstand der Betrachtung zu trocken. Oben wurden Möglichkeiten aufgezeigt, wie sich die Beschäftigung mit Wirtschaft interessanter gestalten lässt, etwa indem wir Kunst einbeziehen. Eine eigene Didaktik wird benötigt. Dazu gehört auch, dass wir die freiwirtschaftlichen Inhalte erzählfä-

² Joseph Beuys im Gespräch mit Michael Ende (1989): „Kunst und Politik. Ein Gespräch.“, S.117

hig machen, um sie tatsächlich auch „mal zwischen Tür und Angel“ vermitteln („erzählen“) zu können. Dabei hilft die systematische Beschäftigung mit entsprechenden Methoden wie dem Storytelling und deren Einübung.

7.l. An die lebendigen Reformkräfte anschließen

Es gibt eine Reihe von reformorientierten Netzwerken, Initiativen und Einrichtungen. Bei einigen lässt sich eine hohe Dynamik und viel Energie erkennen, vielleicht auch deshalb, weil die Anliegen, die von ihnen vertreten werden, unmittelbarer an aktuelle Problemlagen anschließen. Die Verbindungen von der Freiwirtschaft zu anderen Szenen und Bewegungen wie der Commons-Bewegung, Transition-Town-Bewegung oder Gemeinwohlökonomie scheinen noch ausbaufähig zu sein.

An die lebendigen Reformkräfte anzuschließen bedeutet zunächst einmal lediglich eine gemeinsame Sprache zu finden, um den Austausch zu erleichtern. Dann lassen sich in diesen Szenen auch Verbündete für strategische Allianzen und Mitwirkende zur möglichen Vorbereitung von Kooperationsprojekten finden. Freiwirtinnen und Freiwirte sollten sich zudem verstärkt in die bestehenden und neu entstehenden „Reallabore“ einbringen. Die Internet-Adressen ausgewählter Netzwerke und Organisationen befinden sich im folgenden Kasten.

Internet-Adressen ausgewählter reformorientierter Netzwerke und Organisationen^[3]

- Vereinigung für Ökologische Ökonomie: www.voee.de/
- Konzeptwerk Neue Ökonomie: www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org/
- Netzwerk Plurale Ökonomik e. V.: www.plurale-oekonomik.de
- Oikos International (deutsche Chapter): <https://oikos-international.org/>
- Deutsches Netzwerk Wirtschaftsethik: <https://www.dnwe.de>
- Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft: <http://www.foes.de/>
- Akademie Solidarische Ökonomie: <https://www.akademie-solidarische-oekonomie.de/>
- Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung: <https://www.isw-muenchen.de/>
- Gesellschaft für sozio-ökonomische Bildung und Wissenschaft: <https://soziooekonomie-bildung.eu/>
- BiWiNa e. V. - Initiative zur Förderung der Wirtschaftskompetenz im Sinne der nachhaltigen Entwicklung: www.biwina.de
- Institut für zukunftsfähige Ökonomien: <https://zoe-institut.de/>
- Gemeinwohl-Ökonomie: <https://www.ecogood.org/de/>

8. Fazit: Was also kann und will die Freiwirtschaft beitragen?



Es gibt starke Hinweise darauf, dass im Laufe der Menschheitsgeschichte bereits verschiedene Paradigmen aufeinander gefolgt sind. Unterschiedliche Wirtschaftsformen und Gesellschaftsstrukturen waren mit unterschiedlichen Sichtweisen verbunden. Das Aufkommen neuer Technologien, neue Formen unser Geben und Nehmen zu organisieren wie auch neue Sichtweisen auf die Dinge bedingen sich wechselseitig. Mit Umweltveränderungen, Virtualisierung, Robotisierung und anderen Megatrends sind aktuell starke Veränderungen im Gange.

³ Für zahlreiche Ergänzungen dieser Liste und weitere wichtige Anmerkungen zu einer früheren Fassung dieses Artikels danke ich Patrick Brehm (<https://www.vwl-nachhaltig.de>).

Literatur:

- Brodbeck, Karl-Heinz (2014):** „Wie Geld unser Denken bestimmt und verändert.“ Abdruck des Vortrages beim Geldgipfel 2014 – Von der Energiewende zur Geldwende.
- Brodbeck, Karl-Heinz (2016):** „Geld als Denkform. Sprache, Mathematik und die Einheit der monetären Vergesellschaftung.“ In: Brodbeck, Karl-Heinz und Graupe, Silja (Hrsg.): Geld! Welches Geld? Geld als Denkform. S. 19-70. Metropolis, Marburg.
- Commons (ohne Jahr):** https://de.wikipedia.org/wiki/Commons#cite_ref-40; abgerufen am 1. September 2019.
- Helmut Creutz (2014):** Das Geld Syndrom 2012: Wege zu einer krisenfreieren Wirtschaftsordnung. Mainz Wissenschaftsverlag, Aachen.
- Crutzen, Paul J. und Stoermer, Eugene F. (2000):** „The ‚Anthropocene‘“ In: IGBP Global Change Newsletter. Nr. 41, Mai 2000, S. 17–18 (igbp.net).
- Degens, Philipp (2013):** „Alternative Geldkonzepte – ein Literaturbericht.“ Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln. (MPIfG Discussion Paper 13/1)
- Ende, Michael und Beuys, Joseph (1989):** „Kunst und Politik. Ein Gespräch.“ Freie Volkshochschule Argental, Wangen.
- Freiwirtschaft (ohne Jahr):** <https://de.wikipedia.org/wiki/Freiwirtschaft>, abgerufen am 10. April 2018.
- Frenking, Gabriele (1989):** „Die Geschichte des Freiwirtschaftlichen Jugendverbandes FJVD. Zusammengestellt aus Anlass der Jubiläumsfeier zum 30jährigen Bestehen des Silvio-Gesell-Heims.“ in: Der Dritte Weg, August 1989, S. 25-27.
- Gesell, Silvio (1916):** „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld.“ 4. letztmalig vom Autor überarbeitete Auflage. Silvio Gesell Gesammelte Werke, Bd. 11, 1920. Herausgeber: Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung, Hamburg [www.stiftung-geld-boden.de], Lektorat: Werner Onken.
- GLS Bank Stiftung (2014):** „Geldgipfel 2014. Von der Energiewende zur Geldwende.“ 1./2. Mai 2014 an der Universität Witten/Herdecke. Dokumentation.
- Göpel, Maja (2016):** „The Great Mindshift: How a New Economic Paradigm and Sustainability Transformations Go Hand in Hand.“ Springer International Publishing, Berlin.
- Helfrich, Silke und Heinrich-Böll-Stiftung (Hg. 2014):** „Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat.“ Berlin.
- Helfrich, Silke; Bollier, David und Heinrich-Böll-Stiftung (Hg. 2015):** „Die Welt der Commons. Muster gemeinsamen Handelns.“ Berlin.
- Helfrich, Silke und Bollier, David (2019):** „Frei, fair und lebendig – Die Macht der Commons.“ Bielefeld.
- Henke, Steffen (2017):** Fließendes Geld für eine gerechtere Welt: Warum wir ein alternatives Geldsystem brauchen, wie es funktioniert und welche Auswirkungen es hat. Baden-Baden, Tectum.
- Indset, Anders (2019):** Michael Krons von phoenix befragt Wirtschaftsphilosoph Anders Indset in der Reihe „phoenix persönlich“ am 17.05.2019. https://www.youtube.com/watch?v=P1yJ-PAJYTo&feature=share&fbclid=IwARorAe8-fvsKTlIH2NYApzRNOOCe3RvpFwEaaMNhJdIYZhEgIfCjm_T1Oo
- Lewin, Kurt (1947):** „Frontiers in group dynamics. Concept, method and reality in social science. Social equilibria and social change.“ In: Human Relations. Bd. 1, Nr. 1. S. 5–41.
- Löhr, Dirk und Harrison, Fred (Hg., 2017):** Das Ende der Rentenökonomie: Wie wir globale Wohlfahrt herstellen und eine nachhaltige Zukunft bauen können. Metropolis, Marburg.
- Loske, Reinhard (2014):** „Transformationsstrategien für eine nachhaltige Geldordnung.“ Erweiterte Fassung des gleichnamigen Vortrages auf dem „Geldgipfel 2014: Von der Energiewende zur Geldwende“ der GLS Bank–Stiftung am 1. und 2. Mai in der Universität Witten/Herdecke.
- Loske, Reinhard (2017):** „Das zarte Pflänzchen „Geldwende“. Beim Umbau des Geldsystems stehen wir erst am Anfang. Ökologisches Wirtschaften, 1/2017 (32), S.26–27.
- Loske, Reinhard und Bausch, Camilla (2018):** „Geld, Finanzwirtschaft und Nachhaltigkeit.“ (Themenpapier zur Agenda-Konferenz 2018 zur partizipativen Überarbeitung von Fragen für die Sozial-ökologische Forschung). in: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Nachhaltigkeitsforschung sozial-ökologisch gestalten. Agenda-Konferenz für die Sozial-ökologische Forschung 19./20. September 2018, Kongress Palais Kassel. Bonn & Berlin, S. 49–57.

Weiter auf Seite 16...

Erfreulicherweise scheint sich eine wachsende Zahl von Menschen ernsthaft mit den laufenden tiefgreifenden Veränderungen zu beschäftigen. Möglicherweise wächst aber gleichzeitig auch die Zahl derjenigen, die sich damit überfordert fühlen. Auch daher liegt die Vermutung nahe, dass es einen „*Change by Design and Disaster*“ geben wird, um einen in der Transformationsszene bekannten Ausspruch abzuwandeln. Vermutlich werden die Menschen aus noch kommenden weiteren kleineren und auch größeren Katastrophen und Schäden mühsam lernen. Für diejenigen, die versuchen wollen, den Wandel positiv zu beeinflussen, erscheint die Vorstellung eines „radikalen Inkrementalismus“ (*radical incremental transformations*, Göpel 2016: 8) hilfreich zu sein. Damit ist ein Vorgehen gemeint, das mit voller Absicht an einer grundlegenden Veränderung arbeitet, diese jedoch in kleinen angepassten Schritten (inkrementell) erreichen will.



Welche Übereinstimmungen sind zwischen dem Konzept der Freiwirtschaft und einem möglichen neuen sinnvollen Paradigma erkennbar, und was kann die Freiwirtschaft zu einer Transformation unserer Wirtschaft beitragen? Um diese Fragen ausreichend zu beantworten, müssten zumindest die im Artikel angesprochenen Punkte geklärt werden. Vor dem Hintergrund der vielen Veränderungen in den letzten hundert Jahren erscheint es jedenfalls sinnvoll, die Freiwirtschaftslehre weiterzuentwickeln und sie auf die veränderten und weiter sich verändernden Rahmenbedingungen einzustellen. Mit ihren zentralen Vorschlägen zur Neukonstituierung des Geldes und zur Nutzung gemeinschaftlicher Güter bzw. Verteilung der Erträge daraus kann sie den Weg für den notwendigen grundlegenden Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft bereiten.

Zum Autor

Dr.-Ing Holger Kreft



Jg. 1966, Studium der Geografie mit Schwerpunkt Landschaftsökologie an der Ruhr-Universität Bochum, Promotion im Bereich Abfallwirtschaft an der Uni Essen. Seit 1997 selbstständig als Begleiter für Projekte der Regionalentwicklung auf lokaler, regionaler und Landesebene. „Verstärkt seit 2013 wirke ich daran mit, zeitweilig oder dauerhaft Räume einzurichten, in denen wir gemeinsam alternative, zukunftsfähige Beziehungs- und Verhaltensmuster, Wirtschaftsweisen und Lernformen entdecken, einüben und weiterentwickeln können.“

<http://holger-kreft.de>

Literatur (Fortsetzung von Seite 15):

Mehrling, Perry (2015): „Why is money difficult?“, abgerufen am 2. Oktober 2016. <http://www.perrymehrling.com/2015/06/why-is-money-difficult/>

Mersmann, Florian; Wehnert, Timon; Göpel, Maja; Arens, Sophie und Ujj, Orsolya (2014): „Shifting Paradigms: Unpacking Transformation for Climate Action. A Guidebook for Climate Finance & Development Practitioners.“ Berlin: Wuppertal Institute for Climate, Environment and Energy.

Onken, Werner (1990): „Silvio Gesell und Rudolf Steiner. in: Rudolf Steiner und Silvio Gesell - Wegbereiter einer sozialen Zukunft.“ (Fragen der Freiheit, Heft 202, Januar/Februar 1990, S.4-38.) SffO, Bad Boll.

Onken, Werner (1997): „Modellversuche mit sozialpflichtigem Boden und Geld.“ Verlag für Sozialökonomie, Lütjenburg.

Onken, Werner (2012): „Die Transformation des Geldes vom Herrschaftsmittel zu einem dienenden Tauschmittel. Eine Erinnerung an Silvio Gesells Leben & Werk aus Anlass seines 150. Geburtstags am 17. März 2012.“ in: Humane Wirtschaft, 02/2012, S. 4-10.

Ostrom, Elinor (1990): „Governing the Commons: The Evolution of Institutions for Collective Action.“ Cambridge.

Ötsch, Walter Otto (2016): „Geld und Raum. Anmerkungen zum Homogenisierungsprogramm der beginnenden Neuzeit.“ In: Brodbeck, Karl-Heinz und Graupe, Silja (Hg.): Geld! Welches Geld? Geld als Denkform. S. 71-101. Metropolis, Marburg.

Raworth, Kate (2012): „A Safe and Just Space for Humanity. Can We Live within the Doughnut?“ Oxfam Discussion Papers. Oxford: Oxfam GB. <http://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/dp-a-safe-and-just-space-for-humanity-130212-en.pdf>

Ries, Jonathan (2017): „Wuppertaler Freilichtbühne – 90 Jahre Freiwirtschaft, Kunst und Kultur. Der geschichtliche Werdegang der Freilichtbühne am Asbruch.“ Humane Wirtschaft 2017/04, S. 42-46.

Rockström, Johan u. a. (2009): „Planetary boundaries: Exploring the safe operating space for humanity.“ Ecology and Society 14(2): 32. <http://www.ecologyandsociety.org/vol14/iss2/art32/>

Sachs, Oliver; Poggel, Andreas und Pourian, Heike (2017): „Geld, Zeit und Kommunikation in Bewegung. Eine Erfahrung zwischen Michael Endes Momo, Gewaltfreier Kommunikation und Contact Improvisation.“ Wochenend-Workshop; Veranstalter: Oeconomia Augustana e. V. und Forum Fließendes Geld. 13.-15.10.2017 in Augsburg.

Saimeh, Nahlah (2018): „Wie entsteht das Böse?“ - Die forensische Gutachterin und Psychiaterin Nahlah Saimeh im Gespräch mit Ralph Erdenberger in „WDR 5 Neugier genügt – Redezeit“ am 13.12.2018. 26:33 Min. Verfügbar bis 13.12.2019. WDR 5

Schneidewind, Uwe (2013): „Transformative Literacy. Understanding and Shaping Societal Transformations.“ in: GAIA 22/2 (2013): S. 82-86.

Schneidewind, Uwe (2015): „Transformative Wissenschaft – Motor für gute Wissenschaft und lebendige Demokratie. Reaktion auf A. Grunwald. 2015. Transformative Wissenschaft – eine neue Ordnung im Wissenschaftsbetrieb?“ in: GAIA 24/2 (2015): S. 88–91. oekom, München.

Schneidewind, Uwe u. a. (2016): „Für einen neuen Vertrag zwischen Wirtschaftswissenschaft und Gesellschaft. Transformative Wirtschaftswissenschaft im Kontext nachhaltiger Entwicklung.“ In: Ökologisches Wirtschaften, 2.2016 (31): S. 30-34. oekom, München.

Schneidewind, Uwe (2017): „Von der Reparatur-Ökonomik zur Orientierungswissenschaft.“ Zeitgespräch, ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft, Wirtschaftsdienst 2017/4: 246-249.

Schneidewind, Uwe und MitarbeiterInnen (2018): „Die Große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels.“ S. Fischer Verlag, Frankfurt/M.

Sommer, Bernd und Welzer, Harald (2017): „Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne.“ oekom, München.

WBGU, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011): „Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation.“ Hauptgutachten. Berlin 2011.

Welzer, Harald (2011): „Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam.“ (Heinrich-Böll-Stiftung Hg.: Schriftenreihe Ökologie, Bd. 14). Berlin.

Einladung zum zweite Vernetzungstreffen freiwirtschaftlicher Organisationen

Terminhinweis

Planung und Vorbereitung:

**INWO Deutschland e. V.
Freiwirtschaftlicher Jugendverband FJVD e. V.
Förderverein Natürliche Wirtschaftsordnung e. V.**

Wir wollen bei diesem zweiten Treffen unsere Vernetzung weiterentwickeln und die Zusammenarbeit vertiefen. Die Vernetzung soll Strukturen schaffen, die wir für eine effektivere Kommunikation nutzen können, Räume für Gemeinschaftsarbeit öffnen, Kampagnen initiieren oder unterstützen, kurz: Wünschenswertes aus Sicht der Aktiven leichter ermöglichen. Wir sehen das Treffen als Gelegenheit zur Begegnung, zum Austausch und zum besseren Kennenlernen der Menschen, die in verschiedenen Initiativen über Deutschland verteilt für die Freiwirtschaft aktiv sind. Wir glauben, dass der Erfolg einer solchen Zusammenkunft über messbare Ergebnisse hinausgeht.

Ein Programmpunkt wird zum Beispiel eine systemische Strukturaufstellung sein, die uns einen erweiterten Blick auf uns, die Organisation(en), Wege und Ziele eröffnen kann.

Die sozialen Verwerfungen sind im vergangenen Jahr an vielen Stellen noch deutlicher geworden. Es sind aber auch hoffnungsvolle Zeichen eines tiefgreifenden Wandels erkennbar. Mit unserem Wissen von Ursachen der zu beobachtenden Symptome können wir bedeutsam zum gesellschaftlichen Wandel beitragen. Darüber, wie das geschehen kann, wollen wir uns austauschen.

Die Entscheidung über die Grundsteuerreform rückt immer näher, durch die Öffnungsklausel wird eine Gestaltung als reine Bodenwertsteuer tatsächlich möglich. Wir wollen die Kampagne "Grundsteuer: Zeitgemäß!" dabei weiterhin unterstützen.

Die INWO hat mit Mitwirkung international renommierter Ökonomen einen Silvio-Gesell-Preis initiiert. Der aktuelle Stand dieses umfangreichen Projekts wird vorgestellt – Mitarbeiter sind herzlich willkommen.

Des Weiteren wird der Wunsch nach technischen Kommunikationsmöglichkeiten zur Vernetzung aufgegriffen. Durchführbare Lösungen werden dargestellt.

Das Treffen wird so gestaltet, dass es für ergänzende Ideen aus dem Teilnehmerkreis Raum bietet.

Wir freuen uns auf alle, die sich angesprochen fühlen und sich in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal dazu gesellen möchten!

Gesell
Dich doch dazu

ANMELDUNG

**Wir bitten um Deine/Ihre Anmeldung
bis zum 4. Oktober 2019
per E-Mail an: INWO@INWO.de**

und über das Online-Anmeldeformular zur Verpflegung & Zimmerreservierung: <https://hwlink.de/net19>

Das Programm (Änderungen vorbehalten)

Unsere Rahmenplanung sieht Folgendes vor:

Freitagabend, 11. Oktober 2019

18:00 Uhr **Ankommen**
18:30 Uhr **Gemeinsames Abendessen**
20:00 Uhr bis
21:30 Uhr **Beginn des Programms**

Samstag, 12. Oktober 2019

10:00 Uhr **Beginn des Programms**

Sonntag, 13. Oktober 2019

10:00 Uhr **Beginn des Programms**
12:30 Uhr **Abschluss des Programm,
anschließend Mittagessen**

Info-Adresse:

Silvio-Gesell-Tagungsstätte

Andreas Bangemann
Schanzenweg 86
42111 Wuppertal (Tagungsort)

Tel: 02053-423766 • E-Mail: ab@sgt-wuppertal.de

Webseite mit Anfahrtsbeschreibung:

<https://sgt-wuppertal.de>

KOSTEN FÜR ÜBERNACHTUNG UND VERPFLEGUNG

Bei Anreise am Freitag:

Vollpension mit 2 Übernachtungen im Einzelzimmer:
149 Euro, bei Übernachtung im Doppelzimmer: 129 Euro

Davon abweichende An- und Abreise ist möglich. Informationen zu den Kosten bei kürzerem Aufenthalt mit entsprechenden Einzelpreisen können dem oben verlinkten Anmeldeformular entnommen werden.



Wachstum als Dogma

Thomas Kubo

Die tägliche Berichterstattung über die wirtschaftliche Entwicklung enthält häufig ein implizites Dogma: Wachstum ist gut, richtig und notwendig. Dass es ein Dogma ist, wird daran deutlich, dass es nicht hinterfragt oder begründet, sondern gebetsmühlenartig wiederholt wird. Einige Probleme entstehen aus Verwirrungen, die von Interpreten des Bruttoinlandsproduktes (BIP) verursacht werden. Die gewichtigeren Probleme hängen aber mit den Eigenschaften der Messgröße BIP und dem Wachstum an sich zusammen. Um beides soll es im Folgenden gehen.

Zwei Schlaglichter aus der Presse

Holger Zschäpitz von der WELT nimmt eine Senkung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) um 0,1 % zum Anlass zu erklären, Deutschland sei auf dem Weg zum „kranken Mann Europas“. Er zitiert im Artikel den UniCredit-Ökonomen Andreas Rees, der meint: „Fakt ist: Die deutsche Wirtschaft kommt seit einem Jahr nur noch im Kriechgang vorwärts.“ Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung lässt über eine Pressemitteilung Folgendes verlautbaren: „Das Expansionstempo der deutschen Volkswirtschaft hat merklich nachgelassen. Vorübergehende Produktionsprobleme in der Automobil- und Chemieindustrie waren hierfür mitverantwortlich. Gleichzeitig habe sich die Grunddynamik der deutschen Wirtschaft verlangsamt.“^[1] Die Verwirrungen hier sind zahlreich.

Die erste Verwirrung besteht darin, dass ein homöopathischer Rückgang als Katastrophe gedeutet wird. Ein Rückgang von 0,1 % bedeutet, dass die deutsche Wirtschaft im Vergleich zum Ende des Jahres 2018 immer noch über 99,9 % ihrer Leistung verfügt. Die Wirtschaft war damit auch leistungsfähiger als zum Anfang des Jahres 2018.

Der Artikel in der Welt: <https://welt.de/wirtschaft/article198507393/> die Pressemitteilung des Sachverständigenrats: https://hwlink.de/tk_sara

Die zweite Verwirrung besteht darin, dass höhere Wachstumsraten erwartet werden. Hier ist darauf zu verweisen, dass die Wirtschaft seit Ende des zweiten Weltkrieges bereits um das 8- bis 9-Fache gewachsen ist. Wächst die heutige Wirtschaft um 1 %, entspräche das einer Steigerung von 8 bis 9 % der Wirtschaftsleistung etwa von 1950, wie Helmut Creutz nicht müde wurde, zu betonen. Zu kritisieren, die Wirtschaft komme nur im „Kriechgang vorwärts“, berücksichtigt nicht, dass wir bereits im Hochgeschwindigkeitszug unterwegs sind und eine weitere Steigerung nicht so einfach zu realisieren ist. In der *Darstellung 1* ist die Entwicklung des BIP eingetragen.

Das etwas verschwurbelt formulierte Zitat der Wirtschaftsweisen enthält ebenfalls einen Widerspruch oder zumindest eine erhebliche Verwirrung. Wenn das Expansionstempo sich verlangsamt, dann wächst die Wirtschaft immer noch. Die Grunddynamik kann sich dann nicht gleichzeitig verlangsamen; dies würde nämlich bedeuten, dass die Wirtschaft schrumpft.

Minenfeld BIP

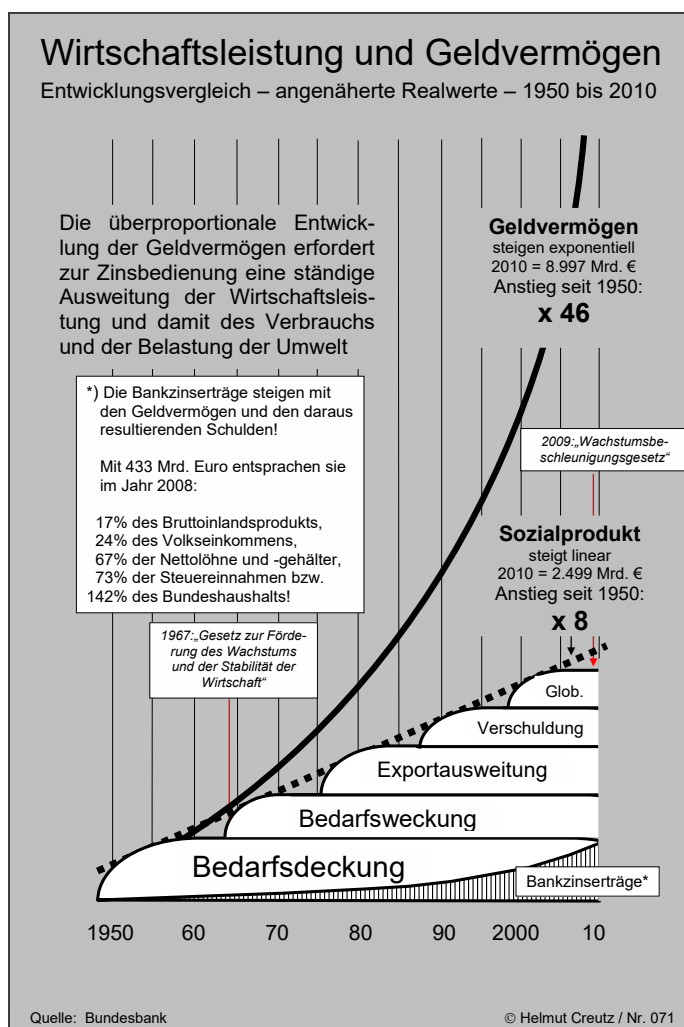
Beim BIP handelt es sich um ein statistisches Aggregat. Es enthält grob die Summe aus den verkauften Gütern und Dienstleistungen in einer Volkswirtschaft. Die Möglichkeit, mittels einer einzelnen Zahl eine wirtschafts-

politische Analyse leisten zu können, macht die Wirkmächtigkeit und Attraktivität dieser Größe aus.^[2] Allerdings ist diese Einfachheit auch mit erheblichen Einschränkungen verbunden:

Das BIP ist eine quantitative Größe. Es macht keine qualifizierenden Aussagen über die Art der Güter und Dienstleistungen. Eine Kartoffel ist im Hinblick auf das BIP so relevant wie eine Luxusjacht. Ebenso wichtig wie die Höhe des BIP sind aber auch die folgenden Fragen: Wie nützlich sind die Produkte und Dienstleistungen für die Menschen? Wie hoch ist die Fertigungstiefe von Produkten, die in einem volkswirtschaftlichen Raum hergestellt werden? Sind die importierten Güter genauso wertvoll wie die exportierten Güter? Welche Verschiebungen ergeben sich innerhalb der wirtschaftlichen Sektoren?

Das BIP macht keine Aussagen über die Verteilung innerhalb einer Volks-

² Eine eindrucksvolle politökonomische Geschichte des BIP stammt von Philipp Lepenies, „Die Macht der einen Zahl“, Suhrkamp 2013.



Darstellung 1

wirtschaft. Der Zugang zu Gütern und Dienstleistungen kann eher gleich oder eher ungleich verteilt sein. Wem nützt ein hohes BIP, wenn er nichts davon hat?

Ferner ist das BIP nur ein eingeschränktes Mittel, um den Wert unbezahlter Arbeit zu ermitteln. Eine im Garten angebaute und schließlich verzehrte Tomate hat keinen Transportweg, benötigte keinen regelmäßigen Einsatz von industriellen Pestiziden und Düngern und keine bezahlte Arbeitskraft für Anbau und Ernte. Dafür ist sie keine Marktware und für das BIP irrelevant.

Der ökologische Einwand

Der gewichtigste Einwand gegen eine auf das Wachstum fixierte Berichterstattung ergibt sich von ökologischer Seite. Drei Beispiele machen die Zusammenhänge deutlich:

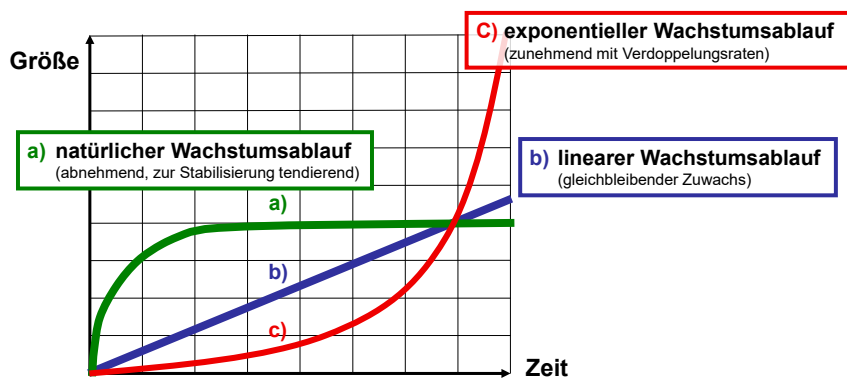
Verkehr: Kommt es zu einer stärkeren Regionalisierung der Wirtschaftskreisläufe, wird als Folge weniger Treibstoff verbraucht, und es werden weniger Fahrzeuge benötigt. Das BIP sinkt, aber damit sinkt auch der Ressourcenverbrauch.

Subsistenz: Die aufkommenden Bewegungen im Bereich der Subsistenz (etwa *urban gardening*) verheißen für das BIP nichts Gutes. Denn die Lebensmittel, die in Subsistenzwirtschaft hergestellt werden, gehen nicht in die Berechnung ein. Sie sind aber für die Menschen zusätzlich noch sinnstiftend, und sofern die Transportwege kurz und der Einsatz von belastenden Pestiziden und Düngern ausbleibt, auch umweltschonend.

Insekten: Jeder Gärtner weiß um die Notwendigkeit von bestäubenden Insekten. Der Wert einer Insektenart kann aber kaum in BIP ausgedrückt werden. Würden aber etwa alle Bienen aussterben, dann wäre der Schaden immens.

Kurz: Das BIP sagt nichts darüber aus, wie verfügbar bestimmte Rohstoffe oder welche Nutzungen für bestimmte Böden möglich sind. Anhand des BIP ist nicht ersichtlich, wie viele Schäden die Natur noch weiter verkraften kann, um den Lebewesen einen erträglichen Lebensraum zu bieten. *Das BIP ist als universaler Indikator für die Wirtschaftsleistung ungeeignet.*

Unterschiedliche Wachstumsabläufe



In einer begrenzten Welt ist bereits das lineare Wachstum auf Dauer unmöglich, erst recht das exponentielle!

© Helmut Creutz - Nr. 066

Darstellung 2

Wachstum und Geldsystem

In der *Darstellung 2* von Helmut Creutz sind drei Kurven. Die grüne Kurve **a)** ist die natürliche Wachstumskurve. Die blaue Kurve **b)** ist eine lineare Kurve. Die rote Kurve **c)** ist eine Exponentialkurve. Beinahe sämtliche natürlichen Lebensformen entwickeln sich gemäß Kurve **a)**. Diese beginnt sogar exponentiell, reguliert sich aber bei einer bestimmten Maximalgröße selbst. Aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht spielt die Kurve **a)** erstaunlicherweise nur eine untergeordnete Rolle. Eine Fixierung auf die Kurven **b)** und **c)** bedeutet aber dann, dass es nicht möglich ist, sich irgendwann mit einer Sättigung zufriedenzugeben! Das Dogma wird an dieser Fixierung deutlich!

Dabei hat Kurve **c)** nur zerstörerische Analogien: Die Algenvermehrung in einem See, die ihn letzten Endes kippen lässt, tumorartiges Wachstum, also Krebs, und die Mechanik von Zins- und

Zinseszins. Zwar kommt diese Art des Wachstums eben auch in der Natur vor: Krebs und Algen sind zwar schädlich für ihre Umgebung, aber nicht künstlich. In der Medizin und in der Landschaftsplanung ist man jedenfalls nicht bereit, sich mit den genannten Zuständen abzufinden. Bei unserem Geldsystem hingegen begrüßen wir den Zins und kritisieren es, wenn er sinkt.

Dabei hat die Wirtschaft bei Negativzinsen erstmals die entscheidende Voraussetzung, keinem Wachstumszwang mehr ausgesetzt zu sein. Der Zins am Geldmarkt ist die Benchmark für alle Kapitalrenditen. Ökologisch wirtschaftende Unternehmen, die aber eine geringere oder sogar gar keine Rendite abwerfen, dabei aber wertstabil bleiben, sind nun erstmals attraktiv! Negativzinsen bilden neben einer Reform des Bodenrechts und die Einführung von Ressourcensteuern die tragenden Säulen einer ökologischen Transformation unserer Wirtschaft.

Wirtschaftswachstum Helmut Creutz		
Vernünftiges Wachstum – sagen die Stromerzeuger wenn die Abnehmer noch mehr Energie verbrauchen.	Notwendiges Wachstum – sagen die Regierenden wenn Ausgaben und Schulden die Einnahmen überholen.	Bombiges Wachstum – sagen die Rüstungsindustriellen wenn durch mehr Kriege die Waffennachfrage wächst.
Erfreuliches Wachstum – sagen die Schnapsfabrikanten wenn der Alkoholkonsum regelmäßig steigt.	Günstiges Wachstum – sagen die Aktionäre wenn die Renditen rascher als die Löhne klettern.	Erforderliches Wachstum – sagen die Kapitalbesitzer wenn sie für ihre Zinseinkünfte neue Anlagen brauchen.
Belebendes Wachstum – sagen die Autoproduzenten wenn Zulassungen und Blechschäden erneut in die Höhe gehen.	Arbeitsplatzsicherndes Wachstum – sagen die Ökonomen wenn der Ressourcenverbrauch immer größer wird.	Tolles Wachstum – sagen die Großgrundbesitzer wenn die Baulandpreise ins Unbezahlbare steigen.
Gesundes Wachstum – sagen die Tabakverarbeiter wenn die Menschen noch mehr Nikotin inhalieren.	Normales Wachstum – sagen die Banker wenn sich die Geldvermögen alle acht Jahre verdoppeln.	Zum Tode führendes Wachstum – lese ich unter Krebs als ich zufällig im Lexikon blättere.

Greta Thunberg – Protestikone und Medien-Objekt

Anmerkungen zu einem menschlichen Phänomen

Elmar Klink



Greta Thunberg vor dem Schwedischen Parlamentsgebäude in Stockholm im August 2018
Foto: Anders Hellberg, Wikimedia Commons, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Greta_Thunberg_4.jpg CC-Lizenz BY-SA 4.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Am Mittwochvormittag (28.8., *New Yorker Zeit*) traf die 16-jährige schwedische Schülerin und Klimaaktivistin, Greta Thunberg, bei leichtem Regen in Sichtweite der dunstverhangenen Skyline von Manhattan vor New York ein. Die „Malizia II“, der Segler, mit dem sie 14 Tage lang als Passagier auf See unterwegs war, ankerte zuvor noch vor Coney Island, um Zoll- und Einreiseformalitäten zu erledigen. Dann fuhr sie von Willkommens-Segelbooten begleitet bei nur noch schwachem Wind in die Upper Bay-Area ein, um an den Kais der North Cove Marina, dem mondänen Jachthafen Manhattans am Hudson River anzulegen. Nicht weit entfernt vom Freedom-Tower, dem neuen World Trade Gebäude.

Schwere See ungefähr 300 Seemeilen (etwa 560 km) südlich von Nova Scotia (Neuschottland) mit Wellenbrechern über Bug und Deck eines Sturmtiefs bei Neufundland, verhinderte zuletzt ein schnelleres Vorankommen als man ursprünglich angenommen hatte. Zeitweise erreichte man davor in ruhigerer See aber bei steifer Brise im Golfstrom bis zu 30 nautische Knoten. (ca. 55 km/h). Dem Sturmtief fuhr das schnelle Segelschiff davon.

Am 14. August war die monegassische Rennjacht mit Crew und Passagieren vom südenenglischen Plymouth aus in See gestochen. Die Distanz beträgt in Luftlinie nur etwa 5.100 Kilometer. Aber aufgrund von Wind- und Strömungsverhältnissen wurde der Reiseweg noch länger

(6.700 km), weil man in einem bestimmten Segelkorridor einen Zickzack-Kurs fahren musste. Die Besatzung und Passagiere sind: Greta Thunberg (ohne jede Segelerfahrung), ihr Vater Svante, der Filmemacher Nathan Grossman, der im Auftrag der Firma „B-Reel Films“ die Reise dokumentieren soll und die beiden erfahrenen Skipper, der Deutsche Boris Herrmann und sein Co., der Prinz von Monaco, Pierre Casiraghi, ein Enkel von Fürst Rainier III. und seiner Frau, der Fürstin Gracia Patricia, der einstigen Filmschauspielerin Grace Kelly. Das Unternehmen steht der Prinz Albert II. von Monaco-Stiftung nahe, einer Non-Profit-Organisation, die Umweltinitiativen und Arbeiten zum Klimaschutz unterstützt. Thunberg, die es grundsätzlich ablehnt, zu fliegen oder mit Oceanlinern zu fahren, wollte demonstrativ „emissionsfrei“ nach Amerika gelangen. Die superteure, 18 Meter lange und knapp 6 Meter breite Jacht der IMOCA-Klasse (fast 5 Meter Tiefgang) unter deutscher Flagge und im Besitz des Stuttgarter Immobilien-Unternehmers Gerhard Senft, ist ein ausgesprochenes High-Tech-Produkt: modernste Satelliten-Navigation, Sonnenpaneele, Unterwasserturbinen und ein Propeller am Heck, woraus Strom erzeugt wird, mit dem auch die Trinkwasseraufbereitung aus Meerwasser betrieben wird. Der „Komfort“ an Bord ist denkbar gewichtsreduziert und spartanisch. Es gibt keine bequeme Ausstattung mit Kabine und Betten, nur zwei behelfsmäßige Rohrkojen, keine Dusche, Pantry (Bordküche) oder WC. Die Exkretion (Ausscheidung) verrichtet man in einen einfachen Plastikimer (sog. Pütz), an dem ein Tau befestigt ist. Ein schneller Gaskocher sorgt für heißes Wasser, um darin gefriergetrocknetes veganes Essen aus Beuteln (Astronautennahrung) aufzukochen. Dazu stand weitere Kleinverpflegung, Snacks, Rie-



Die Segeljacht Malizia II, mit welcher Thunberg den Atlantik überquerte
Foto: Xriss – Andreas Lindlahr, Wikimedia Commons, commons.wikimedia.org/wiki/File:MALIZIA_II_02.jpg CC-Lizenz BY-SA 4.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

gel, Nüsse, Obst usw. zur Verfügung. Um Außenaufnahmen vom Schiff und Erkundungsflüge zu machen, führte man eine ferngesteuerte Drohne an Bord mit.

Das Magazin „Stern“ als Sponsor begleitete mit einer Berichterstattung und Bildreportage die Reise. Und berichtete in einem Live-Ticker im Internet über die zurückgelegten Stationen des Törns in den Gefilden des rauen Nordatlantiks. Diese das Vorhaben erst ermöglichenden Faktoren sind natürlich in der Bilanz nicht gerade klimaneutrale Voraussetzungen. Den 2015 erfolgten aufwendigen Umbau des Seglers inbegriffen („La Malizia“ heißt „die Listige“). Und die Tatsache, dass nach Ankunft am Ziel eine vierköpfige Crew das Schiff zurückfahren und dazu nach New York fliegen wird, macht die CO₂-reduzierte Bilanz auch nicht besser. Das veranlasste den „Spiegel“-Journalisten Jan Fleischhauer zu abermaliger scharfer Kritik an der „Thunberg-Show“ mit unredlichen Mitteln beim Maischberger-TV-Talk vom 21. August. Bis auf den Show-Vorwurf wird man dem inhaltlich wie sachlich kaum widersprechen können.

Thunberg brach auf diese ungewöhnliche Reise nach Amerika auf, um an der nächsten UNO-Klimakonferenz (UN Climate Action Summit) der Staats- und Regierungschefs am 23. September in New York teilzunehmen. Zuvor findet am 21. September ein UN-Jugend-Klimagipfel statt. Am 20. und 27. September

will sie bei Klima-Demonstrationen in New York auftreten und sprechen. Zugleich unternimmt sie den Segeltörn aber auch, um zu demonstrieren, dass ein „anderes“ Reisen möglich ist, das, sagen wir es mal so, mit einem teils minimierten, die Umwelt weniger belastenden Aufwand auskommt, aber viel mehr Zeit in Anspruch nimmt. Denn ein klimaneutrales Reisen gibt es nicht! Sie hätte auch eine Videobotschaft live von zuhause an die UNO-Konferenz senden können. Doch Thunberg findet, dass man damit „leider nicht so viel Aufmerksamkeit erregt“. Zudem möchte sie in den USA, dem Land neben China und Indien mit den höchsten CO₂-Ausstößen der Welt, weitere Menschen, Politiker*innen und Entscheidungsträger treffen und kennenlernen, die sie in ihrem Anliegen „Skolstrejk för Klimatet“ unterstützen wollen und sollen. Denn so hatte es für sie begonnen vor fast auf den Tag genau einem Jahr, als sie sich an einem Freitag mit einem Plakat dieser Aufschrift auf die Stufen zum schwedischen Reichstag hockte wie ein trotziges Aschenputtel. Nicht ahnend freilich, was sie damit bald an Resonanz in Gang setzen würde, vor allem unter Schülerinnen und Schülern wie sie. Es war zugleich die Geburtsstunde für die sich daraus rasch bildende und größer werdende Bewegung „Fridays for Future“, die längst zum Selbstläufer geworden ist und in Deutschland und Europa schon viele Anhänger*innen hat, der sich auch immer mehr Wissenschaft-

ler anschließen. „Unite Behind The Science“ lautet denn auch die Hashtag-Parole von „Fridays for Future“.

Dazu schwänzte Greta Thunberg die Schule, viele Schüler und Schülerinnen machten es ihr nach. Viele junge erwachsene Menschen kamen hinzu und machten im Zeitalter von Instagram, Twitter, Facebook und Smartphone „Schulfrei fürs Klima“ zu einem weit verbreiteten Motto in ganz Europa und darüber hinaus. Wenn sich Zustimmungen zu Parteien auch so rasant entwickeln und verstärken würden, hätten wir vielleicht bald eine andere Welt. Aber Thunberg und „Frei-Tage“ für den Klimaschutz stellen kein Weltparlament dar, das stellt nur die UNO-Versammlung dar und die hat kein exekutives Mandat. Umsetzungen von UN-Beschlüssen liegen wiederum allein in der Hoheit der einzelnen Mitgliedsländer.

Und wie da zum Teil verfahren wird, erleben wir ja gerade am Beispiel der Flächenbrände im gewaltigen Amazonasbecken, wo täglich Zehntausende Quadratmeter Wald verbrennen. Nachweislich ausgelöst und gestiftet durch menschliches Dazutun, entweder unbeabsichtigt oder gezielt. Der rechts-extreme Präsident Brasiliens, Bolsonaro, beschuldigt irrwitzigerweise die Natur- und Klimaschützer, die Brände gelegt zu haben, um sich künstlich ein Thema zu verschaffen, seine Regierung anzugreifen und ihr vorzuwerfen, sie unternähme nichts wirklich Wirksames gegen den Raubbau am tropischen Urwald, der grünen Lunge des blauen Planeten Erde. Man meint, man höre Donald Trumps Tenor aus Bolsonaros Worten klingen, für den die Klimakatastrophe ein erfundener Fake ist. Die bedrohte grüne Lunge wird jetzt stattdessen weiter rauchverpestet, was wie die Zerstörungskraft eines wuchernenden Krebses das Sterben des Urwalds weiter befördern wird. Nicht viel anders ergeht es derzeit dem anderen riesigen Lungen-Waldgebiet im zentralafrikanischen Kongobecken, das in rasanter Weise durch Abholzung und Brandrodung weiter dezimiert und vernichtet wird. Dazu kommt der Welthandel mit wertvollen tropischen Hölzern, der beschleunigend dahinter steht. Für arme Tropenländer eine Möglichkeit, die Handelsbilanz nach Außen aufzubessern und Devisen zu erzielen. Hier greift und wirkt das tödliche, suizida-

le Gewinnmaximierungsprinzip. Denn diese Länder besorgen das Geschäft der Ausbeutung und Zerstörung der für das Klima so wichtigen Tropenzone selbst.

All diese Fakten und Zusammenhänge dürften natürlich Thunberg, die viel liest und sich informiert, und ihren vielen Helfer*innen nicht unbekannt sein. Sie organisieren oder schließen sich nicht mehr in Parteien zusammen, sondern präsentieren sich als außerparlamentarische Foren multipel und schwer zu fassen. Zu schwerfällig und störanfällig und von Konzerninteressen und Lobbyisten abhängig, sind die Super-tankerparteien geworden, als dass diese aktivierte Jugend dort noch einen Platz suchen und finden könnte, sich einzubringen. Man merkt dies am Niedergang der Volksparteien auch mangels Nachwuchs. Wenn für den Klimaprotest die Schule geschwänzt wird, ist das natürlich als Rechtsverstoß viel mehr ein anstößiges Politikum und erhitzt die ordnungsliebenden Gemüter, auch wenn Frau Merkel medienwirksam viel Verständnis für das protestierende Jungvolk geäußert hat. Nur, es tut sich nicht wirklich etwas in Richtung spür- und sichtbarer Veränderung. Kann es auch kaum. Denn wie bei einem chronisch Kranken – und die Erde ist inzwischen chronisch schwer bis todkrank – zeigt sich erst nach einer geraumen Weile eines schleichenden Prozesses das Ergebnis der Fehlsteuerung eines Organs oder einer Körperfunktion. Der Körper sendet zwar vorher Alarmzeichen aus – erhöhter Blutdruck, beschleunigter Puls, Herzrhythmusstörungen, Atemnöte, Erschöpfung, Müdigkeit usw. – aber diese werden oft lange ignoriert oder übersehen, ob nun gewollt oder unbeabsichtigt, solange das Ganze noch irgendwie weiterläuft. Man hat dieses und jenes Wichtige noch zu erledigen. Doch irgendwann ist ein Ende erreicht und es kann wegen eines relativ geringen Anlasses oder Einflusses ein Kollaps erfolgen. Dann kommt der Patient auf die Intensivstation. Dort liegt derzeit auch unsere Erde 10 Minuten nach Zwölf Uhr nachts, und die Spezialisten sind relativ ratlos, was die eigentliche Ursache des Versagens von Lebensfunktionen des Organismus Erde ist. Und man beginnt damit, an den einzelnen Symptomen herumzudoktern, statt das Ganze und Zusammenhängende in den Blick

zu nehmen. So ist wohl der derzeit vorherrschende Zustand der Welt zu kennzeichnen, nicht nur, aber vor allem was das Klima betrifft.

Klima ist nicht dasselbe wie Wetterlage, schönes oder schlechtes Wetter, es ist sozusagen die Summe der Interdependenzen aller Wetter einer Region, liege sie nun in den Alpen, den Wüsten, auf kontinentalen Landflächen, den Ozeanen oder in arktischen Gegenden. Das Wetter und damit *in summa* das Klima wird erst seit etwa 1850 systematisch aufgezeichnet und ausgewertet, man nennt den Zeitpunkt auch das Ende der vorindustriellen Zeit. Seither überziehen Emissionen und Erosionen zunehmend in einer Intensität den Globus, dass sich mittlerweile exponentielle Effekte ergeben. Die Erderwärmung schreitet rasant voran. In den letzten etwa 10 bis 15 Jahren wurden die höchsten Temperaturen aller bisherigen Sommer weltweit gemessen. Etwas steigt nicht mehr kontinuierlich an, sondern schnell von den Werten her alarmierend in die Höhe, wird „chaotisch“, „Klimaflimmern“ stellt sich ein. Das Pendant dazu ist das exponentielle Wachstum der Weltwirtschaft, die in ihren zentralen Mechanismen nur wachsen kann, um effektiv zu sein (sonst stürzt sie wie ein zu langsamer Flieger ab) und sich dabei zu Tode wächst. Exitus, und zwar global. Der Schmetterlingsschlag in China verändert das Klima in Südamerika. Ein Störeffekt sozusagen mit homöopathischer Dosierung und immenser Wirkung. Der Tropfen eines homöopathischen Arzneiwässers oder ein paar Traubenzucker-Globuli im Bodensee. Das Klimageschehen ist inzwischen voller solcher subtiler Interdependenzwirkungen. Und überall zeigen sich die Symptome: Gletscherschmelze in den Bergen und auf Grönland, Schwinden der Süßwasserspeicher, gefährlicher Permafrosttau, der Gestein bersten, es in Schlammuren zu Tal wälzen lässt und gebundene CO₂-Gase freisetzt; sommerliche Eisschmelze in der Arktis, die ganze Tierarten wie den Eisbären über kurz oder lang ausrotten wird, zunehmende Trockenheit, Wassermangel in Flüssen, im Grundwasser und in der Landwirtschaft, zu wenig Regen, Zerstörung der Wälder durch häufige lokale Tornados auch in unseren Breiten (den Rest besorgt der Borkenkäfer), voranschreitende Verstep-

pung und Trockenheit von Süden nach Norden. Weinanbau bald in Dänemark und Südschweden. Vordringende subtropische Pflanzen- und Tierarten in gemäßigte Zonen, die das ökologische Gleichgewicht durcheinander bringen, heimische Arten verdrängen. Pflanzen verschwinden, Bienen-, Insekten- und in deren Folge Vogelsterben usw. Man kann diese alarmierende Liste beliebig fortsetzen, sie würde Seiten füllen. Das wissen auch die Politiker*innen, die spätestens jetzt und schnell gewaltige Notprogramme global beschließen und unbürokratisch einleiten müssten.

Greta Thunbergs Reden und Handeln und das ihrer ungehorsamen Mitstreiter*innen weiß darum natürlich auch. „*Ich wünsche mir*“, sagt sie, „*dass den Leuten bewusst wird, dass wir wirklich in einer Notsituation sind. Je mehr das realisieren, umso größer wird der Druck auf Menschen an entscheidenden Stellen, etwas zu unternehmen*“ („Stern“ online). Zu einem in ihren Augen nutzlosen Treffen mit dem US-Präsidenten Trump, seines Zeichens einer der Oberklimawandelleugner, fällt ihr nur ein: „*Was soll ich ihm sagen, was er nicht schon von anderen gehört hat? Er hört ihnen offensichtlich nicht zu. Warum sollte er mir zuhören?*“ („Stern“ online). Es ist wie mit den Menschen, die es in Erich Kästners satirischem Roman „Die Konferenz der Tiere“ nach zig vergeblichen Zusammenkünften des Redens und Verhandeln nicht zuwege bringen, Frieden auf der Welt herzustellen. Die Tiere nehmen stattdessen die Angelegenheit selbst pragmatisch in die Hand – so wollen die „*Fridays for Future*“-Kids etwas bewegen und verändern, ohne noch länger abzuwarten. Ihrer düsteren Zukunft nicht länger macht- und tatenlos gegenüberstehen. Vielleicht hat die junge Schwedin den Kästner-Roman besonders aufmerksam gelesen oder wurde er ihr von den Eltern vorgelesen.

Das Mädchen leidet am sogenannten Asperger-Syndrom. Das ist zwar keine lebensbedrohliche Erkrankung, aber kennzeichnet doch erheblich den Charakter und das kognitive Wesen und Vermögen eines daran „leidenden“ Menschen. Man könnte salopp sagen, die Züge ähneln etwas einer autistischen Persönlichkeit ohne sprachliche oder geistige Behinderung, die sich individuell sehr unterschiedlich zei-


gen und darstellen können, etwa verbunden mit hohem Intelligenzgrad, Hypersensibilität, gesteigerter Wahrnehmung und einseitiger Spezialbegabung. Bei Greta fällt auf, dass sie auf Fotos selten lacht oder oft sehr skeptisch dreinblickt mit ernster, fast steinerner Miene, ihre Augenbrauen tief zusammenzieht und die Stirn nachdenklich runzelt. Dann wirkt sie mitunter sogar etwas komisch wie Buster Keaton mit Pokerface, ein verschmitzter Kobold. So, als wollte sie ihren Zweifel ausdrücken, eines ihr könnt mir viel erzählen, euch glaube ich nicht mehr. Und man muss sie dafür so wie sie ist einfach gern mögen. Für viele ist sie überhöht dennoch eine Art „Anne Frank“ des 21. Jahrhunderts oder makellose „Heilige Johanna des Klimaschutzes“ und sie wird umjubelt, umschwärmt und auf den Schild gehoben. Das könnte ihr noch irgendwann zu schaffen machen. Denn solche Tendenzen können sich auch verselbstständigen, wecken Neid und Missgunst. Jemand könnte ihr etwas antun wollen, um selbst berühmt zu werden oder sie zu stoppen. Eine Menge schafft sich gnadenlos ihre Idole, hängt sich bleiern an sie und Greta ist zweifelsfrei ein solches mit noch sehr jungen Jahren.

Viele bangten schon jetzt, dass ihr bei der nicht ungefährlichen Überfahrt im wilden Nordatlantik etwas passieren, sie über Bord gehen und ertrinken könnte, die Jacht in ein schweres Atlantikwetter und dann in Seenot gerät, vielleicht sogar sinkt. Es wäre der Worst Case gewesen. Der Skipper twitterte an Bord, man sei im Golfstrom in schwierige Bedingungen geraten, in Winde, die das Schiff schneller nach Amerika vorantrieben, als gedacht. Auch Greta wies in Tweets auf Probleme mit der rauen See hin. Es gab kein rettendes Begleitschiff, das hätte für die Legende der quasi „Alleinseglerin“ nicht gepasst. Schon zu Beginn gestand sie ein, dass sie sich etwas sekrank fühlte, aber die Aussicht, dass in zwei Wochen alles überstanden wäre, sie zuversichtlich stimme. Man müsse da halt durch, dann wird ihr eben zwei Wochen lang übel sein. Wir werden es erfahren. Die „Stern“-Story diese Woche wird einiges exklusiv zu berichten haben. Kurz vor der Ankunft meldete sie: *„Home, Sweet Home seit 14 Tagen. Bald letzter Abend an Bord der Malizia II. Morgen erreichen wir New York“* (zit.

nach dpa). Für die Reise hat sie sich präpariert, mit Büchern, Brettspielen und einem Stoffkaninchen, das ihr jemand geschenkt hat. Den 20. August, Jahrestag des Beginns ihres Schulstreiks fürs Klima, erlebte sie auf hoher See. Ihre Ankunft in New York wird wohl einiges Aufsehen erregen. Die UNO will ihr vor New York 17 Schiffe und ein Leitboot entgegenschicken für die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele und globalen Vorsätze der Vereinten Nationen, darunter verstärkter Einsatz gegen Klimakrise, Kampf gegen Armut und für Gleichberechtigung von Frauen. Den Törn überstanden zu haben, wird Greta noch berühmter machen und tapferer erscheinen lassen, als sie es schon ist. Damit muss sie auch fertig werden. Ohne soziale Medien und die Presse wäre sie nicht das, was sie mittlerweile ist: eine Symbolfigur, die offensichtlich die Welt heute braucht.

Gemessen an dem, was sich die junge Schwedin an Pensum für die nächsten Wochen und Monate vorgenommen hat, steht ihr nichts Geringeres bevor, als in der „Höhle des Löwen“ Amerika zu erobern. Dessen kohlefreundliche US-Regierung unter Trump aus dem Pariser Klimaabkommen ausgestiegen und wo sie noch weit weniger bekannt ist. Dazu hat sie sich in der Schule ein Sabbatjahr genommen, denn die vorgenommenen Aktivitäten und Reisen durch den Kontinent in Zügen werden voraussichtlich bis weit ins Jahr 2020 dauern. Sie will eine Auftritts- und Erkundungstour durch die USA unternehmen und es sind Abstecher auch nach Kanada und Mexiko geplant. Es könnte durchaus einen Einfluss ausüben auf die Chancen für eine Wiederwahl Donald Trumps, denn Amerika liebt mutige Kids. Vom 2. bis 13. Dezember will Thunberg an der großen 25. UN-Weltklimakonferenz (zugleich 15. Jahr des Kyoto-Protokolls), der COP25, in Santiago de Chile teilnehmen und dort auftreten und sprechen, weitere Besuche in anderen lateinamerikanischen Ländern sind geplant. Es ist ein Mammutprogramm, das sie erwartet und an der Schwelle zum Erwachsenwerden zweifellos prägen und auch verändern wird.

Man kann auch ohne eine Greta Thunberg die weltweit im Gang befindliche Klimakatastrophe, die schon längst kein Wandel mehr ist und nie war, aufgreifen und überall thematisieren. Aber

mit ihrer Person verbindet sich kindlicher Mut und naive Entschlossenheit, als wäre sie auf einem Kinderkreuzzug, der nicht mehr zu stoppen ist. Kinder fragen, klagen an, verlangen nach Antworten und Taten. Wer wollte und könnte sich dem entziehen? Und das macht eben das Besondere an ihr aus, das, was aufhorchen lässt und ihr und ihrem Anliegen Respekt einbringt und Geltung verschafft. Man hat sie kritisiert dafür, dass sie sich im „Stern“-Magazin zusammen mit Aktivist*innen der Demonstrationen und Baumbesetzungen gegen die Baumrodung für den Kohleabbau im rheinischen Hambacher Forst ablichten ließ. Darunter ist eine vermummte Frau, die sie durch das Protestcamp führte. Greta, die diese militanten Aktionen respektiert, steht auf dem Foto etwas heller belichtet vor den anderen, bekommt so fast den Glorienschein der Anführerin. Der CDU-Innenminister von NRW, Herbert Reuel, zeigte sich irritiert und meinte gegenüber der „Bild“-Zeitung, dass sie sich *„mit den falschen Leuten umgibt“*. Thunberg meinte dazu, es sei eben einfach passiert, ihr spontaner Besuch wäre eine Überraschung gewesen. Gretas Vater sagte, dass man bei so vielen Terminen nicht alles vorher wissen und planen könne. Man käme an, dann gebe es eben Bilder. Man fragt sich, was wird dieses Mädchen noch alles machen, wenn sie erst 25 Jahre alt ist? Aus der, wie manche Reinkarnationsgläubige meinen, eine „alte Volksseele“ spricht. Wochenlang Hunger streiken, demonstrativ ohne Sauerstoff den Mount Everest besteigen, um ein Fanal gegen den umweltschädigenden Inflationstourismus im Himalaya zu setzen oder was noch alles? Oder wird sie einfach wieder aus dem öffentlichen Rampenlicht verschwinden? Kaum anzunehmen. Es wird gewiss noch viel von ihr zu vernehmen sein. 

Zum Autor Elmar Klink



Jg. 1953; freier Autor; Studium der Sozialarbeit und Sozialwissenschaft in Bremen; Berufstätigkeit in Beratung und Öffentlichkeitsarbeit; aktiv in Ökologie- und Friedensbewegung; zahlreiche Aufsätze und essayistische Beiträge zu verschiedenen Themen, Film- und Buchbesprechungen; lebt in Bremen.

Kontakt: Elmar.Klink@gmx.de

Digitales Zentralbankgeld

China will Ende 2019 mit einer Lösung aufwarten

Andreas Bangemann

Foto: Ming Chen auf Unsplash

Die Digitalisierung ist in den Geldbörsen angekommen. In Portemonnaies werden immer seltener Scheine und Münzen aufbewahrt. Vorübergehend tragen sie noch dick auf, weil unzählige Karten darin stecken, aber die Branche der Geldbeutelhersteller wird sich auf harte Zeiten einstellen müssen, denn es erscheint unausweichlich, dass Zahlungsmittel jeglicher Art in die allgegenwärtigen Smartphones wandern.

Das Vertrauen der Konsumenten und Unternehmen in einflussreiche Zahlungsdienstleister nimmt zu. Die Anbieter heißen PayPal, ApplePay, GooglePay, AmazonPay, doch sogar die Kaffeehauskette Starbucks hat ein eigenständiges Bezahlsystem, das in den USA mehr Nutzer zählt als alle anderen Genannten. Noch funktioniert nichts ohne herkömmliche Banken, deren direkte Verbindung zu den Zentralbanken ihnen eine Art Monopolstellung hinsichtlich des Zugriffs auf Zentralbankgeld verschafft. Gesetzliches Zahlungsmittel ist weltweit einzig das bare Geld. Und das darf ausschließlich von den jeweiligen Zentralbanken gedruckt werden. Es gibt keine Zahlung, die nicht in einer (wenn auch kaum noch wahrgenommenen) Verbindung mit Zentralbankgeld und damit mit physischem Geld steht. Wengleich es zunehmend schwerer wird, digitale Zahlungsmittel in Scheine und Münzen zu wechseln, weil Bankfilialen schließen und Geldautomaten abgebaut werden, so ist Bargeld nach wie vor die Basis jedes Zahlungsvorgangs.

Ein „Konto“ bei einem Zahlungsdienstleister, wie beispielsweise PayPal, muss mit einem Bankkonto verknüpft sein. Die Guthaben, die verstärkt von Bankkonten auf die Anbieterkonten wandern, nehmen rasant zu. Starbucks weist in seiner Unternehmensbilanz 2018 bereits 1,6 Mrd. US-Dollar an Guthaben ihrer Kunden aus, die diese auf den Bezahlkarten halten. Tendenz steigend. Für den Kaffeezubereiter nicht nur eine Kundenbindung, sondern auch ein Finanzierungsmodell, denn die Kaffeetrinker stellen dem Unternehmen zinsloses Kapital zur Verfügung. Berücksichtigt man, dass viele dieser Guthaben nie eingelöst werden, weil sie verloren gehen oder vergessen werden, kann man schier von einer Negativverzinsung sprechen. Starbucks verdient mit Fremdkapital Geld.

In China gibt es zwei Finanzdienstleister, die hinsichtlich ihrer Umsätze alles Westliche in den Schatten stellen. AliPay, das vom Onlinehändler „Alibaba“ angeboten wird, mit Amazon artverwandt, nur weitaus umsatzstärker. Zum anderen das vom Unternehmen „Tencent“ entwickelte Zahlungssystem innerhalb von WeChat, einem mit WhatsApp vergleichbaren Chatsystem, nur erheblich umfangreicher in seinen Funktionen. In China ist man im Grunde nicht mehr zahlungsfähig, wenn man nicht über mindestens eine der beiden Möglichkeiten verfügt. Bis Anfang 2019 konnten die beiden Unternehmen, die Guthaben ihrer Kunden bei Geschäftsbanken hinterlegen und Zinsen kassieren, die nicht weitergereicht wurden. Der chinesische Staat hat dem einen Riegel vorgeschoben, in dem er die Un-

ternehmen verpflichtete, die Guthaben auf Konten der Zentralbank zu parken, was einerseits die Geldpolitik durch bessere Justierung der Geldmenge erleichterte, andererseits aber den Firmen auch die Zinseinnahmen nahm.

Zufolge einer Meldung der Nachrichtenagentur Reuters vom 6. 9. 2019 will China Ende 2019 mit einer digitalen Zentralbankwährung aufwarten. Dieser Schritt erscheint als logische Folge, denn wenn die Guthaben der Kunden der größten Zahlungsanbieter sowie so schon bei der Zentralbank hinterlegt werden müssen, ist ein zentral gesichertes, digitales Geld die stimmige Fortsetzung. Seit 2014 wird die Realisierung erforscht und soll kurz vor der Einführung stehen. Laut Analysten ist die zuletzt zunehmende Geschwindigkeit bei der Umsetzung des Projektes auf die Ankündigung des US-Unternehmens Facebook zurückzuführen, die mit einer eigenen Währung „Libra“ auf den Markt kommt. Gemäß offiziellen Verlautbarungen will man in China ein Gleichgewicht schaffen, das anonymes Bezahlen ermöglicht und Geldwäsche verhindert. Einzelheiten, wie das in der Umsetzung aussehen wird, wurden noch nicht bekannt gegeben.

In Europa blicken die Analysten der Zentralbanker nach Schweden, wo Bargeld die geringste Rolle am Point of Sale spielt. Plan ist, an einer „E-Krona“, einem elektronischen Zentralbankgeld zu forschen. Gegebenenfalls kann der Westen etwas aus China „abkupfern“, sollten deren bevorstehenden praktischen Erfahrungen den Weg zur Zukunft von Währungsverfassungen weisen.

Gesprächs- und Leserkreise

Dortmund, jeden ersten Dienstag im Monat

Dortmunder Stammtisch und Diskussionskreis
Ort: Steinstraße 48, im Haus der „Auslandsgesellschaft“, direkt am Hbf.
Kontakt: Mark Brill E-Mail: dortmund@humane-wirtschaft.de

Stuttgarter/Böblinger Leserkreistreffen

Jeden Donnerstag, 19 Uhr Diskussionsrunde, Wichtel in Böblingen
(Kurzlink zur Anfahrt: <https://hwlink.de/wichtel>)

Neben der Verinnerlichung einer Geld- und Bodenreform diskutieren wir aktuelle Geschehnisse in der Wirtschaft, in Finanz- und Geopolitik und deren mögliche Auswirkungen.

Interessierte Menschen sind herzlich willkommen.

Kontakt: Said Ben Sedrine, E-Mail: stuttgart@humane-wirtschaft.de

Jeden ersten Montag im Monat ab 20 Uhr in Plauen

Stammtisch/Leserkreis • Im Malzhaus • Alter Teich 7
• 08527 Plauen • Kontakt: Andreas Wunderlich
• E-Mail: plauen@humane-wirtschaft.de

Kontakt über unsere Geschäftsstelle in **Essen-Rüttenscheid**
E-Mail: service@humane-wirtschaft.de
Telefon: (0201) 45845785 Fax.: (0201) 45845786

Wuppertal, jeden 3. Mittwoch im Monat, 17 - 19 Uhr

Lernort Wuppertal – Treffpunkt für Aktive und die es werden wollen. **Jour fixe** an jedem dritten Mittwoch im Monat.

Ort: **Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal** weitere Info: <https://lernort-wuppertal.de>

Biberach a. d. Riß, jeden dritten Dienstag im Monat

Stammtisch für „Nachhaltige Finanzen“

Funktionsweise und Hintergründe unseres Geld-, Finanz- und Wirtschaftssystems werden mit unterschiedlichsten Themen vielseitig betrachtet.

Ort: **TG-Heim Restaurant, Adenauerallee 11, 88400 Biberach a. d. Riß** Infos: S. Späth 01 76 - 61 50 74 53
E-Mail: Sebastian.Spaeth@bund.net
Informationen im Internet: <https://hwlink.de/bund-biberach>

Augsburg, Dienstag, 17. September 2019, ab 19:00 Uhr

„Im Labyrinth des Finanzsystems – Was es zu finden gibt und wie wir wieder herauskommen“

Vortrag von Andreas Bangemann auf Einladung von attac Augsburg

Ort: Reichlesaal im Zeughaus Augsburg. <https://hwlink.de/ab-attac>

Wuppertal, Freitag, 11. bis Sonntag, 13. Oktober 2019

2. Vernetzungstreffen der Freiwirtschaft

Ort: **Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal**

Weitere Informationen unter: <https://humane-wirtschaft.de/2-vernetzungstreffen> und S. 17 i. d. Ausgabe



Vormerken!

Wuppertal, Samstag, 16. bis Sonntag, 17. November 2019

64. Müндener Gespräche in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal

Informationen ab Oktober unter: <https://www.sozialwissenschaftliche-a.de/de/muendener-gespraech.html>

Siehe auch Seite 29 in dieser Ausgabe

Vormerken!

Brüssel (Belgien), Donnerstag, 21. November bis Freitag, 22. November 2019

„CCs and societal challenges: Crossing academic and practitioners knowledges/ perspectives“ • International conference on complementary currencies

The Complementary Currencies and Societal Challenges conference will be held in Brussels, Belgium, organised by the Centre for European Research in Microfinance (CERMi) and the Research Association on Monetary Innovation and Community and Complementary Currency Systems (RAMICS).

Weitere Informationen und Anmeldung: <https://ramics.org>

Die schwierige Suche nach der Wahrheit

Stefan Nold

29.7.2019: „Moskauer fordern die Macht heraus – Aus Empörung über Wahlmanipulation gehen Tausende Russen auf die Straßen / Staat reagiert mit Härte“. 30.7.2019: „Protestwelle Gefahr für Putin? Kreml lässt im Herzen Moskaus immer mehr Demonstranten niederknüppeln – die Empörung wächst“. 5.8.2019: „Hunderte Festnahmen in Moskau. Die Proteste gegen Willkür in Russland reißen nicht ab / Doch die Polizei greift wieder hart durch“. 9.8.2019: „Jubiläum zwischen Bränden und Protesten. Seit 20 Jahren ist Wladimir Putin der unumschränkte Herrscher im Kreml, doch zum Feiern ist in Russland kaum jemandem zumute.“ Das sind die Überschriften unserer Lokalzeitung, dem Darmstädter Echo zu den Protesten in Moskau am 27. und 2.8. diesen Jahres.

.....

Im gleichen Monat war in der Zeitschrift **HUMANE WIRTSCHAFT** mein Beitrag „Vom Herzen in die Hände“ erschienen. Darin hatte ich geschrieben: „Auch heute ist Russland nicht die Schweiz, aber es herrscht doch eine sehr weitreichende Meinungsfreiheit, was für einen Vielvölkerstaat mit vielen unterschiedlichen Glaubensrichtungen, ungünstigen wirtschaftlichen Startbedingungen und hohem Konfliktpotential nicht selbstverständlich ist.“ Mich beschlichen Zweifel. Hatte ich daneben gelegen? Ich dachte an eine Besprechung mit meinem Doktorvater, dem Regelungstechnik-Professor Rolf Isermann. Vor uns lag der erste Entwurf meiner Dissertation. Er riet mir: „Herr Nold, sie haben doch so viel. Aber

schreiben sie lieber etwas weniger. Das was sie schreiben, muss hieb- und stichfest sein, sonst machen sie sich angreifbar.“ Es gibt Worte, die brennen sich ein in den Kopf. 30 Jahre sind seitdem vergangen. Sein Ratschlag war mir immer präsent, ob im Geschäftsleben beim Erstellen eines Angebots oder bei der Formulierung eines Flyers für eine Bürgerinitiative. Und jetzt dieser Lapsus, diese allgemeine Wertung ohne konkrete Quellenangabe. „Wie konntest du nur?“ ging es mir durch den Kopf.

Woher stammte meine Einschätzung? Langsam erinnerte ich mich: Anlässlich der Fußballweltmeisterschaft im vergangenen Jahr brachte das ZDF am 14. 6. eine Reportage von Markus Lanz mit dem Thema „Russland! Gespräch mit ziemlich fremden Freunden“. Zum Glück ist der Bericht in der ZDF-Mediathek abrufbar. Lanz hatte eine ganze Reihe von Menschen quer durch die Gesellschaft interviewt. Einer von ihnen war Dmitri Trenin, Leiter des Moskauer Instituts der Carnegie Endowment for International Peace. Trenin hat eine ganze Reihe von viel beachteten Büchern über Russland und seine Entwicklung geschrieben. Die Carnegie Endowment wurde von dem amerikanischen Milliardär Andrew Carnegie gegründet und ist mittlerweile ein 377 Mio. \$ schweres Netzwerk mit Büros in Beirut, Brüssel, Moskau, Neu-Dehli, Peking, Washington mit einem Jahresbudget von 36 Mio. Dollar: „Unsere über einhundert Jahre alte Mission ist es, Frieden durch Analyse, frische politische Ideen und direktes Engagement und Zusammenarbeit von Regierung, der Geschäftswelt und der

Zivilgesellschaft zu befördern. Die Zusammenarbeit unserer Zentren bringt bilateralen, regionalen und globalen Problemen den unschätzbaren Vorteil verschiedener nationaler Sichtweisen.“ So beschreibt die Carnegie-Endowment ihre Mission. Ich hörte mir das Interview noch einmal an. Hier ist die Mitschrift des Teiles, bei dem es um die Meinungsfreiheit in Russland geht.

Markus Lanz: Würden Sie die russische Gesellschaft als frei bezeichnen?

Dmitri Trenin: Das kommt darauf an, um was es geht. In Bezug auf persönliche Freiheit halte ich Russland für ein freies Land. Sie können reisen, Ihre Religion frei ausüben. Sie können Geld verdienen.

Markus Lanz: Können Sie auch sagen, was immer sie möchten?

Dmitri Trenin: Ja, Sie können sagen, was sie möchten. Ich erkläre das mal so: Auf den wichtigsten Fernsehkanälen in Russland gibt es Talkshows, in die Menschen mit unterschiedlichen politischen Überzeugungen eingeladen werden. Aber die Gäste, die oppositionelle Ansichten vertreten, Meinungen im Kontrast zur Staatsführung, werden dort vorgeführt; sie werden genau danach gecastet. Sie müssen damit rechnen, niedergebrüllt zu werden. Ihre Aussagen werden von anderen Teilnehmern angegriffen und der Moderator ist voreingenommen. Es ist nicht so, dass man Dinge nicht äußern darf. Das ist nicht mehr die Sowjetunion. Aber in den Talkshows werden diese Leute zu Prü-

gelknaben gemacht. Grundsätzlich haben wir das Recht der freien Rede und das ist wichtig zu wissen, wenn man die Art des politischen Regimes, das wir heute in Russland haben, verstehen will. Auf den Punkt gebracht: Sie können sich frei äußern. Was Sie nicht können und wo man Sie stark einschränken wird, was sie nicht tun dürfen ist, es umzusetzen. Die Grenzlinie verläuft genau zwischen Sagen und Tun. Sagen ist erlaubt, etwas umsetzen aber nicht.

Was passiert in Moskau? Geht es den Demonstranten darum, dass Veränderungen nun tatsächlich auch stattfinden? Geht es nur um die Zulassung von unabhängigen Kandidaten zur Wahl des Moskauer Stadtparlaments am 8. September? Das Darmstädter Echo hat einen hervorragenden Lokalteil. Auf nationaler und internationaler Ebene findet man leider eher Suggestion als Information. Da geht es dann zu wie im Backshop. Die Meldungen der Nachrichtenagenturen sind die Rohlinge, die in der Redaktion ein wenig aufgebacken werden. Es kommen ausschließlich die Protestierenden zu Wort: „Ihr seid eine Schande für Russland“, skandieren sie gegenüber dem Rathaus – „Russland wird frei sein, hört man noch weit in die Seitengassen hinein, wohin die Demonstranten von der Polizei gedrängt werden.“, schreibt Claudia Thaler am 29. 7. im Echo. Die Berichterstattung ist einseitig, insbesondere wenn man sie mit den Berichten über die Proteste der Gelbwesten in Frankreich vergleicht, wo Hunderttausende auf die Straße gegangen sind mit 50 – 100 Schwerverletzten innerhalb eines halben Jahres. Die fran-

zösische Polizei setzt Hartgummigeschosse ein, die einem Demonstranten das Auge ausschießen oder die Hand abreißen können. Die schwerste Verletzung bei den – deutlich kleineren – Protesten in Moskau war ein gebrochenes Bein. Dennoch: Demonstrationen haben immer einen Grund. Der Soziologe Mischa Gabowitsch, Autor des 2013 erschienen Buches „Putin kaputt?“ über die Protestbewegung 2011 – 2013 sagt in einem Interview mit der ZEIT vom 6. 8. 2019:

„Die aktuellen Moskauer Proteste sind kleiner, aber konkreter. Die Menschen wissen ganz genau, wofür sie auf die Straße gehen. Zum Teil kennen die Demonstranten die Politiker sogar persönlich, die für das Stadtparlament kandidieren, aber nicht zugelassen wurden. Einige der Kandidaten sitzen auch schon als Abgeordnete in den Bezirksparlamenten, wo sie sich um alltägliche Dinge wie Müllabfuhr, Spielplätze oder Straßengestaltung kümmern. Viele Moskauer haben einen konkreten Bezug zu ihnen und haben sie mit ihrer eigenen Unterschrift unterstützt... Die Leute denken sich dann: Warum soll dieser Kandidat nicht zugelassen werden? Der macht doch gute Arbeit! Der will niemanden stürzen oder eine Revolution vom Zaun brechen! Der will einfach eine bessere Müllabfuhr und weniger Korruption bei Auftragsvergaben... Grundsätzlich gibt es in Russland zwei Formen von Protest. Beim offenkundig politischen Protest geht es um allgemeine Fragen, wie Korruptionsbekämpfung, demokratische Regeln und faire Wahlen. Bei den aller-

meisten Protesten im Land geht es aber um ganz konkrete Anliegen: einen Park, einen Wald, einen Fluss – aber, anders als etwa in Deutschland, nicht Umweltverschmutzung oder Klimaschutz als Ganzes. Zu diesem zweiten Typ gehören auch die meisten Sozialproteste zu Themen wie Renten oder Lkw-Maut. Leute wie Alexej Nawalny wollen immer den Sozialprotest ihren eigenen Themen unterordnen. Stattdessen entsteht

in Moskau wohl gerade eine hybride Form, bei der sich der oppositionelle Protest den Protesten zu konkreten Anliegen annähert.“

Genauere Angaben macht Wladimir Sankin in einem Bericht vom 25. 7. 2019 für das von der russischen Regierung finanzierten Nachrichtenportal Russia Today:

„Um teilnehmen zu können, muss ein potenzieller Kandidat unter anderem Unterschriften von drei Prozent der Einwohner sammeln. Die absolute Zahl ist je nach Bezirk unterschiedlich – im Durchschnitt sind es 5.000 Unterschriften. Für die Moskauer Dumawahlen wurden 233 Kandidaten registriert, von denen 171 Parteikandidaten und 62 sogenannte selbst ernannte Kandidaten waren. Die Registrierung von 57 Kandidaten wurde abgelehnt. Kandidaten der liberalen Opposition haben also scheinbar die gesetzliche Anforderung erfüllt, wurden aber nicht registriert. Die Begründung: Einige der Unterschriften wurden aus unterschiedlichen Gründen für ungültig erklärt. Das auszufüllende Formular enthält folgende Spalten: der Name des Moskauer, seine Wohnadresse, Serie und Nummer seines Personalausweises, Datum und Unterschrift. In einigen Fällen hat die Zentrale Wahlkommission die falsche Anzahl von Ziffern in den Passdaten erfasst: nicht zehn, sondern neun oder elf. In anderen Fällen wurde das Datum nicht vom Bürger, sondern von einem Vertreter der unabhängigen Kandidaten erfasst, oder man füllte die Formulare mit den Daten verstorbener Bürger aus.“

Meine Frau und ich haben in Darmstadt im Laufe der Jahre schon viele Stunden mit dem Sammeln von Unterschriften für verschiedene Bürgerinitiativen verbracht. Daher weiß ich: Der Aufwand für Unterschriften, die man offiziell einreichen möchte, z. B. für ein Bürgerbegehren, ist beträchtlich. Wenn das Thema den Menschen am Herzen liegt, kann man den Aufwand ganz grob mit 5 – 6 Minuten pro Unterschrift veranschlagen. Bei 5.000 Unterschriften wären das 400 – 500 Stunden. Hinzu kommt die Zeit für Overhead, Versammlungen, Flyer, Interviews in gleicher Größenordnung, so dass man insgesamt rund 1.000 Stunden veranschlagen muss. Da die meisten der Kandidaten anderweitige berufliche Verpflichtungen haben dürften, ist



das in kurzer Zeit nur mit vielen Helfern zu schaffen. In Deutschland muss man bei einer Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren sein Geburtsdatum angeben. In Russland benötigt man die Nummer des Personalausweises, wenn man die Kandidatur eines unabhängigen Kandidaten unterstützen möchte. Das Geburtsdatum weiß man aus dem Kopf, die Nummer des Personalausweises nicht. Man muss die Gelddörse zücken, den Personalausweis herausholen und eine zehnstellige Nummer fehlerfrei und gut leserlich übertragen. Das ist fehleranfällig und zeitraubend, kurz: Reine Schikane.

Das überraschende Ergebnis ist: In Moskau haben 62 unabhängige Kandidaten diese Hürde genommen. Bei rund 5.000 Unterschriften pro Kandidaten sind das rund 310.000 Unterschriften. 13 der 57 abgelehnten Kandidaten haben gegen die Entscheidung protestiert, vermutlich die, die es knapp nicht geschafft haben. Das heißt: Für die Wahl des Moskauer Stadtparlaments hat die russische Zivilgesellschaft schätzungsweise vierhunderttausend gültige und amtlich bestätigte Unterschriften von Wahlberechtigten gesammelt, also über 5 % der rund 7,3 Millionen Wahlberechtigten. Das zeigt doch, wie mutig und lebendig die russische Gesellschaft ist. Wo in der Welt sind in kurzer Zeit mehrere Hunderttausend verifizierte Unterschriften für unabhängige, nicht von etablierten Parteien aufgestellte Kandidaten eines Stadtparlaments zustande gekommen? Andrei Kolesnikow, der wie Dmitri Trenin für das Moskauer Büro der Carnegie-Endowment arbeitet, schreibt in einem Beitrag für die Gegenblende des DGB:

„Der beeindruckendste Fall von zivilem Ungehorsam ereignete sich kürzlich im hohen Norden Russlands, in der Provinz Archangelsk. Nachdem die Bewohner zufällig von den Plänen der Regierung erfahren hatten, Müll aus Moskau in den unberührten Wäldern der Region zu begraben, demonstrierten sie (für) das Projekt. Sie tun das jetzt bereits ein Jahr, und die Proteste dehnen sich sogar auf benachbarte Regionen aus. Auch hier gibt es eine wirtschaftliche Komponente: Die Menschen in einer armen Region erheben sich gegen Übergriffe des reichen Moskau. Sie verlangen jedoch keine Maßnahmen zur Erhöhung ihrer Realeinkommen. Stattdes-

sen verteidigen sie ihre öffentlichen Räume gegen die Besetzung durch die Zentralregierung. Sie fordern dabei nicht nur ein Ende des Deponiebaus, sondern auch den Rücktritt ihres Gouverneurs – und in jüngster Zeit den von Putin selbst.“

Diese Art von Protesten haben ein enormes Potential. In ihnen entlädt sich der Ärger der Menschen über „die da oben“. In Darmstadt hat die Bürgerinitiative „Darmstadt ohne Nordostumgehung“ innerhalb von 3 Jahren eine Außenseitermeinung gegen den Willen aller etablierten Parteien erst zu einem Bürgerbegehren und dann 2009 zu einem Bürgerentscheid verholfen, der mit deutlicher Mehrheit von rund 55 % gewonnen wurde, auch wenn das erforderliche Quorum von 25 % der Wahlberechtigten knapp verfehlt wurde. Dies führte nicht nur zu einer Abplanung der umstrittenen Straße. Zwei Jahre später wurde die seit Kriegsende ununterbrochen regierende SPD, die ihr Schicksal mit dieser Realisierung dieser Straße verknüpft hatte, von einer Grün-Schwarzen-Koalition abgelöst. Der Klimaschutz und der Erhalt der öffentlichen Grünflächen war für die meisten von uns als Initiatoren die Triebfeder des Engagements. Mein Fazit aus unzähligen Gesprächen, die ich damals geführt habe, war: Wir haben bei vielen Menschen ein Umdenken bewirken können. Entscheidend für die Mehrheit und damit den Erfolg war aber die allgemeine Unzufriedenheit mit der arrogant und paternalistisch wirkenden Regierungspartei. Daran konnte auch der damalige Oberbürgermeister Walter Hoffmann von der SPD, der auf einen fairen Ausgleich der Interessen gesetzt hatte, nicht viel ändern. Nach den oben genannten Berichten scheint mir in Russland etwas ähnliches im Gange zu sein. Die Proteste zeigen, wie weit Russland auf dem Weg zur Demokratie schon ist, besonders im Vergleich zu China. Wenn die europäische Union diese Entwicklung in wohlwollender Freundschaft begleitet hätte, würden die Russen an der Wahlurne vielleicht auch jungen und unerfahrenen Kräften eine Chance geben. Aber die Truppen der NATO stehen 150 km von St. Petersburg, es gibt umfangreiche NATO-Stellungen der Raketabwehr in Rumänien, die sich nach russischer Einschätzung mit Software und Hardware-Nachrüstung auch zur Installation atomarer Mittelstreckenraketen eignen. Die Vergangenheit hat gezeigt,

dass die NATO jede Schwäche Russlands bis aufs Äußerste ausnutzt. Unter diesen Umständen wird die Mehrheit bei landesweiten Wahlen wahrscheinlich auf Nummer sicher gehen und weiter auf Wladimir Putin oder einen anderen Kandidaten seiner Partei setzen – Korruption hin oder her.


Hinzu kommt die aggressive Rhetorik. In den Berichten unserer Leitmedien geht es nicht um die Entwicklung der russischen Zivilgesellschaft oder um die Mülldeponie in Archangelsk, sondern um etwas ganz anderes. Frank Schirrmacher, der frühere Herausgeber der FAZ, hat das am 28. 3. 2014, zwei Monate vor seinem viel zu frühen Tod, in dem wahrlich grandiosen und messerscharfen Beitrag „Echtzeitjournalismus: Dr. Seltsam ist heute online“ beschrieben. Anlass war das „Strafgericht“, das der Fernsehmoderator Klaus Kleber mit dem Siemens Chef Joe Kaeser kurz zuvor veranstaltete. Kaeser „als Repräsentant eines Unternehmens, das auch für Deutschland steht“, war nach Moskau gefahren und hatte sowohl mit Putin als auch mit dem Eisenbahnchef gesprochen, der mit einem Einreiseverbot belegt war. Schirrmacher schrieb:

„Diese Inquisition, die auch in ihrem nur dem Remmidemmi verpflichteten Desinteresse daran, was Kaeser von Putin denn gehört haben könnte, alles in den Schatten stellt, was man an Vaterlandsverratsrhetorik aus dem wirklichen Kalten Krieg kannte, ist überhaupt nur als Symptom journalistischen Übermenschentums diskutierbar und wird dadurch allerdings auch über den peinlichen Anlass hinaus interessant... Es stimmt: Nichts in der europäischen Presse und ihren Öffentlichkeiten klingt nach der herzasenden, fiebrigen, hurrapatrischen Prosa der Welt von gestern. Es gibt heute keine Journalisten, die, um Karl Kraus zu zitieren, ihre „Feder in Blut tauchen und ihre Schwerter in Tinte“. Stattdessen entsteht eine permanente Echtzeit-Erzählung, in der das Herz gleichsam unablässig im Kriegs- und Erregungsmodus schlägt... Von Michael Crichton stammt der Spruch, dass sich eine Geschichte, wenn die Zutaten stimmen, fast von selbst schreibt. Nicht nach Kriegsgeschrei und dem Donnern von Stiefelabsätzen muss man deshalb heute in der Sprache suchen, sondern nach diesen Automatismen,

die durch moderne Kommunikationssysteme sich atemberaubend beschleunigt haben... Nachrichtenticker wechseln im Minutentakt zwischen Reaktion und Gegenreaktion, teilweise mit sorgfältig abgestimmter Eskalations- und Herzschlagssteigerungsemantik, verbunden durch die Tricks, wie man sie in den Schreibseminaren Hollywoods lernen kann.“ Schirrmacher schließt mit den Worten: „Modernität hieß immer auch, sich durch Reflexion zu immunisieren. Helmut Kohl, Helmut Schmidt und Henry Kissinger haben alle höchst abwägend und behutsam auf die aktuellen Ereignisse reagiert. Der Echtzeitdramaturg sagt: weil sie alt sind. Alter ist kein Kriterium für Rationalität. Entschleunigung aber ist es.“

Wahrheit ist ein hohes Gut. Aber was ist wahr? Seit vielen Jahren arbeite ich in der industriellen Bildverarbeitung. Ich schreibe Software, die Kamerabilder automatisch auswertet, damit nur Waren,

die bestimmte optische Qualitätsmerkmale erfüllen, ausgeliefert werden, bzw. in den weiteren Produktionsprozess gelangen. Entscheidend für die Bewertung ist die richtige Beleuchtung. Wenn man ein Objekt von hinten anleuchtet, sieht es von vorne aus wie schwarzer Scherenschnitt, beleuchtet man es von vorne, kann man das aufgedruckte Etikett lesen, beleuchtet man es von der Seite, wird die Profilierung sichtbar. Ähnlich ist es mit politischem Sachverhalten. Je nachdem wie man eine Sache beleuchtet, werden unterschiedliche Eigenschaften erkennbar. Gefährlich wird es, wenn die relevanten Medien synchron die gleiche Beleuchtungsrichtung verwenden. Dadurch geraten die anderen Objekteigenschaften aus dem Blick. Wir alle sind in irgendeiner Form „Bildverarbeiter“. Die Software in unserem Gehirn kann die Bilder, die wir bekommen, nur adäquat auswerten, wenn die Beleuchtung stimmt. Mir scheint es so zu sein, dass die meisten Journalisten gerade Russland nur von einer Seite mit einem

ganz bestimmten Licht anleuchten. In der industriellen Bildverarbeitung bestimmt der Auftraggeber, welche Prüfkriterien zu erkennen sind. Die übrigen Eigenschaften des geprüften Objekts sind nicht von Interesse. Ich frage mich manchmal, ob das heute bei vielen Journalisten nicht genauso ist. 

Zum Autor
Dr.-Ing. Stefan Nold



Jg. 59. Studium der Elektrotechnik und Promotion an der TH Darmstadt. Nach Berufsabschluss einige Jahre in der Elektronik-Entwicklung bei KSB Pumpen in Frankenthal. Seit 1991 Inhaber eines Ingenieurbüros (SOFT CONTROL GmbH in Darmstadt) mit den Schwerpunkten optische Inspektionssysteme und intelligente Kameras für die Landtechnik. Aktivist und Mitbegründer verschiedener erfolgreicher lokaler Bürgerinitiativen (u. a. BI ONO Darmstadt gegen die Nordostumgehung).

Seitdem die Zinsen auf den Kapitalmärkten gegen null oder sogar darunter sinken, nehmen Preissteigerungen auf den Immobilienmärkten ungeahnte Ausmaße an. In den letzten Jahren sind die Bodenpreise und Mieten geradezu explodiert. Immer mehr Menschen müssen allein für das Wohnen ein Drittel ihres Einkommens oder mehr ausgeben und für immer mehr Menschen wird es schwierig oder gar unmöglich, überhaupt bezahlbaren Wohnraum zu finden. Diese dramatische Fehlentwicklung soll bei dieser Tagung näher beleuchtet werden.




Die Politik muss dringend gegensteuern und diesen sozialen Sprengstoff entschärfen. Können hier Mietpreismotoren und eine Verstaatlichung von großen Wohnungsunternehmen weiterhelfen? Eine wichtige Maßnahme könnte die vom Bundesverfassungsgericht angemahnte Reform der Grundsteuer sein. Anders als die Lobbyisten der Wohnungswirtschaft empfiehlt die Initiative „Grundsteuer: Zeitgemäß!“ die Trennung der Besteuerung von Boden und aufstehenden Gebäuden sowie die Einführung einer reinen Bodenwertsteuer gemäß den Grundgedanken der Bodenreformbewegung. Doch zeichnet sich ab, dass aufgrund der politischen Widerstände mit einer bundesweiten Einführung bis

Turbulenzen auf dem Immobilienmarkt

64. Mündener Gespräche vom 16. bis 17. November 2019 in Wuppertal

Terminhinweis der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft

auf Weiteres nicht gerechnet werden kann. Welche Perspektiven könnte es also für die Zukunft geben?

Ein zweiter Ansatz einer sozialverträglichen Bodenpolitik wäre eine Stärkung des Erbbaurechts. Vor genau 100 Jahren wurde es in Deutschland eingeführt, um Menschen mit wenig Eigenkapital – damals insbesondere Kriegsheimkehrern und -versehrten – zu Wohneigentum zu verhelfen und die Bodenspekulation zu begrenzen. Das Erbbaurecht hat – wenn es mit einer kommunalen Bodenvorratspolitik kombiniert wird – das Potenzial für eine "Bodenreform von unten". Im Rahmen dieser Tagung sollen die Möglichkeiten des Erbbaurechts anhand einiger Beispiele veranschaulicht werden. Diskutiert werden sollen auch Gedanken über eine Weiterentwicklung und weitere Verbreitung des Erbbaurechts. 

Vorträge und Diskussionen. Referenten sind u. a.: **Dipl.-Volksw. Ass.jur. Jörg Gude** • **Dr. Daniel Mühlleitner**, Ökologischer Ökonom an der Hochschule Weihenste-

phan-Triesdorf, **BUND Naturschutz** in Bayern e. V. • **Philipp Heuer**, European Master in Territorial Development, Hannover, Referent für Innenentwicklung und Grundsteuerreform beim NABU, Koordinator der Initiative „Grundsteuer: Zeitgemäß!“ • **Prof. Dr. Dirk Lühr**, Umwelt-Campus Trier-Birkenfeld • **Friederike Bock**, Klosterkammer Hannover • **Dr. Norbert Olah**, Düsseldorf...

Programm und weitere Infos:
<https://hwlink.de/MüGe>

Tagungsort: **Silvio-Gesell-Tagungsstätte**

Schanzenweg 86 • 42111 Wuppertal

Telefon: 0 20 53 - 42 37-66 **Fax:** -99

E-Mail: ab@sgt-wuppertal.de

Internet: <https://sgt-wuppertal.de> 

Veranstalter:

Sozialwissenschaftliche Gesellschaft

Geschäftsstelle: Dipl.-Volksw. Ass. jur. Jörg Gude, Wiedel 13, 48565 Steinfurt

E-Mail: JoergGude@aol.com

Anmeldeformular mit Preisliste:

<https://hwlink.de/MG64>



Digitalisierung

Wie ich sie empfinde und was andere darüber denken.

Pat Christ



Ich etwa im Jahr 1987 in der Redaktion. Das Fax, mit dem wir unsere Berichte verschickten, war ein kleines Wunder gewesen. – alle Fotos dieses Beitrages: Pat Christ.

Als Qualifikation brachte ich noch nicht einmal das Abi mit. Das sollte ich erst zwei Jahre später ablegen – mehr schlecht als recht. Was ich mitbrachte, war eine riesige Neugier auf die Welt. Die Bereitschaft, mich reinzuhängen. Und die Lust am Schreiben. Damit ausgestattet, hielt ich 1987 mit 17 Jahren Einzug in eine kleine Redaktion meiner Geburtsstadt Aschaffenburg, die es längst nicht mehr gibt. Ich tippte auf einer alten Schreibmaschine. Das Fax, das ich erstmals bediente, erschien mir als Wunderding.

Ein Thema hatte ich immer parat. Schließlich wird für den wachen journalistischen Blick „alles“ zum Thema. Heute kann ich mich an keinen einzigen Bericht mehr erinnern. Nur das weiß ich: Ich „schwamm“ in Freiheit. Nicht als Praktikantin. Oder Hos-

pitantin. Nicht als Angestellte. Schlicht als Jugendliche, die mit immensen Ambitionen darangehen wollte, hinter die Kulissen dieser Welt zu blicken. Natürlich wurde das, was ich fabrizierte, von den älteren Kollegen noch mal gecheckt. War es in Ordnung, wurde das grüne Papier, das für die Überschrift bestimmt war, über den Text geklebt. Ausgefüllt. Dann ging der Artikel via Faxgerät nach Würzburg. Wo die Zeitung gedruckt wurde.

So begeistert ich selbst einst war, würde ich heute niemandem mehr raten, in diesen Beruf einzusteigen. Das liegt in erster Linie an dem, was das Digitale mit dem Journalismus gemacht hat. Wie krass sich die Dinge zum Negativen veränderten, kann vielleicht nur diejenige erfassen, die, wie ich, das für heutige Zeiten märchenhaft erscheinende Glück hatte, sich in völliger Freiheit journalistisch auszutoben. Inzwischen schrumpften die Freiheitsräume in dem Maße, in dem das Digitale uns überrollt hat. Der „Geist“ der Maschinerisierung hält Einzug in einen zum „Produkt“ degradierten Bereich, bei dem es eigentlich darum gehen sollte, Demokratie möglich zu machen.

Natürlich war es im Rückblick und aus heutiger Sicht reichlich unbequem, off-

line zu arbeiten. Ich erinnere mich an jene Zeit, als ich in Würzburg für eine andere Zeitung tätig war. Dort mussten wir das Material, umgekehrt wie damals in meiner Anfangszeit, zum Drucken nach Aschaffenburg schicken. Das war Anfang der 90er Jahre. Wir fotografierten noch analog und jeder war mal dran, in das nahe der Redaktion gelegene Fotogeschäft zu tigern, um Abzüge machen zu lassen. Die Fotos gingen dann mit einem bestimmten Expresszug nach Aschaffenburg.



Fotos wurden in meinen journalistischen Anfangsjahren noch analog geknipst und per Expresszug ins Verlagshaus geschickt.

Dann wurde diskutiert

War samstags eine Geschichte zu schreiben, tippte ich die auf dem heimischen, noch nicht mit dem Netz verbundenen Computer und brachte die Diskette sonntags in die Redaktion. Da las ich den Text zusammen mit dem sonntagsdiensthabenden Redakteur ein und noch mal aufmerksam durch. Meist ging der gesamte Nachmittag drauf. Der Text gab Anlass, über dieses oder jenes, meist kontrovers, zu diskutieren. Dafür war am Sonntag Zeit.



Hier an diesem Offline-Computer entstanden Anfang der 90er Jahre Berichte, die ich per Diskette auf dem Fahrrad in die Redaktion brachte.



Wer kritisch Zeitung(en) liest, bewahrt sich vor Filterblasen.

Kaum, dass das Telefon mal klingelte. Es war an diesem letzten Tag der Woche nie allzu viel zu tun. Wir praktizierten, jenseits jeder Definition, von niemandem befohlen und ohne festes Ziel, das, was man heute so gern „Teambuilding“ nennt.

Wenn ich manchmal denke, ob ich den „Job“ nicht besser an den Nagel hängen sollte, gehen mir diese Bilder von einst durch den Sinn. Heute wird in unserer Branche kaum mehr miteinander geredet. Die Freiheit schwindet. Jüngst musste ich mich von einem langjährigen Auftraggeber trennen, weil er sämtliche Interaktionen zwischen freien Externen und internen Redaktionsmitgliedern nur noch über ein seelenloses System abwickelt. Wird ein Themenvorschlag genehmigt, schreibt das System ohne Rücksprache aufs Zeichen genau und ohne Begründung vor, wie lang der recherchierte Text werden darf. Und wann er, auf die Stunde genau, abzuliefern ist.

Bringe ich diesen Unsinn aufs Tapet bei den seltenen Gelegenheiten, wenn ich mal eine Kollegin treffe, sagen alle: „Klar, das ist völlig absurd!“ Denn wie soll jemand, der nie mit mir darüber gesprochen hat, genau wissen, wie viel in einer Rechercheidee steckt? Wie kann derjenige auf die Stunde genau wissen, wann die Geschichte fertig recherchiert ist? Das weiß ich doch selbst nicht. Bis das Thema genehmigt ist, kann ich auch mit niemanden in Kontakt treten, von dem ich gern ein Statement hätte. Manchen Leuten laufe ich – ohne Übertreibung – monatelang nach. Weil ihnen vor anvisierten Treffen immer wieder was dazwischenkommt. Aber so etwas sieht das System nicht vor.

10. September, 10.30 Uhr



Diejenigen, die heute Redaktionen managen, sind oft keine Journalistinnen mehr. Das ist das Problem. Sie sehen ein Informationsmanagementsystem wie das oben beschriebene und sind begeistert: Ich lege ein Datum fest, den 10. September um 10.30 Uhr, lass mir zusichern, dass das Material genau dann im genau festgelegten Umfang geliefert wird, und weiß demnach, wie ich den Platz auf Seite 10 am 11. September füllen kann. Das klingt in der Theorie gut. Funktioniert aber im (journalistischen) Leben nicht. Denn Journalismus ist etwas Lebendiges, das sich nicht in Managementsysteme pressen lässt. (Wobei erstaunlicherweise so gut wie alle versuchen, dem Diktat getreu mitzumachen.)

Sie überrollen uns, die digitalen Errungenschaften. Und es vergeht so gut wie kein Tag, an dem nicht über die Digitalisierung diskutiert wird. Im Bundestag. In den Landtagen. An den Universitäten. In Ausschüssen. Seminaren. Auf Praxistagen. Versammlungen. Fachkongressen. Workshops. Symposien. Bei Pressekonferenzen. Fachtagen. Bundesforen. Oder in Gesprächskreisen. Meist geht es um das Für und Wider mit sehr deutlicher Tendenz zum „Für“. Ich greife, angeregt von Martin Breidenbach, Architekt aus Viersen, den ich aus Veranstaltungen in Wuppertal kenne, in diesem Beitrag, ausgehend von meinen eigenen Erfahrungen, allein das „Wider“ auf.

Auch Martin Breidenbach langt es. Das jedenfalls entnehme ich seinem Schreiben an mich. Breidenbach wirft die Frage auf, ob denn das, was sich unter der Überschrift „Digitalisierung“ vollzieht,

noch „menschenverträglich“ ist. Alles „wirklich Liebe und Werte“, so Breidenbachs Ansicht, ist analog. Auch ich kann mir die Liebe zu einem anderen Menschen nicht digital vorstellen. Womit ich nicht alleine dastehe. Kürzlich stieß ich auf das Buch von Eva Illouz „Warum Liebe endet“. Die Soziologin kommt zu dem Schluss, dass digitale Kommunikation und Dating-Apps Beziehungen flüchtig machen.

Algorithmen entscheiden



Ich suche weitere Menschen, die sich nicht verblenden lassen von der postulierten Unausweichlichkeit der Digitalisierung, die nicht abgeschreckt werden durch den Satz: „Das Rad lässt sich nicht mehr zurückdrehen.“ Mag ja sein. Nachdenken ist aber wohl dennoch erlaubt. Also: Schränkt das Digitale das Menschliche ein? Macht es unsere Welt seelenloser? „Ich finde die Fragestellung faszinierend“, antwortet mir Eberhard Grötsch, der bis zu seiner Pensionierung im März 2016 Informatikprofessor in Würzburg an der Fachhochschule war. Und antwortet mit einem „Ja“: „Algorithmen statt Menschen entscheiden für oder gegen uns, ohne dass man das irgendwie nachvollziehen kann.“

Wir akzeptieren das meist kampfflos. Nutzen also mangels analoger Begegnungsmöglichkeiten Partnernvermittlungen wie Parship. „Ich warte auf das erste Paar, das sich trennt, weil ein Algorithmus findet, dass die beiden nicht zusammenpassen“, meint Grötsch süffisant. Im Übrigen gebe es nicht nur in China Rankings: „Die Schufa rankt uns, also unser



Eberhard Grötsch



IG Metall-Bevollmächtigter Percy Scheidler diskutiert mit KAB-Mitgliedern über die möglichen Auswirkungen der Digitalisierung in der Arbeitswelt.

Finanzgebaren.“ Sie weigere sich, die Kriterien offen zu legen: „Also entscheiden letztlich auch hier Algorithmen, gegen die man nichts machen kann, wohl auch nicht auf dem Rechtsweg.“

Wer heute Privatpatient ist, bekommt wahrscheinlich eher einen Termin bei einer Ärztin als ein Kassenpatient. Das wird zwar immer wieder geleugnet. Aber genauso oft bestätigt. „Wenn nun bei der Anmeldung zusätzlich der Zugriff auf die elektronische Patientenakte möglich wäre, könnte der Arzt über einen Algorithmus feststellen lassen, ob ich ein ‚lohnender Patient‘ bin“, sagt Grötsch. Auf einen Klick spuckt der Computer aus, welche Eingriffe oder Untersuchungen bei diesem Patienten abrechenbar wären: „Hier wäre dann der Begriff ‚seelenlos‘ wirklich angemessen.“

Die Ganzheit des Lebens

Ich frage auch Wolfgang Meisenheimer, 86 Jahre alt, Architekt, ehemaliger Hochschullehrer und Autor, wohnhaft in Düren. „Was immer noch und immer wieder verkümmert, ist das Wissen um die Rolle des Leibes als das Erkenntnisinstrument, das die Ganzheit des Lebens erfasst“, antwortet er mir. Meisenheimer wirft die philosophische Frage auf, was denn „wahr“ ist. Wie wahr ist das Objektive, Messbare, Wiegbare? Wie „wahr“ sind Erinnerungen, Eindrücke und Erwartungen des Menschen? Eine rein rationalistische Digitalisierung lehnt Meisenheimer gerade mit Blick auf sein Fachgebiet ab.



Im Job ständig erreichbar sein zu müssen, macht krank.

Er möchte die „gestische Korrespondenz von Leib und Architekturraum“ fördern.

Gerhard Fitzthum sieht das digitale Zeitalter mit Blick auf den Menschen und das, was den Menschen ausmacht, ebenfalls kritisch. „Wir richten uns in einer Welt ein, in der es einem immer rätselhafter erscheint, für was unser Körper mit all seinen Muskeln, Gelenken und Nervensträngen eigentlich da ist“, sagt der Philosoph aus dem hessischen Lollar. Das Ergebnis sei ein „diffuses Unbehagen“: „Wir verlieren zunehmend den Boden unter den Füßen, was immer mehr Menschen in die Therapie oder in die Hände von Sinnstiftern aus Politik und der Konsumgüterindustrie treibt.“ Oder ins Fitnessstudio.

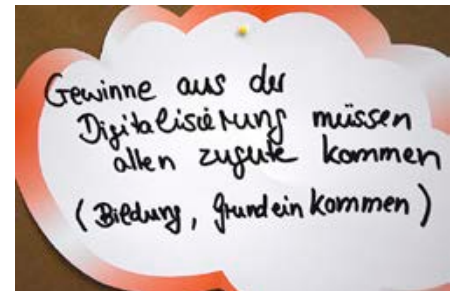
Letzteres kann heute als Inbegriff von Statik inmitten vermeintlicher Aktivität hergenommen werden. „In Fitnessstudios wird der Körper zwar bewegt, aber gleichsam im luftleeren Raum, ohne Kontakt zur Natur, aus der er hervorgegangen ist und zu der er gehört, und ohne auch nur einen Meter vorwärts zu kommen“, sagt Fitzthum. Eingespannt in Maschinen, wird der Körper trainiert und optimiert: „Mit dem Ziel, dass er selber zu einer Maschine werden möge, zu unserem Produkt, über das wir verfügen können, wie wir über unser Auto oder unser Haustier verfügen.“

Verlust der Identität

Auch Fitzthum kann der zunehmenden Digitalisierung wenig Gutes abgewinnen. „Da wir im Zeitalter der Navigationsgeräte nicht mehr selber wissen, wo wir sind, wissen wir auch nicht mehr, wer wir sind“, sagt er. Die digitale Neuerschaffung der Welt stürze den Menschen, gleichsam kopfüber, in den Identitätsverlust. Identität brauche leibliche Integrität, das sinnengestützte Wissen über den realen Raum, in dem man sich befindet. Der Mensch in der digitalen Ära sei immer häufiger

anderswo: „Im Niemandsland von Ferngesprächen, in Freundschaftsverhältnissen, die über Datenträger vermittelt werden, in den endlosen Weiten des Internet, im Bann von Instagram.“

Hat eine halbe Stunde „Live-Begegnung“ im Café, im Park oder im heimischen Wohnzimmer eine andere Qualität als eine halbe Stunde im Chat? Ja, auch ich bin davon überzeugt. Und denke an Martin Bubers bekannten Satz: „Alles wirkliche Leben ist Begegnung.“ Dem 1865 gestorbenen, jüdischen Philosophen zufolge ist der Mensch ein „Beziehungswesen“. „Diese grundsätzliche Bezogenheit verhindert, dass sich alles nur um mich selber dreht“, schrieb er. Selbstgestaltung vollziehe sich über die Gestaltung von Beziehungen zu Anderen und Anderem. Wie das klingt angesichts der digitalen Filterblasen!



Wer profitiert am Ende von der Digitalisierung? Wer verliert?

Dass es Älteren angesichts der digitalen Epidemie vor der Zukunft bangt, scheint nachvollziehbar. Aber wie sehen das jüngere Menschen? Martin Breidenbach gibt mir den Tipp, Tamai Jepsen zu kontaktieren. Der gebürtige Berliner ist 33 und eine Art Lebenskünstler. „Einen bestimmten Beruf habe ich nicht, ich bin es gewohnt, seit meiner Jugend immer das zu tun, was gerade anliegt oder womit ich meinen Lebensunterhalt bestreiten kann“, erzählt er mir. Das können kreative Jobs am Laptop, aber auch handwerkliche Arbeiten in Zimbabwe sein: „Alles querbeet.“

Warum wir Gas geben müssen

Tamai Jepsen fällt auf, wie wir immer mehr Gas geben. Wie wir alle Vorgänge immer mehr beschleunigen. Wie sich alle immer stärker einsetzen müssen. Obwohl uns die Segnungen des Digitalen doch so viel Arbeit abnehmen. „Ich frage mich, ob wir an einem Punkt angekommen sind, an dem wir mehr schaffen, als uns Menschen guttut“, sagt er. „Wenn man sich überlegt, wie

unser Alltag aussähe, hätten wir den gleichen Beruf vor 500 Jahren ausgeübt und das gleiche Pensum an Aufgaben ohne digitale Mittel erledigen müssen, dann müssten wir eigentlich viel mehr Freizeit haben“, sinniert er. Doch dem ist bekanntlich nicht so.

Eine echt vertrackte Chose. Warum, fragt sich Tamai Jebesen, entscheiden sich die Menschen dafür, immer mehr zu tun? „Im Geschwindigkeitsrausch wird vergessen, worauf es im Leben ankommt, was Glück bedeutet und was glücklich macht“, sagt er. Womit auch er bei Martin Buber gelandet ist. Glücklich macht es, findet Jebesen, füreinander da zu sein. Und Zeit miteinander zu verbringen.



Robert Hugo Ziegler, Philosoph aus Würzburg.

Die Digitalisierung arbeitet dem Kapitalismus in die Hand. Das ist für Robert Hugo Ziegler das große Problem an der

aktuellen Entwicklung. Den Würzburger Philosophen treibt also keineswegs die Angst davor um, dass die Maschinen eines Tages die Herrschaft über uns übernehmen könnten. Dazu seien sie nicht intelligent genug, lernen sie doch lediglich adaptiv. „2.0“ ist in unser kapitalistisches Wirtschaftssystem eingebettet. Und das hält Ziegler für das Hauptproblem.

Die Macht der Daten




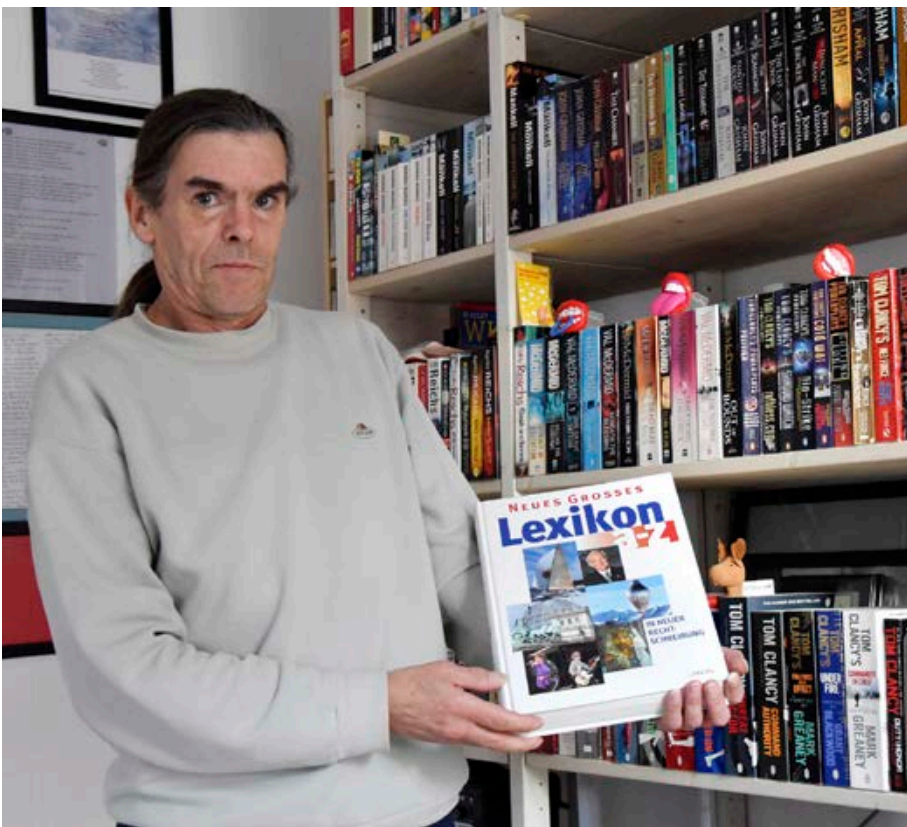
Eben deswegen ist nach seiner Ansicht Vorsicht geboten. Der digitale Kapitalismus führt laut Ziegler zum Beispiel dazu, dass wir permanent etwas produzieren, nämlich Daten, das Eigentum eines anderen wird. Etwa des Betreibers einer Suchmaschine. „Sind wir damit einverstanden?“ Die meisten Menschen denken darüber nicht nach. Das ist halt so. Aber es ist verhängnisvoll. Was Google-Suchergebnisse zeigen. Aufgrund gesammelter Daten rangiert das Ergebnis einer Stichwort-Suche ganz oben. Warum? Das weiß kein User. Aber er klickt darauf. Und bestärkt das Suchergebnis in seiner Relevanz. Allein durch den Klick. Und nicht, weil es tatsächlich das relevanteste Ergebnis wäre.

Auch stellt sich das Problem, dass Menschen ganze Gruppen infiltrieren kön-

nen, indem sie Ideologien im weltweiten Netz verbreiten. Andere streuen Latrienenparolen aus. Was solche irreführenden Behauptungen für Wahlen bedeuten, ist bekannt. Aber auch das ist für Robert Hugo Ziegler nicht das Kernproblem. Das Digitale verändert uns. Das findet der Philosoph schwierig. Es verändert uns ganz im Sinne des Kapitalismus. Der versucht mit großem Geschick, alles, was nur irgendwie zur Ware gemacht werden kann, auch zur Ware zu machen.

Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt, der Kapitalismus malt sich die verrücktesten Dinge aus, die als Ware angeboten werden könnten. Und, werden sie geschickt vermarktet, Käuferinnen finden. „Der Kapitalismus macht aus Scheiße Gold“, heißt es – für Ziegler zu Recht – derb ausgedrückt. So werden Handy-Nutzer überschwemmt mit Apps. „Die sind auch bequem“, sagt Ziegler. Stellt sich die Frage: Braucht man es wirklich so bequem? Oder sind nicht viele der ach so praktischen Applikationen schlicht überflüssig? Überflüssiges zu produzieren ist wiederum ein Kennzeichen des Kapitalismus. Ohne Überflüssiges hätte der keine Überlebenschance.

Während glühende Verfechter des Digitalen nichts unversucht lassen wollen, um auch die letzten „Digital abseits Stehenden“ von der neuen Technologie zu begeistern, versucht Ziegler, zu bremsen. Kritik und Skepsis sind für ihn nicht nur erlaubt, sondern geboten. Wohlwissend, dass der Kapitalismus nichts gegen Kritik hat. Auch die, so Ziegler, versucht er, zu verwerten. Wovon millionenfach verkauft Che Guevara-T-Shirts Bände sprechen. 



Rob aus Würzburg lebt im Privaten konsequent analog – mit Lexikon statt Wikipedia.

Zur Autorin

Pat Christ



Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg, seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig.

Schwerpunkte:

Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.

Bonuszwecksparen als Sparform in zinsarmer Zeit

Ein Vorschlag

Jörg Gude

1. Einleitung

Gegenwärtig leben wir in einer Niedrigzinsphase mit einem Euroleitzins von null Prozent und Sparer haben Mühe, Erträge zu erzielen. Geschäftsbanken erzielen auf ihre Guthaben bei der Notenbank einen negativen Einlagenzins. Es sieht ganz danach aus, dass die Situation noch für lange Zeit anhalten wird. Dies entspricht auch den Erwartungen, die John Maynard Keynes bereits für die Situation der Enkelgeneration erwartete und die die Geldreformbewegung als langfristigen Zustand ansieht. In diesem Umfeld brauchen Banken und Sparkassen dringend neue Produkte und Geschäftsmodelle

2. Der Vorschlag oder das Produkt

Ich möchte aufzeigen, wie Sparer mit einem Sparkassen oder Bankenprodukt auch in dieser Zeit einen positiven Zins erzielen könnten. Dieses vorzuschlagende Sparprodukt bezeichne ich als Bonuszwecksparen. So ganz neu ist der Zweckspargedanke nicht. Oftmals gibt es für den Sparer einen bestimmten Zweck oder Wunsch, den er in der Zukunft realisieren will durch Verausgabung seines Sparvermögens. Und manchmal ist dieser Zweck auch rechtlich festgelegt. Das Bausparen oder Riester-Rentensparen kann als Zwecksparen aufgefasst werden und es gibt einen Anreiz, in weiterem Sinne also einen Bonus, eine solche Sparform zu wählen. Es geht mir um ein echtes Sparprodukt. Deshalb soll der Bonus in Form eines echten Zinses und nicht als Festbetrag oder Festprämie gezahlt oder gutgeschrieben werden.

Das Modell kennt drei Beteiligte: (1) den Zwecksparer, (2) die Bank, hier

Sparbank genannt, und (3) den Gewerbetreibenden, für dessen zukünftiges Leistungsentgelt der Sparer anspart. Der Gewerbetreibende trägt wirtschaftlich gegenüber der Sparbank den Bonuszweck-Sparzins. Er profitiert von der frühzeitigen Bindung des Kunden an ihn als späteren Leistungserbringer und kann Zukunft, Auftragslage und Beschäftigung besser planen und kalkulieren. Der Anbieter des Produktes Bonuszwecksparen soll eine Sparkasse, Volksbank oder breit aufgestellte Geschäftsbank sein.

Wir wollen die Interessen dieser drei Parteien einmal betrachten und dabei zugleich die dreifache „Win-Situation“ herausarbeiten. Der Sparer erhält einen Sparzins von der Sparbank, der in der gegenwärtigen und wohl mittelfristig anhaltenden Situation leicht über der Nullprozentgrenze liegt und für den Sparer auch liegen soll, also vielleicht bei 0,01 % bis 0,1 %. Dafür erhält die Bank für eine überschaubare mittlere Frist Einlagen. Prozentual höher liegt der Bonuszins, den der Sparer aufgrund seiner Zweckbindung erhält. Auch der Bonuszins wird von der Sparbank dem Sparer gutgeschrieben auf dem Zwecksparkonto. Wirtschaftlich betrachtet soll aber nicht die Sparbank mit dem Bonuszins belasten werden – sie erhält ja auch keinen über die Einlageleistung und deren Verwendung hinausgehenden Vorteil, außer der Stärkung des Gewerbetreibenden, der häufig Schuldner der Sparbank ist. Den Bonuszins soll vielmehr der Gewerbetreibende betriebswirtschaftlich tragen müssen und der Sparbank erstatten, steht doch am Ende des Zwecksparens das Spargeld zur Auszahlung im Gegenzug zu abgenommenen Leistungen. Davon profitiert der Gewerbetreibende. Und der Sparer erhält summa summarum einen so hohen positiven

Zins, wie er ihn mit anderen Anlageformen nicht so leicht erreicht.

3. Anwendungsbeispiele

Betrachten wir Beispiele für Zwecke und Gewerbetreibende, die am Zwecksparen interessiert sein könnten als gewerbliche Partner und wirtschaftlich Begünstigte aus dem Sparprodukt. Beispiele sind der Malermeisterbetrieb, der Autohändler, der Küchenbauer und Möbelschneider. Für alle diese Gewerbetreibenden soll gelten, dass die gegenwärtige Auftragslage und wirtschaftliche Situation sich als gut oder jedenfalls genügend darstellt. Die Zukunft dagegen ist ungewiss. Erhält der Gewerbetreibende Sparpartner, die zukünftig eine Leistung abfordern und sicher bezahlen können, wird diese Unsicherheit ein Stück gemindert. Ist die Sparbank auch noch Kreditgeber für den betreffenden Gewerbetreibenden, sind ihre ausgelegten Kredite sicherer durch den zukünftigen Liquiditätszufluss beim Gewerbetreibenden. Wir sehen, dass Bank und Zweckpartner profitieren.

Betrachten wir den Malermeisterbetrieb und den Zwecksparer. Der Eigenheimbesitzer wie auch der Mieter möchten alle x-Jahre die Wohnung tapezieren, die Raufasertapete überstreichen oder die Wände übertünchen. Wenn sie erfahrungsgemäße Fristen oder im Mietvertrag vorgegebene Fristen haben, lässt sich ein zeitlicher Bezugspunkt wählen, zu dem die Malerleistung abgerufen wird und der Bonuszwecksparvertrag in der Ziel und Leistungszone angelangt ist. Langjährige Hauseigentümer oder Mieter haben bereits in der Vergangenheit eine gewisse Treue gegenüber einem bestimmten Malerbetrieb aufgebaut und es bedeutet für sie keine besondere Einbuße, wenn sie für die Zukunft das Offenhalten für Aufträgen anderer Malerbetriebe für sich ausschließen. Es wäre auch denkbar, dass die Malerinnung an der Gestaltung eines Mustervertrages mitwirkt. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, dass die Gefahr dann besteht, auch auf die Höhe des Bonuszinses Einfluss zu nehmen. Nach der Grundkonzeption ist dies eine Frage des Marktes und der einzelne Malerbetrieb mag ein unterschiedlich großes Interesse an dieser Sparform und Bindung von Kunden haben oder überhaupt kein Interesse signalisieren.

Autohändler und Möbelhändler arbeiten relativ kapitalintensiv bei geringer Umsatzrendite und sind deshalb manchmal auch Problemkinder der Banken. Auch sie können die geschäftlichen Risiken für sich und die Banken mindern, indem sie gewerblicher Partner des Bonuszwecksparens werden. Für den Sparer und Verbraucher ist auch ungefähr zeitlich absehbar, wann die Neuanschaffung erfolgen soll. Alle 2, 5, 7 oder 10 Jahre soll das Auto ersetzt werden, um mit der Automode zu gehen oder unkalkulierbaren Reparaturen aus dem Wege zu gehen. Für die Sparbank eröffnet das Sparkundengespräch überdies die Möglichkeit, abzufragen, ob der Kunde nicht doch bereits zeitlich eher die Anschaffung tätigen möchte und einen Kredit bei der Sparbank in Form eines Ratenkredites oder die Inanspruchnahme eines Dispositionskredites bevorzugt. Dann ist der Kunde natürlich für das Bonuszwecksparen verloren, aber die Bank tätigt ein anderes Geschäft mit dem Kunden.

Das Bonuszwecksparen spricht eher eine konservativere Klientel der Sparbank an und dürfte sich in ländlichen Gegenden eher der Beliebtheit erfreuen. Für diese Klientel gilt dann auch der Satz: "Vorfriede ist die schönste Freude". Und diese Freude hat der Zwecksparer in der Sparzeit. Beim Autozwecksparen ist möglicherweise das Interesse der Vertragshändler geringer, die ja mit Autobanken der Hersteller zusammenarbeiten und auch Leasingangebote machen. Dagegen ist gerade für Gebrauchtwagenhändler die Idee interessant, auch deswegen, weil sie Automobile der unterschiedlichsten Marken anbieten und damit spezifischen Vorlieben der potentiellen Kunden in der Breite entsprechen können. Für die bei den Markenherstellern angelehnten Autobanken gäbe es auch die Möglichkeit, das Bonuszwecksparen selbst als Sparbank anzubieten.

Bei allen Vertragsbeziehungen des Bonuszwecksparens ist der Leistungsgegenstand klar zu definieren, um Streitigkeiten zu vermeiden. Es muss auch verhindert werden, dass sich der Leistungsschuldner die der Bank erstatteten Bonuszinsen durch höhere Preise als üblich oder schlechtere Leistungen vom Sparer zurückholt. Es wäre vielleicht angebracht, für Streitfälle einen Schiedsgutachtenvertrag gemäß § 317 BGB einzubauen. Beim Küchenhersteller oder Möbelhaus kann es sein, dass

die ursprünglich vom Sparer in Aussicht genommene Ware gar nicht mehr bezogen oder geliefert werden kann. Rechtliche Detailregelungen werden also erforderlich.

Das hier aufgezeigte Modell ist vor allem für Sparkassen und Volksbanken wegen deren Markttiefe bei Sparern (Privatkunden) und gewerblichem Mittelstand reizvoll. Die im Genossenschaftsgesetz in § 1 Absatz 1 angesprochene Förderung der Mitglieder – Sparkunden und Gewerbetreibenden – lässt sich hier deutlich aufzeigen. Eine weitere Vertiefung der Geschäftsbeziehungen könnte darin bestehen, dass die Sparbank in der Höhe der Sparbeträge für die einzelnen Gewerbetreibenden diesen einen besonders günstigen Geschäftskredit zur Verfügung stellt, dessen Rückzahlung in der Leistungs- und Zielphase des Sparvertrages zugunsten der Sparbank erfolgt. Die Leistungsphase sollte etwa 3 – 6 Monate betragen. In dieser Zeit müsste die handwerkliche Leistung oder der Kauf sinnvoll und ohne Verzögerung vonstatten gehen.

Wir sind hier ausgegangen von dem privaten Kunden als Sparer auf der Suche nach einer zinstragenden Anlageform. Das Bonuszwecksparen kann jedoch auch im B2B-Bereich Anwendung finden.

Zum Schluss ein Wort zum Zins. Der Bonuszins ist wie jeder Zins der Preis für die Aufgabe von Etwas. Nach Keynes ist der Zins der Preis für die Aufgabe von Liquidität. Das betrifft hier auch den Sparvorgang mit dem von der Sparbank gewährten Zins. Der vom Zweckpartner wirtschaftlich zu tragende Bonuszins ist die Belohnung des Zwecksparens für die Aufgabe der freien Wahl des Vertragspartners in der Zukunft dadurch, dass er sich bereits in der Zwecksparphase bindet. Er realisiert damit einen Teil seines Wertes als Kunde, den sonst der Gewerbetreibende vereinnahmt.

4. Vorteile für alle Beteiligten

Zusammengefasst noch einmal die Vorteile für die drei Beteiligten dieser Sparform:

- (1) der Zwecksparer erzielt nicht nur einen Minimalzins von 0,01 % oder maximal 0,1 % für eine mittelfristige Anlage, sagen wir von vielleicht

4 Jahren Laufzeit. Wegen der Bonuszinsen erzielt er in der Summe einen Zins, der über dem für vergleichbare Fristen auf dem Festgeldkonto liegt. Schon bei 0,5 % oder 1 % Bonuszinsatz wäre eine Anlage für den Sparer bereits überlegenswert. Dafür gibt der Sparer die Freiheit auf, für eine zukünftig anfallende Leistungsanspruchnahme eine Auswahl des Vertragspartners offenzuhalten. Wahrscheinlich hat der Sparer bereits jetzt einen Vertragspartner im Sinn, einen Malermeister, der immer gut für ihn gearbeitet hat oder einen Kfz oder Möbelhändler, dessen Sortiment er in etwa kennt und schätzt. Dann wird er den Freiheitsbeschränkungseffekt im Vergleich zum erzielbaren Bonuszwecksparszins für gering erachten.

(2) Die Sparbank verliert den Sparer nicht an den sofortigen Konsum oder in der Flucht in risikoreichere Anlageformen. Das Bonuszwecksparen stärkt den gewerblichen Kunden der Sparbank und verringert damit das Kreditausfallrisiko der Bank. Die Bank könnte auch als Anreiz für den Gewerbetreibenden diesem zu Sonderkonditionen einen Kredit in Höhe der Ansparbeträge einräumen.

(3) Wie erwähnt profitiert der den Zinsbonus tragende Gewerbetreibende von einer frühzeitig erkennbaren Auftragslage. Er erspart sich teilweise die spätere Kundenwerbung. Gegebenenfalls stellt ihm die Sparbank bereits jetzt vergünstigte Kredite im Umfang der Ansparbeträge zur Verfügung.

5. Kontaktaufnahme

Wer dieses Modell in der Praxis umsetzen möchte, kann mit dem Autor Kontakt aufnehmen: joerggude@aol.com

Zum Autor

Dipl.-Volksw., Ass. jur. Jörg Gude



ist zweiter Vorsitzender und Geschäftsführer der „Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft“ mit Sitz in Hamburg. Unterrichtet Volkswirtschaftslehre an der privaten RFH Köln.



<http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de>

Die Bodenrente als Finanzierungspotential des Staates

Norbert Olah, Thomas Huth & Dirk Löhr

Das alte Konzept einer „Single Tax“ auf Bodenwerte^[1] ist keineswegs so abwegig, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Im Gegenteil erweist sich die allgemein verbreitete Vorstellung eines „gerechten“ Steuersystems mit den herkömmlichen Steuerarten als vollkommen absurd. Ein weiterer Blick auf die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung durch die Brille der goldenen Regeln bringt das Potential der Bodenrenten für die Staatsfinanzierung ans Tageslicht.

Das Äquivalenzprinzip

Das allgemeine Nutzenmaximum ist dadurch gekennzeichnet, dass *Nutzen* und *Kosten* einer Inwertsetzung stets zusammenbleiben. Der Wert des Bodens und insbesondere die Standortrenten werden maßgeblich durch öffentliche Leistungen erzeugt. Der Staat sollte sich folglich aus den Werten finanzieren, die er selbst geschaffen hat, also aus den Bodenwerten.

Aus dem Henry-George-Theorem, der goldenen Regel der Staatsfinanzierung, lassen sich zwei Grundregeln ableiten (Löhr 2018):

- „All taxes come out of rents“: Die Fixkosten der Bereitstellung öffentlicher Leistungen können durch *Bodenrenten* finanziert werden (Gaffney 2009, Arnott & Stiglitz 1979).
- „Pay for what you get“: Die variablen *Grenzkosten* der konkreten Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen können durch *Nutzungsgebühren* finanziert werden (Harrison 2006, Vickrey 1948).

Das Henry-George-Theorem beschreibt einen Zustand vollkommener *Äquivalenz zwischen Nutzen und Kosten* der Inwertsetzung öffentlicher Güter, zwischen öffentlichen Leistungen und privaten Gegenleistungen (Spars 2000). Das herkömmliche Steuersystem zerstört diese Äquivalenz, weil es Nutzen und Kosten weit auseinanderfallen lässt. Mit den herkömmlichen Steuern werden *privat geschaffene Werte zwangsweise sozialisiert* – ohne Anspruch auf eine konkrete individuelle Gegenleistung (Siebke 1999). Im Gegenzug können dann *gemeinschaftlich geschaffene Werte widerspruchslos privatisiert* werden, nämlich Bodenrenten und Bodenwerte, die aus Steuerzahlungen finanziert wurden. Die herkömmlichen Steuern ermöglichen erst die Privatisierung der Standortrenten zugunsten einer Minderheit, während die Inwertsetzung dieser Standorte zulasten einer diffusen Mehrheit geht. „Gerechte“ Fiskalsteuern konventioneller Art sind vor diesem Hintergrund ein Mythos (Löhr 2018).

1 Einheitssteuer auf den Bodenwert

Die Verletzung des Äquivalenzprinzips durch die herkömmlichen Abgaben hat zur Folge, dass die Standortrenten weit unter ihrem eigentlichen Potential liegen. Das herkömmliche Steuersystem belastet vor allem die mobilen Produktionsfaktoren *Arbeit* und *Kapital* sowie den *Verbrauch* mit *Einkommensteuern*^[2], *Gewinnsteuern*^[3] und *Gütersteuern*^[4]. Diese Abgabenlast wirkt sich dämpfend auf die Bodenrenten aus, da es sich gesamtwirtschaftlich bei den Bodenrenten um ein Residuum handelt. Je höher die Abgabenlast, umso geringer die Bodenrenten. Durch Veranlagung und Erhebung der konventionellen Steuern, aber auch durch Ausweichmanöver oder Entmutigung der Steuerpflichtigen entstehen nicht unerhebliche steuerliche Zusatzlasten, die ebenfalls auf Kosten der Bodenrente gehen. Man kann sogar sagen, dass alle Steuern und Abgaben letztlich aus den Bodenrenten herkommen müssen (Gaffney 2009).

Die Bodenrente ist ein Residualeinkommen und wird auch oft als „sozialer Überschuss“ bezeichnet (Dwyer 2014). Und genau aus diesen sozialen Überschüssen sollte sich ein Staat auch finanzieren, jedenfalls ein Staat, der sich so gerne sozial nennt. Mit der Bodenrente als Residuum ist aber auch das Staatsbudget schon weitgehend festgelegt. Die Vorstellung, man könne oder müsse sogar mit staatlichen Konjunkturprogrammen in der Hoffnung auf Multiplikatoreffekte die Wirtschaft „ankurbeln“, ist damit aus Sicht der Optimierungsbedingungen bereits *a priori* abzulehnen, denn jede Abweichung von der optimalen Verteilung der goldenen Regeln bedeutet im Umkehrschluss einen Effizienzverlust.

Die konsequente Durchführung des Äquivalenzprinzips bedeutet das Ende der herkömmlichen Fiskalsteuern und damit auch das Ende der heutigen Rentenökonomie (Löhr 2013, Löhr & Harrison 2017). Folgende Schritte würden sich anbieten:

1. Umgestaltung der heutigen Grundsteuer in eine Bodenwertsteuer.
2. Direkte Steuern herunterfahren, Bodenwertsteuer hochfahren.
3. Indirekte Steuern herunterfahren, Nutzungsgebühren hochfahren.

2 Direkte Steuern auf Einkommen aus unselbständiger Arbeit (inkl. Solidaritätszuschlag).

3 Direkte Steuern auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftssteuer, Kapitalertragsteuer, Gewerbesteuer, Grundsteuer, Erbschaftssteuer).

4 Genauer: Nettogütersteuern, d.h. Produktions- und Importabgaben abzgl. Subventionen. Indirekte Steuern auf die Einkommensverwendung (Umsatzsteuer bzw. Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Kfz-Steuer, Tabaksteuer, Versicherungssteuer).

Die auffälligste Abweichung vom Äquivalenzprinzip ist die Lohnsteuer. Mit der Lohnsteuer werden die Lasten der Staatsfinanzierung auf den Faktor Arbeit verschoben, während der Faktor Boden weitgehend ungeschoren davonkommt. Es zeigt sich, dass das (später noch genauer zu definierende) Nettovermögenseinkommen als Maß für die ungenutzten Finanzierungspotentiale etwa genauso groß ist wie die Lohnsteuern, was ernsthafte Zweifel aufkommen lässt an der Vorstellung, die Einkommensteuer müsse nur progressiv genug sein, um gerecht zu sein. Allerdings werden die Fans einer Vermögenssteuer ebenfalls enttäuscht, denn der einzige Vermögensgegenstand, der besteuert werden soll, ist der Boden.

Es stellt sich damit die Frage, inwieweit die konventionellen Steuern und Abgaben tatsächlich durch geeignete Bodenwertsteuern ersetzt werden können. Um das Finanzierungspotential der Bodenbesteuerung quantitativ abschätzen zu können, müssen wir zunächst die Bodenrente aus der statistischen Sammelkategorie „Unternehmens- und Vermögenseinkommen“ herauschälen. Wir werden zwei Ausprägungen der Bodenrente berechnen (vgl. Olah, Huth & Löhrl 2016 & 2017):

- Bei der *Nettobodenrente* werden alle konventionellen Steuern abgezogen, um die privatisierte Bodenrente im Rahmen des herkömmlichen Steuersystems abzuschätzen.
- Bei der *Bruttobodenrente* werden alle konventionellen Steuern gedanklich abgeschafft, um die Möglichkeiten eines alternativen Steuersystems auszuloten.

Unternehmens- und Vermögenseinkommen

Die amtliche Verteilungsrechnung im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung unterscheidet zwischen *Arbeitnehmereinkommen* einerseits und *Unternehmens- und Vermögenseinkommen* andererseits. Letzteres ist jedoch eine bunte Mischung aus verschiedenen Komponenten (Löhrl 2018). Wir wollen diesen statistischen „Eintopf“ genauer untersuchen und als Faktoreinkommen den drei Produktionsfaktoren *Arbeit*, *Kapital* und *Boden* zuordnen. Die *Bodenrente* ist das, was an Einkommen für den Faktor Boden übrigbleibt, wenn aus dem gesamten Unternehmens- und Vermögenseinkommen die Faktoren Arbeit und Kapital gemäß den goldenen Regeln optimal entlohnt werden. Leicht vereinfachend haben wir also drei wesentliche Anteile (brutto wie netto):

- Der Unternehmerlohn wird aus einer ergänzten Lohnquote ermittelt (Siebke 1999).
- Das optimale Kapitaleinkommen entspricht den Investitionen (Huth 2001).
- Die Bodenrente ist als Residuum der „soziale Überschuss“ (Dwyer 2014).

Risikoprämien sind implizit darin enthalten und werden nicht gesondert betrachtet.

Optimales Kapitaleinkommen

In *Abbildung 1* sehen wir eine Darstellung des Bruttoinlandsprodukts *BIP* für das Jahr 1980⁵¹ (Quelle: Statistisches Bundesamt). Auf der *Verwendungsseite* finden wir Konsum *C* und Investition *I* sowie ggf. den Außenbeitrag *AB*, auf der *Verteilungsseite* das Arbeitseinkommen *W_A*, das Unternehmens- und Vermögenseinkommen *Q_{UV}*, die Abschreibungen *ABS* und die Gütersteuern *T_G* (vgl. Olah, Huth & Löhrl 2016):

VERWENDUNG: $BIP = C + I + AB$
VERTEILUNG: $BIP = W_A + Q_{UV} + ABS + T_G$

Aus den Bruttoinvestitionen *I* erhält man nach Abzug der Abschreibungen *ABS* die Nettoinvestitionen *I_n*:

NETTOINVESTITIONEN: $I_n = I - ABS$

Gemäß der goldenen Regel der Kapitalakkumulation entspricht das optimale Nettokapitaleinkommen *Q_{Kn}* den Nettoinvestitionen *I_n* und das optimale Bruttokapitaleinkommen *Q_K* den Bruttoinvestitionen *I* (Huth 2001):

NETTOKAPITALEINKOMMEN: $Q_{Kn} = I_n$
BRUTTOKAPITALEINKOMMEN: $Q_K = I$

Verwendung und Verteilung des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1980

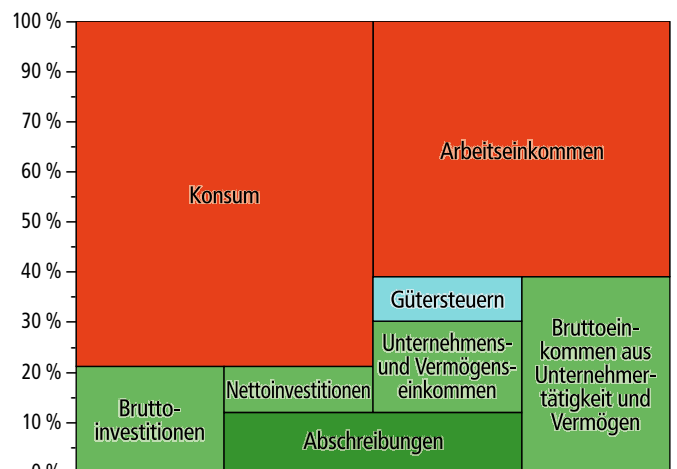


Abbildung 1: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Nettobodenrente

Wir definieren nun ein Nettoeinkommen *Q_n* aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, indem wir vom gesamten Unternehmens- und Vermögenseinkommen *Q_{UV}* die Gewinnsteuern *T_{UV}* sowie den Außenbeitrag *AB* subtrahieren:

NETTOGEWINNEINKOMMEN: $Q_n = Q_{UV} - T_{UV} - AB$

Der Anteil des Einkommens auf der Verteilungsseite, der dem Außenbeitrag auf der Verwendungsseite entspricht, soll hier der Kapitalseite zugeschlagen werden. Der Außenbeitrag wird damit von der Verwendung in die Verteilung übertragen und separat aufgeführt. Die explizite Verrechnung des Außenbeitrags in der Verteilung bedeutet eine konservative Berechnung der Bodenrenten.

51. Das Jahr 1980 ist besonders gut geeignet, um die Beziehungen zwischen Verwendung und Verteilung zu verdeutlichen. Der Außenbeitrag war praktisch null und die goldenen Regeln noch recht gut erfüllt.

Als Nettobodenrente R_n bezeichnen wir den Anteil des Nettogewinneinkommens Q_n , der übrig bleibt, wenn man das optimale Nettokapitaleinkommen $Q_{Kn} = I_n$ abgezogen hat. Das Nettogewinneinkommen setzt sich demnach zusammen aus den Nettoinvestitionen und den Nettobodenrenten (Abbildung 2):

$$\text{NETTOBODENRENTE: } R_n = Q_n - Q_{Kn} \Rightarrow Q_n = I_n + R_n$$

Verwendung und Verteilung des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1980

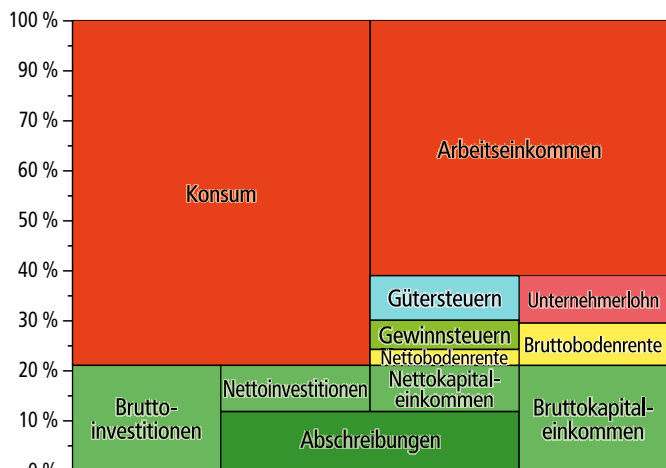


Abbildung 2: Optimale Faktoreinkommen

Bruttobodenrente

Unter Einbeziehung der Abschreibungen (in den Faktor Kapital) und der Gütersteuern (in den Faktor Boden) gehen wir über zu Bruttogrößen. Wir definieren ein Bruttoeinkommen Q_b aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, in dem die Abschreibungen ABS und die Gütersteuern T_G enthalten sind (Abbildung 1):

$$\text{BRUTTOGEWINNEINKOMMEN: } Q_b = Q_{UV} + ABS + T_G$$

Dieses Bruttogewinneinkommen wird nun neu aufgeteilt auf die drei Produktionsfaktoren *Arbeit*, *Kapital* und *Boden*. Für die Arbeit in ihren Unternehmen erhalten die Selbständigen einen *Unternehmerlohn* W_U . Das optimale *Bruttokapitaleinkommen* ist $Q_k = I$. Auch hier wird wieder der Außenbeitrag AB eingerechnet. Der Rest darf der *Bruttobodenrente* R_b zugeschrieben werden (Abbildung 2):

$$Q_b = W_U + Q_k + R_b + AB$$

Die Bruttobodenrente ergibt sich daraus als Residuum nach Abzug des Unternehmerlohns und des optimalen Kapitaleinkommens:

$$\text{BRUTTOBODENRENTE: } R_b = Q_b - W_U - Q_k - AB$$

Der Zusammenhang zwischen Brutto- und Nettogrößen ist wie folgt, wobei rein empirisch ungefähr $W_U \approx T_G$ gilt:

$$Q_n = Q_b - T_G - T_{UV} - ABS - AB$$

$$R_n = R_b + W_U - T_G - T_{UV} \approx R_b - T_{UV}$$

Unternehmerlohn

Da über den Unternehmerlohn keine direkten Daten zur Verfügung stehen, geht man von der einfachsten Annahme aus,

dass die Unternehmer zum gleichen Stundenlohn arbeiten wie die Arbeitnehmer. Aus dem Arbeitnehmereinkommen W_A und den geleisteten Arbeitsstunden A_A der Arbeitnehmer ergibt sich zunächst ein durchschnittlicher Stundenlohn w :

$$\text{LOHNSATZ: } w = W_A / A_A$$

Aus diesem Stundenlohn w und den geleisteten Arbeitsstunden A_U der Selbständigen wird dann der kalkulatorische Unternehmerlohn W_U ermittelt:

$$\text{ARBEITNEHMERLOHN: } W_A = w \cdot A_A$$

$$\text{UNTERNEHMERLOHN: } W_U = w \cdot A_U$$

Der Unternehmerlohn muss dem Arbeitseinkommen und damit dem Faktor Arbeit zugeschlagen werden. Die Summe aus Arbeitnehmerlohn W_A und Unternehmerlohn W_U bezeichnen wir als ergänztes Arbeitseinkommen W_e :

$$\text{ERGÄNZTES ARBEITSEINKOMMEN: } W_e = W_A + W_U$$

Die Anteile der Arbeitnehmer- und Unternehmereinkommen am Bruttoinlandsprodukt BIP werden durch entsprechende Lohnquoten ausgedrückt:

$$\text{ARBEITNEHMERLOHNQUOTE: } LQ_A = W_A / BIP$$

$$\text{UNTERNEHMERLOHNQUOTE: } LQ_U = W_U / BIP$$

Zusammen ergeben diese beiden Lohnquoten die sogenannte ergänzte Lohnquote (Siebke 1999):

$$\text{ERGÄNZTE LOHNQUOTE: } LQ_e = LQ_A + LQ_U = W_e / BIP$$

Tatsächliche Verteilung

Abbildung 3 zeigt die berechnete Verteilung des Bruttoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Im Zeitverlauf ist erkennbar, wie der Faktor Boden den Faktor Kapital in der Verteilung mehr und mehr verdrängt.

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

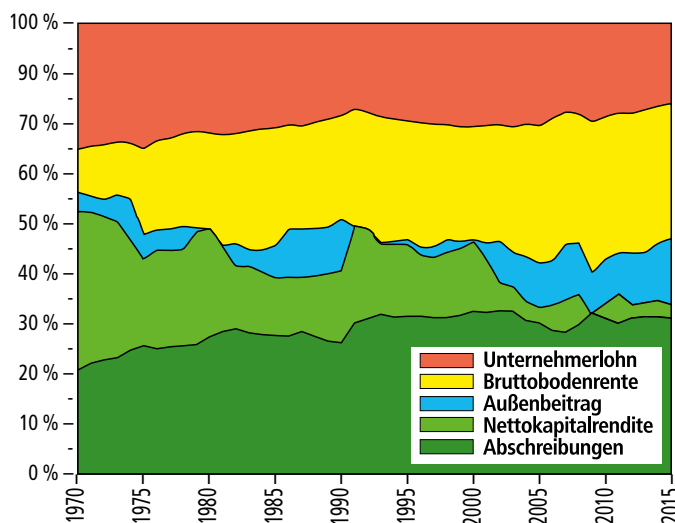


Abbildung 3: Bruttobodenrente

Das Bruttoinlandsprodukt BIP kann nun umgeschrieben werden als Summe aus dem ergänzten Arbeitseinkommen W_e ,

dem optimalen Bruttokapitaleinkommen Q_K und der Bruttobodenrente R_b :

VERTEILUNG: $BIP = W_e + Q_K + R_b + AB$

Abbildung 4 zeigt die berechnete Verteilung im Zeitverlauf. Das Arbeitnehmereinkommen ist in den letzten Jahren deutlich hinter der optimalen Verteilung der goldenen Regel zurückgeblieben, weil die Lohnquote der Arbeitnehmer geringer ist als die private Konsumquote. Während Arbeit und Kapital Anteile am Volkseinkommen verloren haben, ist der Faktor Boden der klare Gewinner der anhaltenden Niedrigzinsphase.

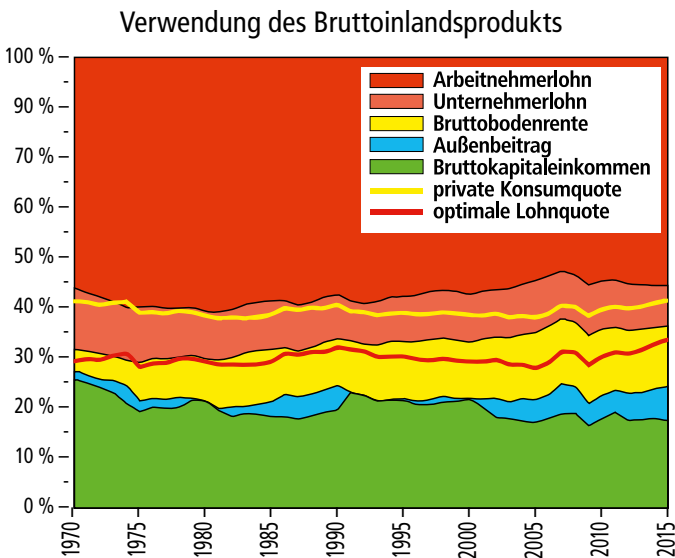


Abbildung 4: Tatsächliche Verteilung

Optimale Verteilung

Wir berechnen nun eine optimale Bruttobodenrente, indem wir für die Arbeitnehmer eine optimale Entlohnung W_A ansetzen, die laut goldener Regel durch den privaten Konsum C_p gegeben ist. Und auch die Gehälter der Selbständigen werden nun ebenfalls nicht mehr aus dem tatsächlichen Arbeitseinkommen, sondern aus dem optimalen Stundenlohn ermittelt:

OPTIMALER ARBEITNEHMERLOHN: $W_A = C_p$

OPTIMALER UNTERNEHMERLOHN: $W_U = C_p \cdot A_U / A_A$

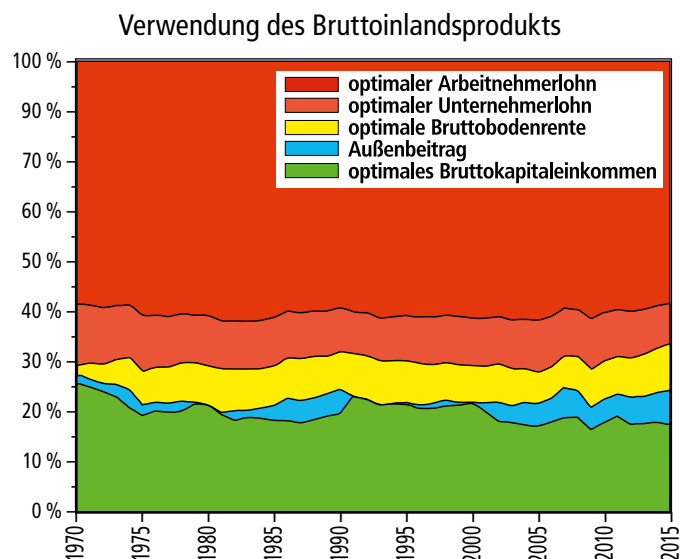


Abbildung 5: Optimale Verteilung

Die ergänzte Lohnquote wird dadurch erhöht, während die Bodenrente entsprechend geringer ausfällt. Durch diese konservative Berechnung wird die Bodenrente insgesamt also eher unterschätzt als überzeichnet. Die mit dem optimalen ergänzten Arbeitseinkommen berechnete optimale Lohnquote ist ebenfalls in Abbildung 4 eingezeichnet (von oben abgetragen). Der Bereich unterhalb der optimalen Lohnquote ist die optimale Bodenrente.

Die optimale Verteilung aufgrund der gegebenen Verwendung besteht aus den optimalen Faktoreinkommen für die drei Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden: dem optimalen ergänzten Arbeitseinkommen, dem optimalen Bruttokapitaleinkommen und der optimalen Bruttobodenrente als Residuum (Abbildung 5).

Staatliche Personalkosten

Die optimale Lohnquote als Grenze der optimalen Bodenrente nehmen wir nun aus der Verteilung mit hinüber in die Verwendung des Bruttoinlandsprodukts, um zu sehen, was wir damit finanzieren können. Abbildung 6 zeigt die Zeitreihe der Verwendung, wobei sich der gesamte Konsum aufgliedert in den privaten und den staatlichen Konsum. Der staatliche Konsum wiederum wurde aufgeteilt auf die Personalkosten der öffentlich Bediensteten und den sonstigen Staatskonsum. Erstaunlicherweise entsprechen die staatlichen Personalkosten ziemlich genau der optimalen Bodenrente. Wenn die Personalkosten die wichtigsten Fixkosten des Staates sind, dann ist also gezeigt, dass eine Staatsfinanzierung nach dem Henry-George-Theorem selbst bei konservativer Abschätzung der Bodenrenten möglich und realistisch ist.

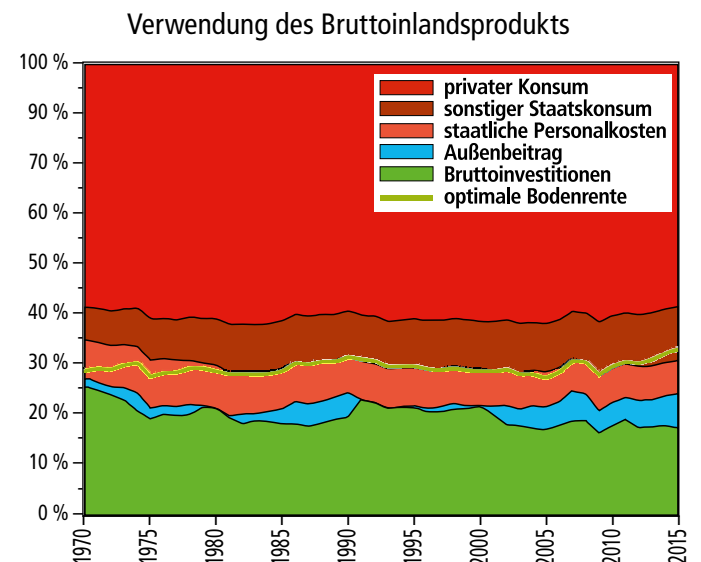


Abbildung 6: Personalkosten des Staates

Herkömmliche Staatsfinanzierung

Abbildung 7 zeigt noch einmal die Verwendung und Verteilung des Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 1980. Auf der Verwendungsseite finden wir die öffentlichen Güter G , bestehend aus dem Staatskonsum C_{St} und den Staatsinvestitionen I_{St} :

STAATSGÜTER: $G = C_{St} + I_{St}$

Auf der *Verteilungsseite* finden wir die Lohnsteuern T_A , die Gewinnsteuern T_{UV} und die Gütersteuern T_G , die zusammen die gesamten Steuereinnahmen T des Staates ausmachen:

STEUERN: $T = T_A + T_{UV} + T_G$

Bei der herkömmlichen Staatsfinanzierung entsprechen die staatlichen Güter und Dienstleistungen in etwa den konventionellen Steuern:

$G = T \Rightarrow C_{St} + I_{St} = T_A + T_{UV} + T_G$

Verwendung und Verteilung des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1980

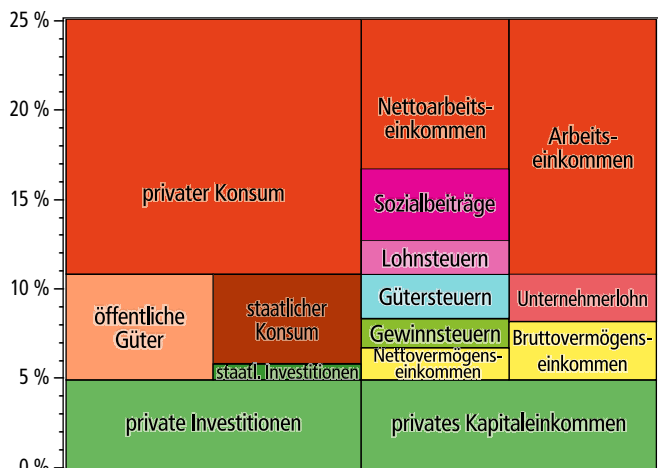


Abbildung 7: Staatsfinanzierung mit konventionellen Steuern

Vermögenseinkommen

In *Abbildung 7* ist erkennbar, dass die Last der Staatsfinanzierung durch die Lohnsteuer in Richtung Arbeitnehmer verlagert wird, während vom Unternehmens- und Vermögenseinkommen nach Abzug der Gewinnsteuern und des optimalen privaten Nettokapitaleinkommens ein privatisierter Gewinn übrigbleibt, den wir als *Nettovermögendeinkommen* bezeichnen können. Dieses Vermögenseinkommen ist etwa so groß wie die Lohnsteuern und gleichzeitig ein Maß für die ungenutzten Finanzierungspotentiale des Staates. Das *Bruttovermögendeinkommen* ergibt sich entsprechend aus dem Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nach Abzug des Unternehmerlohns und des optimalen privaten Bruttokapitaleinkommens. Nach kurzer Rechnung erhält man folgende Ausdrücke:

NETTOVERMÖGENSEINKOMMEN: $Q_{Vn} = R_n + I_{St}$
BRUTTOVERMÖGENSEINKOMMEN: $Q_{Vb} = R_b + I_{St}$

Das Vermögenseinkommen umfasst also neben der Bodenrente auch die Kapitalkosten der staatlichen Investitionen und könnte auch als erweiterte Bodenrente bezeichnet werden.

Optimale Staatsfinanzierung

Um eine optimale Staatsfinanzierung zu entwerfen, nutzen wir den Umstand, dass die goldene Regel der Kapitalakkumulation feste Beziehungen zwischen der *Verwendung* und der *Verteilung* des Bruttoinlandsprodukts impliziert (Huth 2001). Das gilt sowohl für die Grenze zwischen Konsum und Investition,

aber auch für die Grenze zwischen privaten und staatlichen Anteilen. Die goldene Regel setzt gleichsam die Leitplanken für den staatlichen Bereich, der sich von der Verwendungsseite bis zur Verteilungsseite erstreckt. Auf der Verwendungsseite definieren die Staatsgüter den Bereich, aus dem sich der Staat auf der Verteilungsseite finanzieren muss (*Abbildung 8*).

Verwendung und Verteilung des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1980

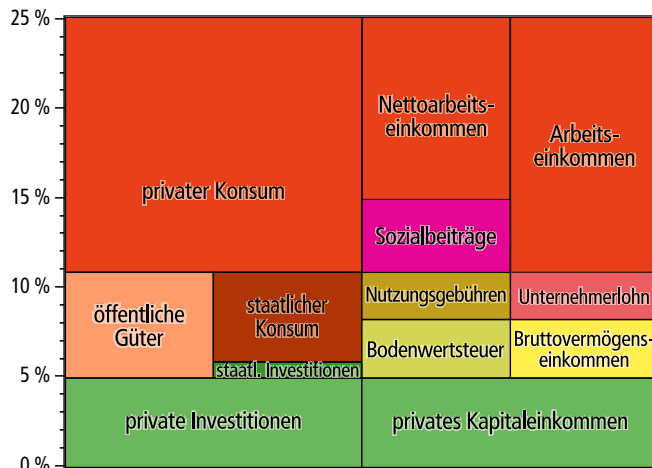


Abbildung 8: Staatsfinanzierung mit Bodenwertsteuern

Der staatliche Bereich wird von oben durch den privaten Konsum C_{pr} bzw. durch das Arbeitnehmereinkommen W_A und von unten durch die privaten Investitionen I_{pr} resp. durch das optimale private Kapitaleinkommen Q_{Kpr} begrenzt. Die goldene Regel der Kapitalakkumulation hat folgende Konsequenzen:

OPTIMALES ARBEITSEINKOMMEN: $W_A = C_{pr}$
OPTIMALES KAPITALEINKOMMEN: $Q_{Kpr} = I_{pr}$

Im staatlichen Bereich sollte den staatlichen Investitionen auf der Verteilungsseite ein entsprechendes staatliches Kapitaleinkommen gegenüberstehen. Da die staatlichen Investitionen größtenteils in die Bodenwerte gehen, wird dieser Anteil der Bodenrente zugeschlagen (vgl. Olah, Huth & Löhr 2016). Die so erweiterte Bruttobodenrente entspricht dem Bruttovermögendeinkommen Q_{Vb} .

Die gesamte Bruttobodenrente R_b wird durch eine Bodenwertsteuer T_B sozialisiert, um die staatlichen Fixkosten G_f zu decken. Die staatlichen Kapitalkosten werden dabei den Fixkosten zugerechnet. Die variablen Staatskosten G_v sollen dagegen aus Nutzungsgebühren T_N für öffentliche Güter finanziert werden. Rein rechnerisch muss dann der Unternehmerlohn W_U den Nutzungsgebühren T_N entsprechen:

BODENWERTSTEUER: $G_f = T_B = Q_{Vb} = R_b$
NUTZUNGSGEBÜHREN: $G_v = T_N = W_U$

Nach dem Henry-George-Theorem finanziert sich der Staat nun aus Bodenwertsteuern und Nutzungsgebühren:

STAATSAUSGABEN: $G = G_f + G_v$
STAATSEINNAHMEN: $T = T_B + T_N$

Beim Vergleich der *Abbildungen 7* und *8* sieht man, dass die Staatsfinanzierung quasi nach unten in den richtigen staatlichen Rahmen gerutscht ist. Insbesondere sind Lohnsteuer und privatisiertes Vermögenseinkommen verschwunden.

Finanzierungspotential



Das Potential der (erweiterten) Bodenrenten für die Staatsfinanzierung kann aus dem Vermögenseinkommen abgeschätzt werden:

- Das *Nettovermögenseinkommen* repräsentiert das *ungenutzte* Finanzierungspotential.
- Das *Bruttovermögenseinkommen* repräsentiert das *gesamte* Finanzierungspotential.

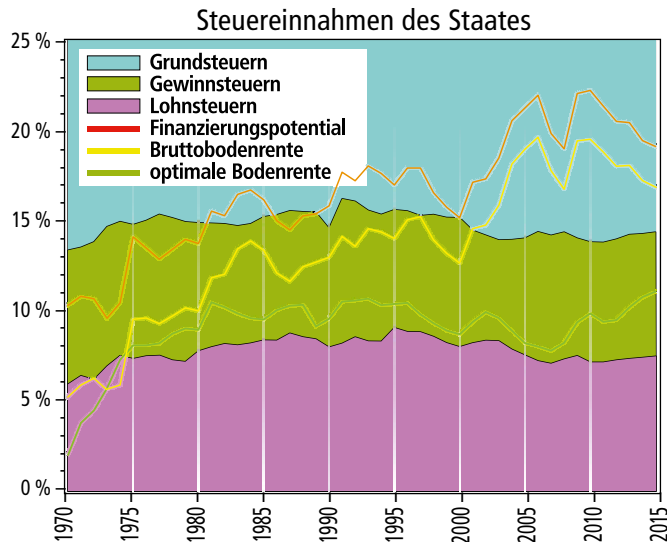


Abbildung 9: Finanzierungspotential und Steuereinnahmen

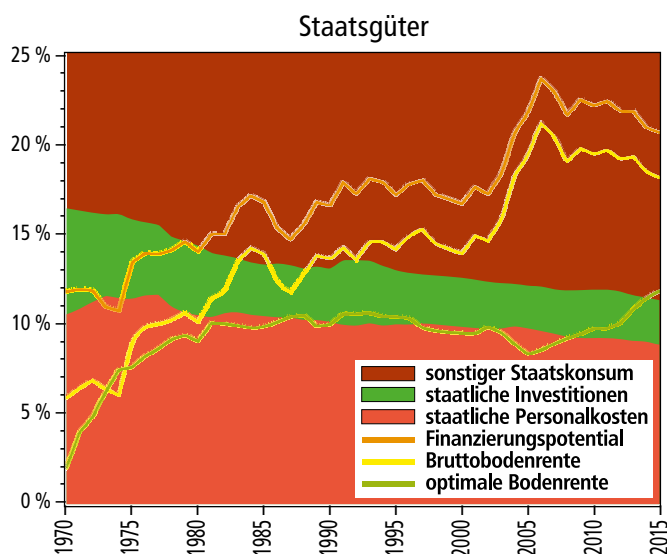


Abbildung 10: Finanzierungspotential und öffentliche Güter

Abbildung 9 zeigt das Finanzierungspotential mit Bezug auf die gesamten Steuereinnahmen, *Abbildung 10* mit Bezug zu den öffentlichen Gütern. Folgendes lässt sich festhalten:

- Die konservativ berechnete *optimale Bodenrente* kann für sich bereits die Lohnsteuer ersetzen und die staatlichen Personalkosten finanzieren.
- Das *gesamte Finanzierungspotential* reicht aus, um alle direkten Steuern (Einkommen- und Gewinnsteuern) zu ersetzen und die staatlichen Fixkosten zu finanzieren.

Für das Jahr 2015 beträgt das gesamte Finanzierungspotential rund 530 Mrd. Euro. Um ein Staatsbudget von rund 650 Mrd. Euro finanzieren zu können, müssten Nutzungsgebühren in

Höhe von etwa 120 Mrd. Euro hinzukommen. Das ungenutzte Finanzierungspotential beträgt rund 320 Mrd. Euro, was deutlich mehr ist als die Lohnsteuer mit insgesamt rund 200 Mrd. Euro.

Fazit und Ausblick



Die Finanzierung der staatlichen Fixkosten aus einer Bodenwertsteuer ist möglich. Aufgrund der steuerlichen Zusatzlasten (ca. 140 Mrd. Euro pro Jahr) und der allgemeinen Ineffizienz des heutigen Steuersystems sollte das tatsächliche Finanzierungspotential der Bodenrenten noch um einiges höher liegen als hier berechnet.

Perspektivisch spricht einiges dafür, auch die heutigen, am Arbeitsverhältnis anknüpfenden *Sozialabgaben* durch eine Finanzierung durch Standortrenten abzulösen. Darüber hinaus ist ein moderates Grundeinkommen denkbar (Löhr 2018).

Literatur:

Arnott R. J. & Stiglitz J. E. (1979) – Aggregate land rents, expenditure on public goods, and optimal city size. *Quarterly Journal of Economics* 93(4), 471-500

Dwyer T. (2014) – Taxation: the lost history. *American Journal of Economics and Sociology* 73, 664-988

Gaffney M. (2009) – The hidden taxable capacity of land: enough and to spare. *International Journal of Social Economics* 36(4), 328-411

Harrison F. – *Ricardo's Law – House Prices and the Great Tax Clawback Scam*. Shephard-Walwyn, London 2006

Huth T. – Die Goldene Regel als Wettbewerbsgleichgewicht. Ein Versuch über Keynes. Duncker & Humblot, Berlin 2001

Löhr D. – Prinzip Rentenökonomie. Wenn Eigentum zu Diebstahl wird. Metropolis-Verlag, Marburg 2013

Löhr D. & Harrison F. (Hg.) – Das Ende der Rentenökonomie – wie wir globale Wohlfahrt herstellen und eine nachhaltige Zukunft bauen können. Mason Gaffney gewidmet. Metropolis Verlag, Marburg 2017

Löhr D. (2018) – Boden – die verkannte Umverteilungsmaschine. *Zeitschrift für Sozialökonomie* 198-199, 3-19

Olah N., Huth T. & Löhr D. (2016) – Goldene Regeln – goldene Zeiten. *Humane Wirtschaft* 3/2016, 40-44

Olah N., Huth T. & Löhr D. (2017) – Die Finanzstratosphäre als Abbild der Nettobodenrenten. *Humane Wirtschaft* 6/2017, 34-37

Siebek J. – Verteilung. In: Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. 7. Auflage, Verlag Franz Vahlen, München 1999

Spars G. – Berücksichtigung öffentlicher Planungs- und Infrastrukturleistungen auf dem Markt für Bodenverfügungsrechte. Frankfurt a. M. 2000

Vickrey W. (1948) – Some objections to marginal-cost pricing. *The Journal of Political Economy* 56, 218-238

Zu den Autoren: Dr. Norbert Olah,
Prof. Dr. Thomas Huth & Prof. Dr. Dirk Löhr, MBA



Norbert Olah: studierte Physik an der Universität Düsseldorf und arbeitet heute als Software-Entwickler in der Industrie. Interessen: Theoretische Physik, Regelungstechnik, Chaos- und Katastrophentheorie, Selbstorganisation, Wirtschaftswissenschaft, Geldtheorie, Direkte Demokratie.

Thomas Huth: seit 2005: Professor für Geld- und Kapitalmärkte am Institut für Volkswirtschaftslehre, Leuphana Universität Lüneburg.

Dirk Löhr: Professor für Steuerlehre und Ökologische Ökonomik an der Hochschule Trier, Umwelt-Campus Birkenfeld. Vorsitzender der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft e. V., Sprecher des Zentrums für Bodenschutz und Flächenhaushaltspolitik, Steuerberater.

Blog: <http://rent-grabbing.com>

Nachruf auf eine große Förderin der Freiwirtschaft

Elena Schmauß, geb. Waldorf

* 12. April 1913 in Leverkusen † 20. Juli 2019 in München

Nachdem sie lange auf ihren Tod warten musste, konnte unsere Freundin und großzügige Förderin Elena Schmauß kürzlich in eine andere Welt vorangehen. Als wir uns bei einer Tagung „Silvio Gesell und Rudolf Steiner“ des „Seminars für freiheitliche Ordnung“ in Bad Boll im Oktober 1989 zum ersten Mal begegneten, hatte Elena Schmauß ihr 75. Lebensjahr bereits überschritten, war aber körperlich und geistig höchst beweglich. Damals lebte sie noch in Rio de Janeiro/Brasilien und konnte nur selten zu Tagungen nach Deutschland kommen. Das änderte sich im Laufe der 1990er Jahre mit ihrer Rückkehr nach Deutschland. Fortan nahm sie mehrfach als „Grande Dame“ in Tagungen teil und erzählte zuweilen auch etwas aus ihrem Leben.

Schon früh verloren sie und ihre fünf älteren Geschwister ihren Vater, so dass ihre Mutter die schwierigen Zeiten des Ersten Weltkriegs und der großen Inflation als Alleinerzieherin bewältigen musste. Auch zwei ihrer drei Brüder starben schon frühzeitig. Eine ihrer älteren Schwestern, die ebenfalls vor einigen Jahren im hohen Alter von 106 Jahren verstarb, nahm sie schon als 13-jähriges Mädchen mit zu Veranstaltungen der damaligen Jugend-, Wandervogel- und Lebensreformbewegung. Mit Begeisterung erzählte Elena Schmauß manchmal, dass sie Silvio Gesell und dem schweizerischen Lebensreformer Werner Zimmermann 1926 auf einer Jugendtagung in Kassel persönlich begegnet war. Die zahlreichen Schriften von Zimmermann und auch die des katholischen Theologieprofessors Johannes Ude, der sich in Österreich für die Friedensbewegung und später in der Antiatombewegung engagierte, hat sie alle gelesen und sich mehrfach auf den Weg gemacht, wenn Zimmermann und Ude Vorträge in Deutschland hielten.

Nach ihrer Lehre in einem Reformhaus eröffnete Elena Schmauß 1933 als 20-Jährige ein eigenes Reformhaus in Leverkusen, das sie in der NS-Zeit selbstständig betreiben konnte, ohne

sich NS-Organisationen wie dem BDM anzuschließen. Eines Tages kaufte der aus München stammende und in Leverkusen bei den Bayer-Werken tätige Chemiker Otto Schmauß in diesem Reformhaus ein und kam mehrmals wieder, weil er annahm, dass Elenas Geburtsname Waldorf etwas mit den anthroposophischen Waldorf-Schulen zu tun haben könnte. Er interessierte sich nämlich für die Waldorf-Pädagogik, für die Ernährungsreform und die Naturheilkunde - und bald auch für die Inhaberin dieses Reformhauses.

Nachdem Otto Schmauß für einige Zeit in die USA gegangen war, kam er nach Leverkusen zurück, denn die Zuneigung der beiden zueinander hatte die Zeit seiner Abwesenheit überdauert. Als der Zweite Weltkrieg begann, brauchte Otto Schmauß nicht Soldat zu werden, weil er in der ‚kriegswichtigen‘ Forschung für die Herstellung von synthetischem Kautschuk beschäftigt war. 1941 heirateten die beiden.

Nach dem Krieg konnte Otto Schmauß bei den Bayer-Werken bleiben und, da sich seine Hoffnung zerschlug, in die Schweiz gehen und als Chemiker bei der Fa. Weleda in der Nähe von Dornach tätig werden zu können, blieben er und seine Frau Elena in Leverkusen und planten dort ihre Zukunft. 1950 erwarben sie gemäß ihren bodenreformerischen Überzeugungen ein Erbbaugrundstück von der Stadt und erbauten darauf ein eigenes Haus. Während Bayer die Stadt zum Verkauf von Grundstücken drängte, wandten sich besonders zwei Abgeordnete der damaligen geld- und bodenreformisch eingestellten „Radikalsozialen Freiheitspartei“ (der Vorläuferin der „Freisozialen Union“) vehement gegen solche Verkäufe von städtischem Tafelsilber. Diese beiden Abgeordneten im Stadtparlament organisierten auch mehrfach Vortragsreisen von Werner Zimmermann und Johannes Ude durch das Ruhrgebiet, bei denen das Ehepaar Schmauß die Referenten in ihrem Haus beherbergte.



1957 ergab sich eine unerwartete Wende im Leben von Elena und Otto Schmauß. Nachdem sich ihr Kinderwunsch nicht erfüllte und Otto eine andere Beschäftigung in der Bayer-Niederlassung in Brasilien angeboten wurde, verkauften sie ihr Haus in Leverkusen, spendeten einen Teil des Verkaufserlöses für die damals gerade im Bau befindliche „Silvio-Gesell-Tagungsstätte“ zwischen Wuppertal und Neviges und siedelten sich nördlich von Rio de Janeiro in Teresópolis an - nicht weit entfernt von Petrópolis, wo der Schriftsteller Stefan Zweig im Exil gelebt hatte. Otto Schmauß konnte sich fortan ganz der Entwicklung von Gerbstoffen für Leder, Leder- und Textilfarben widmen und seine Versetzung, in die von Bayer ebenfalls betriebene Produktion von Insektiziden und Pestiziden vermeiden. Er machte Erfindungen und meldete sie als Patente an. So wurden Otto und Elena Schmauß wohlhabend, gehörten zum gehobenen Bürgertum und verkehrten bald mit Industriellen, Politikern, Ärzten und Künstlern.

Durch einen Artikel im „Journal do Brazil“ wurden Elena und Otto Schmauß auf den brasilianischen Bankier Santiago Fernandes aufmerksam und knüpften mit ihm und seiner Frau eine langjährige enge Freundschaft. Wie sie bald erfahren, war Santiago Fernandes als junger Mann Mitglied der brasilianischen Delegation bei der berühmten Konfe-

renz des Völkerbundes 1944 in Bretton Woods / New Hampshire (USA) gewesen und hatte sich dort für den visionären „Bancor-Plan“ ausgesprochen, mit dem der britische Ökonom John Maynard Keynes eine Grundlage für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung nach dem Zweiten Weltkrieg schaffen wollte. Fernandes, der auch mit den Geldreformvorschlägen von Silvio Gesell und dessen Konzept einer „Internationalen Valuta-Assoziation“ aus der Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg bestens vertraut war, hatte in Bretton Woods die große Enttäuschung erlebt, dass Keynes als Verhandlungsführer der britischen Delegation letztlich dem machtpolitisch ausgerichteten Konzept des US-amerikanischen Delegationsleiters Harry Dexter White unterlag, wodurch die Weichen für die Nachkriegsentwicklung der Weltwirtschaft tragischerweise falsch gestellt wurden. 1967 und nochmals 1991 erinnerte Fernandes in zwei seiner in portugiesischer Sprache verfassten Bücher an Keynes' „Bancor-Plan“, damit er nicht vergessen werde, und befasste sich in weiteren Publikationen auch mit der Schuldenkrise in Lateinamerika.

Als ihr Mann Otto 1985 verstarb, blieb Elena Schmauß zunächst noch in Brasilien, reiste aber einmal im Jahr nach Deutschland, um unter anderem an der eingangs erwähnten Tagung des „Seminars für freiheitliche Ordnung“ im Herbst 1989 in Bad Boll teilzunehmen. Mein Vortrag über „Silvio Gesell und Rudolf Steiner“ und auch die dort gezeigte, zwei Jahre zuvor anlässlich von Gesells 125. Geburtstag in seinem Geburtsort St. Vith/Belgien entstandene Ausstellung über das Leben und Werk Gesells beeindruckten Elena Schmauß sehr. Sie fasste Vertrauen zu mir und als sie hörte, dass ich gerade die ersten vier der auf 18 Bände angelegten Ausgabe von Gesells „Gesammelten Werken“ auf der Basis von Spenden herausgegeben hatte und mit diesem Projekt noch einen langen Weg vor mir hatte, bat sie mich gegen Ende der Tagung, mir bei unserem Abschied noch etwas Zeit für ein Vier-Augen-Gespräch zu nehmen.

Zu meinem Erstaunen überreichte mir Elena Schmauß einen Briefumschlag mit einem Scheck über 5.000 DM. „Verwenden Sie das Geld bitte für die Druckkosten des nächsten Bandes von Gesells Werken.“ Danach reiste sie ab nach Leverkusen, wo sie noch einen Be-


such bei früheren Bekannten machen wollte. Und als sie 14 Tage später nach Brasilien zurückkehrte, brachte mir die Post zu meiner erneuten Überraschung einen Brief mit einem zweiten Scheck über nochmals 5.000 DM. Ich konnte dieses Glück kaum fassen. Mit diesen beiden ungewohnt großen Spenden war schon die Finanzierung der Druckkosten von Band 5 gesichert. Und da unterdessen noch weitere kleinere und mittlere Spenden von anderen Förderern eingingen, kam auch die Finanzierbarkeit weiterer Bände in Reichweite. Und je mehr Bände erschienen, desto mehr wurde der Zufluss weiterer Spenden zu einem Selbstläufer, bis schließlich 1997 der Band 18 erscheinen und die ganze Edition im Jahr 2000 mit dem Registerband abgeschlossen werden konnte. Alles in allem hat Elena Schmauß mehr als ein Drittel der Gesamtkosten dieses Projekts getragen, vielleicht sogar annähernd die Hälfte. Ihr verdanken wir also zu einem sehr großen Teil, dass wir dieses rund zehnjährige Projekt zu einem guten Ende bringen konnten.

In den Jahren 1991 und 1995 nahm Elena Schmauß an den großen Tagungen der internationalen „Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung“ in Konstanz am Bodensee und in Bern (Schweiz) teil. Dort lernte sie Helmut und Barbara Creutz sowie Margrit und Declan Kennedy kennen, woraus sich langjährige persönliche Freundschaften entwickelten. Im Sommer 1998 verkaufte Elena Schmauß ihr Haus in Teresópolis zu einem sehr günstigen Preis an einen anthroposophischen Arzt, dem sie für die Entdeckung und erfolgreiche Behandlung eines Myoms dankbar war. Mit dem Verkaufserlös förderte sie ein nahe gelegenes anthroposophisches Krankenhaus und übernahm außerdem eine langjährige Patenschaft für ein brasilianisches Mädchen, um ihr eine gute Ausbildung zu ermöglichen.

Endgültig von Brasilien nach Deutschland zurückgekehrt, wurde Elena Schmauß nunmehr eine Wahl-Münchenerin und fand neue Freundeskreise. Mit Inge Ammon, die eine Münchener Gruppe der „Christen für gerechte Wirtschaftsordnung“ (CGW) leitete, und anderen besuchte sie Kulturveranstaltungen und nahm noch im hohen Alter Jahr für Jahr an den Demonstrationen gegen die Münchener Sicherheitskonferenzen teil. Neue Freunde fand sie auch im Mün-

chener Zweig der „Anthroposophischen Gesellschaft“ und in der „Christengemeinschaft“ in München-West. Diese beiden Organisationen unterstützte sie großzügig und ermöglichte einer jungen Frau das Studium am Priesterseminar.

Auch gegenüber unserer „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenreform“ erwies sich Elena Schmauß weiterhin als großzügige Förderin, indem sie noch zweimal jeweils 100.000 DM spendete und der Stiftung sogar ihre Münchener Wohnung im Voraus vermachte, wobei sie sich ein unbefristetes und unentgeltliches Wohnrecht vorbehielt. Als ihr im Alter von etwa 100 Jahren nach einem Sturz und Knochenbrüchen das Alleinleben in ihrer Wohnung allzu beschwerlich wurde, ging sie in eine Münchener Senioreneinrichtung des Deutschen Roten Kreuzes, wo sie sehr gut umsorgt wurde. Dennoch nahmen bei Elena Schmauß verdrießliche Stimmungen zu, weil sie gern hätte Abschied von der Erde nehmen wollen und doch noch während mehrerer Jahre an vielen Morgenden enttäuscht wieder erwachte. Diese Verstimmungen wirkten sich leider auch auf unsere persönlichen Freundschaften aus, was aber unsere große Dankbarkeit ihr gegenüber nicht schmälerte. Und gegen Ende ihres Lebens war sie schließlich wieder milder und versöhnlicher gestimmt.

Die „Stiftung für Reform der Geld und Bodenordnung“ hätte ihre Tätigkeiten schon vor vielen Jahren einstellen müssen, wenn Elena Schmauß ihr nicht um das Jahr 2000 die beiden großen Spenden zugewendet hätte und wenn - als diese Spenden für unsere Tätigkeiten ausgegeben waren und nur noch wenige andere Spenden eingingen - der kürzlich ebenfalls verstorbene 1. Vorsitzende Fritz Andres es vor einigen Jahren nicht im ‚Vorgriff‘ auf einen späteren Erlös aus dem Verkauf der Münchener Wohnung mit einem zinslosen Kredit ermöglicht hätte, ihre Tätigkeiten aufrechtzuerhalten. Beiden sind wir von Herzen dankbar für ihre großzügige Unterstützung und für die verbleibenden finanziellen Reserven, von denen die Stiftung noch bis auf Weiteres wird zehren können, um insbesondere ihre Internetseiten zu erhalten und weiter auszubauen und um das „Archiv für Geld- und Bodenreform“ dauerhaft zu sichern. 

Werner Onken

Ist die repräsentative Demokratie am Ende – oder erst in den Kinderschuhen?

Eine Erwiderung auf zwei Beiträge von Prof. Wolfgang Berger

Johannes Heinrichs

Lieber Herr Kollege Berger, wir sind uns einige Male in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte begegnet, zuletzt wohl im Frühjahr 2006, als ich mich auf Einladung der Berliner Humanwirtschaftsgruppe gerade entschlossen hatte, dort bei den Repräsentantenhaus-Wahlen als Spitzenkandidat zur Verfügung zu stehen. Die Wahl wurde kein voller Erfolg für die Humanwirtschafts-Partei, wie er meines Erachtens möglich gewesen wäre, weil die notwendige Einheit von Geld- und Demokratiereform aus persönlichen Gründen nicht wirklich durchgehalten und die beiden Anliegen doch wieder auseinanderdividiert wurden. Sie sagten mir damals vor dem Auseinandergehen, mein Konzept der „Viergliedderung der Demokratie“ – heute spreche ich mit meinen politischen Freunden lieber von viergegliederter „Wertstufendemokratie“ – sei ja allenfalls etwas für die ferne Zukunft und derzeit nicht realisierbar.

Ich habe seither Ihre kenntnisreichen Beiträge in der **HUMANEN WIRTSCHAFT** stets mit großem Interesse gelesen, wenn auch nicht immer mit Einverständnis, wenn es z. B. um die Einschätzung des russischen Präsidenten Putins ging. Ich sah mich allerdings nicht herausgefordert, zu solchen politischen Einschätzungen Stellung zu nehmen, jedenfalls nicht öffentlich, weil es mir stets um strukturelle Fragen geht. Nun aber haben Sie in diesem Jahrgang der „Humanen Wirtschaft“ zwei gewichtige Beiträge zum Demokratieproblem geliefert. Durch diese fühle ich mich nun allerdings sehr herausgefordert, weil sie meiner Sichtweise und meinen in Büchern breit und auch in dieser Zeitschrift mehrfach ausgearbeiteten Entwürfen nicht nur teilweise entgegengesetzt

sind, sondern weil Sie diese schlicht ignorieren. Da Ignorieren nun keine Form des demokratischen „Diskurses“ ist, möchte ich es nicht fortsetzen. Ich kann dieses Modewort „Diskurs“ wegen seiner von Habermas geprägten und von ihm wie von anderen tausendfach populistisch ausgenutzten Mehrdeutigkeit immer nur in Anführungszeichen verwenden: Meint es Argumentation oder (wie im Englischen und Französischen) thematischen Diskussionszusammenhang überhaupt, mit allen Äußerungsformen? Ich jedenfalls möchte auf Argumentation hinaus, wenn ich mich nun auf Ihre Beiträge „System Change Now“ (HW Heft 2/2019) und „Direkte Demokratie“ (HW Heft 4/2019) beziehe.

Ihre Einschätzung, dass die gegenwärtigen Politiker alle Bodenhaftung verloren haben und dass dies systemische Gründe in der derzeitigen Form des Parlamentarismus (mit dem derzeit auf über 700 Sitze teuer aufgeblähten Bundestag) hat, teile ich voll und ganz. „Das System verlangt ein immer Mehr, Höher und Schneller. Wer dort drin sitzt, muss mitspielen. Irgendwann reißen die Halterungen und alle fliegen aus den Sitzen. Dann ist das System am Ende. Dieser Tag ist jetzt nicht mehr fern“ (Heft 2, S. 27). Ob Sie mit Ihren Vorschlägen das Ende dieser Vierteldemokratie, wie ich sie nenne, beschleunigen oder noch verzögern, ist eine andere Frage.

Mit Recht verdeutlichen Sie, dass nur Parteimitglieder Aussicht auf eine Direktwahl durch die Erststimme haben, von den Parteilisten für die Zweitstimmen zu schweigen. Sie sprechen von einem Politikmonopol der Parteien, die durch Fraktionsdisziplin der angeblich freien Gewissensentscheidung der gewählten Abgeordneten Hohn sprechen,

von dem blühenden Lobbyismus, der dafür sorgt, dass unsere angebliche Demokratie im Grunde eine Plutokratie ist. Unser parlamentarisches System stecke in einer tiefen Krise, weil die Wahlergebnisse die Erwartungen und Überzeugungen der Wähler nicht mehr widerspiegeln. Das System sei am Ende (S. 28). Mit alledem sprechen Sie mir voll aus dem Herzen. Ich habe es in meinem Buch „Revolution der Demokratie“ (2003/2014) und vielen Artikeln mit anderen Worten ebenso gezeichnet.

Allerdings habe ich als einen Hauptgrund dieses dysfunktionalen Systems die mangelnde Sachorientierung des gegenwärtigen Parteienwesens hervorgehoben: Unsere jetzigen Parteien werden für alles und daher nichts gewählt. Selbst wenn sie, wie z. B. die Grünen, einen traditionellen Kompetenzschwerpunkt in der Umweltpolitik haben, heißt das nicht, dass diese Partei mit ihrer kulturnivellierenden Multi-Kulti-Haltung auch kompetent für die Migrationspolitik¹ war und ist (weshalb ich sie früh wieder verließ). So könnten wir die Stärken und Schwächen aller Parteien durchgehen. Doch der Wähler steht regelmäßig und systemisch zwangsläufig vor einem Dilemma, nein vielen Dilemmas.

Weil dieses System der Unsachlichkeitsparteien jedoch nicht naturnotwendig ist, sondern in ein System der

¹ Vgl. zu dieser Thematik mit den vielen falschen Alternativen v. Verf.: Gastfreundschaft der Kulturen. Der Weg zwischen Multikulti und neuem Nationalismus, Stuttgart 2017. – In HW 04/2019, S. 14 bestätigt G. Moewes in seinem hervorragenden Artikel über die Wirkungen von Globalisierung und Welthandel treffend die fatale Dialektik, vor der ich schon in der ersten Auflage von 1994 warnte: „Der Anspruch der globalen Eliten, die Bevölkerungen unbedingt im Sinne ihrer falschen Weltvorstellungen politisch korrekt zu erziehen, hat den politischen Rechtsruck ausgelöst“ (S. 14).

Sachparteien verwandelt werden kann, habe ich aufgrund der systemtheoretisch begründeten Unterscheidung der Ebenen Wirtschaft, Politik im engeren Sinne, Kultur und Grundwerte eine ganz andere Folgerung gezogen als Sie, und hier liegt der gewichtige Unterschied:

*Nicht das parlamentarische System und die repräsentative Demokratie sind am Ende, sondern das System der Unsachlichkeitsparteien und des Einheitsparlamentarismus. Diese alte Unordnung muss und kann einem System von **Sachparteien** Platz machen, die in einem nach den großen Wertstufen gegliederten Parlamentarismus bereichsspezifisch gewählt werden, **so dass jede Wahl zugleich eine Sachabstimmung über die Besetzung einer der parlamentarischen Kammern wird:** über Wirtschaft, so dass wir erstmals in der Geschichte eine Wirtschaftsdemokratie hätten, die diesen alt-gewerkschaftlichen Namen wirklich verdient und worin sich die Kompetenz der Geld- und Wirtschaftsreformer austoben und bewähren könnte; über Politik im engeren Sinn (Territorium, Sicherheit, Außenbeziehungen, Rechtsentwicklung), Kultur (Pädagogik, Wissenschaft, Publizistik, Künste), Grundwerte (die im Grundwerteparlament in einem pluralistischen Ringen durch Weltanschauungen, Ethiken, Religionen und spirituellen Einstellungen definiert werden, soweit diese Grundwerte der rechtlichen Definition bedürfen).*

Für jede Wertebene könnte, nein müsste es eine unabhängig gewählte parlamentarische Kammer geben, wobei der Vorrang der Grundwerte über die Kultur, dieser über die Politik sowie all dieser über Wirtschaft durch eine Vorrangregelung der Gesetzgebung zu gewährleisten wäre, was durch die bereits heute üblichen mehrfachen „Lesungen“ (Gesetzesvorlagen) in den Teilparlamenten leicht zu gewährleisten wäre. Die fundamentale Rolle der Wirtschaft würde auf diese Weise von einer herrschenden zu einer dienenden. Das Grunddogma, das viele Humanwirtschaftler noch immer mit Marxisten und Neoliberalen teilen, dass nämlich von der Wirtschaft allein das Ganze der Gesellschaft in Ordnung zu

bringen wäre, wäre mit dieser systemisch ermöglichten, ja erzwungenen dienenden Rolle der Wirtschaft endlich konstruktiv zu überwinden.

Außer der Gliederung der Legislative würde sich auch die Exekutive in ihren beiden verschiedenen Formen als Regierungs- und Verwaltungsexekutive natürlich gliedern, so dass das Versagen bzw. der Vertrauensentzug eines der Regierungschefs (zuständig für die Ministerien einer Systemebene) nicht sogleich eine Staatskrise bedeuten würde. Nebenbei würde der Wähler über die Legislative auch in ganz anderem Maße die Verwaltung (die in den bisherigen Staatstheorien vernachlässigt wurde) kontrollieren können.

Sie entwickeln am Schluss des ersten Artikels Vorstellungen von einer verfassungsgebenden Versammlung, die unsere bisherige repräsentative oder parlamentarische Demokratie auf legalem Wege als Ganze zu Grabe tragen und eine „direkte“ Demokratie der Volksabstimmungen ausrufen soll. Ich denke, dass diese Vorstellung viel utopischer, irrealer ist als meine Forderung, dass eine verfassungsgebende Versammlung oder sogar der bestehende Bundestag unter dem Druck der Öffentlichkeit die qualitative Weiterentwicklung des bisherigen plutokratischen Halbparlamentarismus in ein wertgestuftes Gefüge eines 4-Kammer-Parlamentarismus überführt. Eine solche Wertstufendemokratie bildet nämlich, wie ich an vielen Stellen ausgeführt habe, *eine innere Synthese von parlamentarischer und direkter Demokratie*, weil jede Wahl von Abgeordneten zugleich eine Sachabstimmungen über einen der großen Sach- oder Wertbereiche darstellt.

In Ihrem zweiten Artikel „Direkte Demokratie“ (Heft 4/2019) rudern Sie insofern etwas zurück, als Sie dort nun einen Mix von Parlamentarismus und direkten Abstimmungen befürworten. *„Die Allmacht der Politik wird erst begrenzt, wenn Elemente einer direkten Demokratie das repräsentative System ergänzen. Direkt-demokratische Verfahren werden in das repräsentative System eingebettet“* (Heft 4, S. 32). Dieser Mix ist mir zu unklar und viel zu wenig.

Ich habe in dem Buch „Revolution der Demokratie“ (2003/2014) und öfter

ausgeführt, dass auch Volksinitiativen und Volksabstimmungen immer tonangebende Repräsentanten haben, was von den bisherigen Befürwortern der direkten geflissentlich übersehen wird – so als würde heutige direkte Demokratie die alte griechische Versammlungsdemokratie oder ein germanisches Thing sein (wovon die Bürgerversammlungen in Schweizer Gemeinden noch ein traditioneller Rest sind).

Ein Mix ist noch keine durchdachte, innere Synthese. Eine solche aber wäre eine gegliederte Wertstufendemokratie, indem *Wahlen von Vertretern zugleich Abstimmungen über sachliche Wertentscheidungen darstellen*, wo jedoch nicht das *Mehrheitsprinzip* allein herrscht, sondern zugleich die Prinzipien der Vertrauensdelegation sowie der kompetenten Beratung, die alle für eine weiter entwickelte Demokratie wesentlich sind. Die alte, konventionelle Demokratietheorie trägt dieser Dreiheit der Prinzipien nicht Rechnung. Zusammen mit der heute unerlässlichen systemischen Sichtweise sind es vier Prinzipien: die Mehrheitsregel (das von dem Revolutionär Friedrich Schiller für sich allein mit Recht als „Unsinn“ deklariert wurde!), die *Vertrauensübergabe* (Machtdelegation an kompetente Vertreter), das der Beratung von Kompetenten sowie eben das der *systemischen Gliederung*.

Das Zufallsprinzip (dem Sie das Wort reden, Heft 4, S. 30) gehört dagegen nach meinem Verständnis keineswegs zu den Prinzipien künftiger demokratischer Partizipation, weil diese stets Freiheit in Form von Eigenaktivität, Interesse und Kompetenz einschließen sollte. Die Chancengerechtigkeit muss anders hergestellt werden als durch blinden oder pseudoreligiösen Zufall, der schnelle und kompetente Entscheidungen behindern würde. Die unvorbereitet durchs Los beglückten Hobby-Parlamentarier brauchten lange quasi-therapeutische Hinführung auf ein solches Amt. Diese abstruse Idee jenes Belgiers, den sie zitieren, wurde im November 2016 im „Spiegel“ ausgebreitet, eben weil sie in ihrer Abstrusität völlig harmlos ist, während das Konzept der viergliedrigen Wertstufendemokratie noch nicht die Ehre hatte. Denn das würde ja ernst-

haft die erstarrte Republik in Bewegung bringen! Selbst diesbezügliche Leserbriefe wurden um die entscheidenden Passagen verstümmelt.

Das Aufkommen populistischer Strömungen in Großbritannien und ganz Europa sowie in den USA beweist derzeit deutlichst die grobe Einseitigkeit der direktdemokratischen Mentalität, die von den von Ihnen zitierten Vertretern (es sind dirigistische „Repräsentanten“!) von „Direkte Demokratie e. V.“ mit ideologischem Fleiß geleugnet wird. Ich war kurz nach der Brexit-Abstimmung von 2016 in einer Düsseldorfer Vereinsversammlung von „Mehr Demokratie“ und habe erlebt, wie krampfhaft man die offen zu Tage getretenen Gefahren dieser Einseitigkeit zu vertuschen suchte. Das Publikum zeigte sich übrigens interessiert und offen, als ich meine Vorstellungen von Wertstufendemokratie gegenüber einem aus der Schweiz „eingeflogenen“ Referenten zur Sprache brachte. Doch mochten die Leiter eine solche Diskussion über ihr zentrales Herzensanliegen „Volksabstimmungen auf Bundesebene“ nicht aufkommen lassen. In diese wenig bedeutungsvolle Richtung fließen derzeit die meisten Mittel und Kräfte des Vereins, auch die des Denkens. Schon hier wieder eine sehr gelenkte (ich weiß nicht von welchen Kreisen subventionierte) „Direktheit“ von Demokratie. Solche simple Direktheit ist nichts als eine Dirigierte, wie das Brexit-Theater besonders eindrucksvoll beweist. Dies könnte allerdings nunmehr, nach ausgiebiger öffentlicher Diskussion, nur durch eine neue Volksabstimmung würdig beendet werden.

Ich leugne also nicht den gelegentlichen Wert von Volksabstimmungen für Verfassungsfragen und für Fragen von nationaler Tragweite, und zwar nach reiflicher öffentlicher Diskussion. Nur taugen sie nichts für die alltäglichen demokratischen Entscheidungen. Dazu taugt dagegen ein mit systemischer Vernunft gegliedertes und jeweils kompetenten Vertretern beschicktes Parlament. Dieser Schritt wäre ein angemessener Wiedergutmachungsbeitrag der Denknation Deutschland in Sachen Demokratie.

Auch die von Ihnen so hochgelobte direkte Demokratie der (nach dem Urteil


eines Insiders und Kenners wie Jean Ziegler extrem plutokratischen und korrupten) Schweiz, besteht aus einem schwer durchschaubaren Mix von repräsentativen und direkten Elementen – was im Grunde zeigt, dass die historische Entgegensetzung beider Demokratiearten selbst überholt und derzeit hochideologisch ist. Ich kenne in Europa keinen selbstgefälligeren Nationalismus als den der „neutralen“ Schweiz, deren blühende Finanzgeschäfte, legale und illegale, seit dem Zweiten Weltkrieg von hochbewaffneten Ländern ringsum geschützt werden und die von drei (noch) intakten großen Kulturen außerhalb ihrer Grenzen zehrt. Uns dies als die Zukunft der Demokratie zu verkaufen, hat schon etwas merkwürdig Tendenziöses. Eine solche populistische Vertuschungs- bzw. Verklärungs- und Vereinfachungstendenz sehe ich leider auch in Ihren Ausführungen am Werk.

Zu guter Letzt: Wenn Sie das gegenseitige Zuhören als demokratische Tugend hervorheben (Heft 4, S. 31), wenn Sie vielleicht sogar das allseitige Zuwortkommen als Maßstab gelten lassen, dann muss ich doch noch einmal meine Verwunderung äußern, dass Sie meine konstruktiven, zwar friedlich-revolutionären, aber doch nicht ganz illusorischen, sondern sozialphilosophisch wohl fundierten Vorschläge zu einer gegliederten Wertstufendemokratie als einer kommunikativen Gesellschaft bei dieser wichtigen Diskussion gänzlich ignorieren. Eine Diskussion sind sie doch vielleicht immerhin wert.

Noch einmal, gerade für die Verwirklichung von Geldreform, gar einer Wirtschaftsdemokratie im mehr als gewerkschaftlichen Sinne ist dieser ganzheitlich-demokratische Rahmen völlig unerlässlich. Ohne das „schwere Gerät“ eines erneuerten demokratischen Rechtsstaates wird eine durchgreifende Geld- und Wirtschaftsreform, die Beseitigung der herrschenden Plutokratie, niemals friedlich möglich werden! Diese Einsicht sollte sich bei den Humanwirtschaftlern endlich herumsprechen. Wie übrigens auch eine durchgreifende Klimapolitik ohne effiziente Institutionen einer demokratischen Wertrealisierung, und das heißt einer intelligenten Wertstufen-Realisierung nach den genannten Ebenen auch nur ein

Notstands-, aber kein kontinuierliches Wert-Management sein kann. Das war mein Anliegen bereits in meinem allerersten Beitrag im „Dritten Weg“ (3/1994)^[2], der Vorgängerin der „Humanen Wirtschaft“, also vor 25 Jahren. Es war übrigens die erste Veröffentlichung überhaupt zur Idee der Viergliederung des Parlamentes, wofür ich dankbar bin. Während die Reflexions-Systemtheorie schon 1975 in meinen ersten Frankfurter Vorlesungen zum Durchbruch kam, war die Gliederung des Parlaments für die Praxis entscheidend.


Das Werden einer modernen Demokratie brauchte schon immer viel Zeit, mit ungeheuren Rückschlägen wie 1848 und 1933, auch Halbheiten wie 1990, zugestanden. Heute wird die Bedeutung des gegliederten Parlamentarismus, übrigens nicht zuletzt für Europa und neue gesamteuropäische Parteien, außerhalb der auf Geldreform allein zentrierten Kreise oft schon besser verstanden.

Ich hoffe, Ihnen, sehr geschätzter Herr Berger, und manchem Leser, die Tragweite und Ernsthaftigkeit meines demokratietheoretischen Anliegens neu in Erinnerung gerufen zu haben. 

Duisburg am Rhein, Ende Juli 2019

² Der damalige Titel lautete: *Natürliche Wirtschaftsordnung und natürliche Sozialordnung*; jetzt: *Vom menschlichen Handeln zum sozialen System*, Kap. 3 in: *Sprung aus dem Teufelskreis*, Varna ²2005; Neuausgabe Baden-Baden 2019.

Zum Autor

Prof. Dr. habil. Johannes Heinrichs 



Jahrgang 1942, Prof. Dr. phil., Studium von Philosophie, Theologie, Germanistik und Psychologie, 1972 Promotion, 1975 Habilitation für Philosophie, war bis 2002, als Nachfolger Rudolf Bahros, Professor für Sozialökologie an der Berliner Humboldt-Universität. Seither Tätigkeit als freier Philosoph und Schriftsteller. Heinrichs ist Autor von über 20 Büchern.



<http://www.johannesheinrichs.de>
E-Mail: johannes.heinrichs@gmx.de

fußstück

entdeckt von Anselm Rapp in:
„Auferstehung“ von Leo Tolstoi (Zweiter Teil, Kapitel 6)

Alles war ihm jetzt so klar, daß er sich nicht genug wundern konnte, wie die Leute das nicht einsahen, und wie er selbst so lange nicht sah, was so augenscheinlich klar war. Das Volk stirbt aus, es hat sich an sein Aussterben gewöhnt, es haben sich bei ihm die dem Aussterben eigentümlichen Erscheinungen eingestellt, Sterblichkeit der Kinder, übermäßige Arbeit der Frauen, Mangel an Nahrung für alle, besonders für die Alten. Und so allmählich ist das Volk in eine Lage gekommen, deren ganzes Grausen es selbst nicht sieht, so daß es nicht einmal klagt. Daher glauben auch wir, daß es so nur natürlich sei und so sein müsse. Jetzt war es ihm klar wie der Tag, daß die Hauptursache des Volkseleids, die immer vom Volk selber eingesehen und hervorgehoben wurde, darin bestand, daß das Land, von welchem einzig das Volk sich ernähren konnte, ihm von den Grundbesitzern genommen war. „Es ist aber vollkommen klar, daß die Kinder und die alten Leute sterben, weil sie keine Milch haben; sie haben aber keine Milch, weil sie kein Land haben, um das Vieh zu weiden, Brot und Heu zu ernten; es ist ganz klar, daß das ganze Elend des Volkes, oder wenigstens die nächste Hauptursache des Volkseleids darin hegt, daß das Land, das es ernährt, sich nicht in seinen Händen, sondern in den Händen von Leuten befindet, die ihr Recht auf den Boden ausnützen und von der Arbeit dieses Volkes leben. Das Land aber, das den Leuten so notwendig ist, daß sie, seiner ermangelnd, zugrunde gehen müssen, wird von diesen bis zur äußersten Not gebrachten Leuten bearbeitet, damit das Brot im Ausland verkauft wird und damit die Besitzer des Bodens sich Hüte, Spazierstöcke, Kaleschen, Bronzen kaufen können.“ Das war ihm jetzt so klar, wie es ihm klar war, daß in einer Umzäunung eingeschlossene Pferde, wenn sie alles Gras unter den Füßen aufgefressen haben, mager werden und Hungers sterben, wenn man ihnen nicht die Möglichkeit gibt, anderes Land zu benutzen, auf dem sie Futter finden können.

Und das war schrecklich, und durfte nicht – konnte nicht so sein! Man mußte doch Mittel finden, daß es nicht mehr so ist, oder wenigstens, daß man selber keinen Teil daran nehme. „Und ich finde diese Mittel unbedingt“, dachte er, in der nächsten Birkenallee hin und her gehend.

„In den wissenschaftlichen Gesellschaften, in den staatlichen Instituten, in den Zeitungen reden wir von den Ursachen der Armut des Volkes und von den Mitteln zur Hebung derselben, nur nicht von dem einzigen unzweifelhaften Mittel, das das Volk sicher heben würde, und welches darin besteht, daß man ihm das weggenommene, ihm notwendige Land zurückgibt.“ Und er erinnerte sich lebhaft an die Grundsätze Henry Georges und an seine Begeisterung für denselben, und er wunderte sich, wie er das alles habe vergessen können.

„Das Land kann nicht Gegenstand des Eigentums, kann nicht Gegenstand des Kaufs und Verkaufs sein, so wenig wie Wasser, wie Luft, wie die Sonnenstrahlen. Alle haben das gleiche Recht auf das Land und auf alle Vorteile, die es den Menschen bietet.“

Und er begriff jetzt, warum er sich geschämt hatte, an die Ordnung der Verhältnisse in Kusminskoje zu denken. Er hatte sich selber betrogen.

Wissend, daß der Mensch kein Recht auf den Boden haben kann, hatte er für sich dieses Recht in Anspruch genommen und den Bauern einen Teil dessen geschenkt, von dem er in innerster Seele wußte, daß er gar kein Recht darauf habe. Jetzt würde er das nicht mehr tun; er wird das, was er in Kusminskoje getan, ändern. Und er formte in seinem Kopf einen Plan, der darin bestand, den Bauern den Boden für eine Rente zu verpachten, diese Rente aber sollte Eigentum derselben Bauern sein; sie sollten dies Geld zahlen und für Steuern und Gemeindeangelegenheiten verwenden. Das war noch keine „single tax“, aber es war die bei der jetzigen Ordnung möglichst größte Annäherung an dieselbe. Die Hauptsache aber war, daß er auf die Ausnutzung seiner Rechte auf das Grundeigentum verzichtete.



Bestellschein:

Bitte per Fax an +49(0)201 - 458 457 86
oder im Briefumschlag
senden an:

HUMANE WIRTSCHAFT
Katharinenstraße 14

45131 Essen

Ich bestelle die umseitig eingetragenen Artikel
gegen Rechnung:

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
ggf. Kundennummer: _____
Datum: _____
Telefon/Fax: _____
E-Mail: _____
Unterschrift: _____



Bestellschein:

Bitte per Fax an (+49)201 -458 457 86
oder im Briefumschlag
senden an:

HUMANE WIRTSCHAFT
Katharinenstraße 14

45131 Essen

Ich bestelle das umseitig eingetragene Abonnement
gegen Rechnung
 Ich zeichne eine Fördermitgliedschaft

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
Kundennummer (falls vorhd.): _____
Datum: _____
Telefon/Fax: _____
E-Mail: _____
Unterschrift: _____

BUCHEMPFEHLUNGEN

Silvio Gesell: „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ (1920)
Verlag für Sozialökonomie, letztmalig 1920 von Silvio Gesell überarbeitete 4. Auflage,
2009, Paperback, 440 Seiten, 25,00 €, ISBN 978-3-87998-421-3 (Band 11)



Das Standardwerk des Begründers der Natürlichen Wirtschaftsordnung, das in seiner Logik nichts an Aktualität verloren hat. Mit seinem Reformkonzept war Silvio Gesell seiner Zeit voraus.

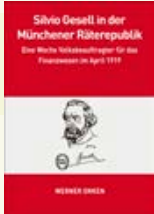
Anmerkung des Verlags: „Bei dieser Ausgabe handelt es sich um die letzte von Silvio Gesell selbst überarbeitete und durchgesehene Auflage

aus dem Jahr 1920. Die seinerzeit verwendete Frakturschrift wurde in einer besser lesbaren Schrift neu erstellt. Die frühere Rechtschreibung wurde beibehalten. Wir haben lediglich einige Schreibfehler und technische Mängel behoben und Abbildungen verkleinert, um sie aus dem Querformat in eine lesefreundlichere Position zu bringen. Am Inhalt wurde nichts verändert.

Um auch auf neuere Veröffentlichungen hinweisen zu können, wurde als Geleitwort die erweiterte Fassung aus dem Buch „Silvio Gesell und die Natürliche Wirtschaftsordnung“ von Werner Onken (Lütjenburg 1999) verwendet und für diese Ausgabe 2007 nochmals bearbeitet.“

<https://shop.humane-wirtschaft.de/NWO>

Werner Onken: „Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik – Eine Woche Volksbeauftragter für das Finanzwesen“, Oldenburg 2018, 110 S., Softcover, 16,00 €, ISBN 978-3-933891-31-0



Nach dem Ersten Weltkrieg ging aus der deutschen Novemberrevolution im April 1919 die Münchener Räterepublik hervor. Schon nach wenigen Wochen wurde sie von deutschen Regierungstruppen blutig niedergeschlagen.

Es geht in dieser Studie um den deutsch-argentinischen Kaufmann und Sozialreformer, der als Volksbeauftragter für das Finanzwesen an der Münchener Räterepublik beteiligt war. Dargestellt werden seine Ziele, seine Mitwirkung in der Räterepublik und sein Schicksal nach ihrer Niederschlagung. Außerdem wird geschildert, wie er die wirtschaftspolitische

Entwicklung der 1920er Jahre beurteilte, die danach zum Absturz Deutschlands in die Barbarei des Nationalsozialismus beitrug.

Erhältlich in jeder Buchhandlung oder über:

Dieter Fauth, Betzengraben 5, 97299 Zell.

E-Mail: post@dieterfauth.de (Lieferung frei Haus)

Michael Kopatz: „Ökoroutine – Damit wir tun, was wir für richtig halten“
oekom verlag, München, Juli 2016, 416 Seiten, 24,95 €, ISBN 978-3-86581-806-5



Dieses Buch macht Schluss mit umweltmoralischen Appellen! Es zeigt: Wir können nachhaltig leben, ohne uns tagtäglich mit Klimawandel oder Massentierhaltung befassen zu müssen. Wir machen ökologisches Leben einfach zur Routine!

Was unmöglich erscheint, ist konzeptionell einfach: Mülltrennung, Sparlampen, Effizi-

enzhäuser – alles längst akzeptiert oder in Reichweite. Was wir zur Durchsetzung einer gelebten Nachhaltigkeit brauchen, ist eine Politik, die neue, innovative Standards und Limits durchsetzt: Wenn Geräte weniger oft kaputtgehen, die Tierhaltung artgerechter wird oder bedenkliche Zusatzstoffe aus Lebensmitteln verschwinden – welcher Ver-

braucher würde sich darüber beschweren? Michael Kopatz präsentiert in diesem Buch eine Vielzahl leicht umsetzbarer, politischer Vorschläge für alle Lebensbereiche, damit die Utopien von heute schon bald die Realitäten von morgen werden.

Weitere Informationen unter: www.oekoroutine.de

Zu beziehen im Shop: https://shop.humane-wirtschaft.de/kopatz_oekoroutine

Eugen Drewermann: „Geld, Gesellschaft und Gewalt – Kapital und Christentum (Band 1)“
Patmos Verlag, 406 S., Hardcover m. Schutzumschlag, 32,00 €, ISBN 978-3-8436-0817-6



Immer mehr, immer schneller, immer weiter: Die derzeit herrschende Wachstumsdoktrin ist nicht nur schädlich, sie ist ruiniös. Es werden immer mehr Produkte auf den Markt geworfen – zu Lasten der armen Bevölkerung und der Natur.

Eugen Drewermann zeigt auf, dass eine nachhaltige und damit nicht länger wach-

tumsbestimmte Wirtschaftsform die einzig realistische und tragfähige ist. Leicht verständlich erläutert er wirtschaftswissenschaftliche Zusammenhänge und deutet die derzeitige Weltlage tiefenpsychologisch fundiert.

Ein unverzichtbares Werk für alle, die die Problematik der aktuellen ökonomischen und damit ökologischen Entwicklungen erkennen und etwas ändern wollen.

»Es gibt im Kapitalismus keine Messfühler, die auf Mitleid oder Menschlichkeit oder moralische Verantwortung reagieren würden (...) Womit man es zu tun hat, sind nicht Personen, die man mit moralischen oder religiösen Argumenten erreichen könnte; man hat es zu tun mit einem System, das nach eigenen Regeln funktioniert, und nur, wenn man diese Regeln begreift, ... besteht eine gewisse Aussicht, etwas zu erreichen.«

Eugen Drewermann

Zu beziehen im Shop: https://shop.humane-wirtschaft.de/Drewermann_G_G_G

Die Zeichen der Zeit unserer ZEITschrift.

Funkgesteuerte TOP-Metall Wanduhr (ca. 25 cm Ø). Gebürstetes Aluminiumgehäuse, **kein lästiges Ticken**, stellt sich automatisch und zeigt Ihnen immer, was die Stunde geschlagen hat. Die Uhr holt sich die korrekt Zeit per Funk. Kein Umstellen von Sommer-/Winterzeit nötig. Kein Nachstellen erforderlich. Erste Batterie im Paketpreis enthalten.



Auslieferung in dekorativer Einzel-Geschenkbbox.
Eignet sich hervorragend zum Verschenken!

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat für Verunsicherung gesorgt und der Glaube an die Unfehlbarkeit des Marktes ist vielfach abhandengekommen. Was läuft falsch?

Werner Peters analysiert nicht nur die Ursachen und den Ver-

lauf der Krise, sondern entwickelt Lösungen. Er sieht das Grundproblem in der fehlenden Ethik des Kapitalismus, der sich alleine durch seine vermeintliche Effizienz rechtfertigt. Seine Idee ist eine erstzunehmende Grundlage für den Diskurs über eine bessere Gesellschaft, an der jeder Einzelne mitwirken kann.

https://shop.humane-wirtschaft.de/werner_peters_generositaet

Werner Peters: „Generosität – Für einen aufgeklärten Egoismus“ Edition Steffan, Köln (Sept. 2013), Paperback, 232 Seiten, 19,90 € ISBN 978-3-923838-71-4

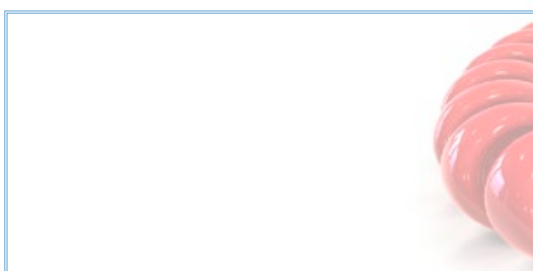


D 6,50 EUR
A 6,90 EUR
CH 9,80 SFR



HUMANE WIRTSCHAFT

...mehr als eine Zeitschrift



<https://humane-wirtschaft.de>



0002-9-TK – Helmut

zur Niedrigzinsphase sowie mit aktualisierten Grafiken!, Verlag Inomas Kubo UG, Dez. 2018, 495 Seiten, mit Fadennettung gebunden, Lesebändchen und Schutzumschlag, zahlreiche Grafiken, Abb. und Tabellen., ISBN: 978-3-96230-002-9

28,00 € (DE); 28,80 € (AU) HIER BESTELLEN-> <https://hwlink.de/GSneu>

Das faktenreiche Standardwerk eröffnet neue Einsichten in die Beziehungen zwischen Geld und den Entwicklungen der Probleme unserer Gesellschaft und zeigt Wege zur Überwindung der geldbezogenen Fehlstrukturen auf.

Warum werden die weltweit vagabundierenden Geldströme immer größer, weshalb reagieren die Kurse an den Aktien- und Vermögensmärkten immer hektischer und warum bekommen die Notenbanken Geldmenge und Kaufkraft nicht in den Griff? Vielleicht haben Sie sich auch schon gefragt, vor allem angesichts der Ereignisse in den letzten zehn Jahren, warum wir jedes Jahr unsere Wirtschaftsleistung steigern müssen und trotzdem die Staatsverschuldungen ständig zunehmen und ebenso die Scherenöffnung zwischen Arm und Reich? – Helmut Creutz veranschaulicht auf verblüffende Weise, wie all diese Fehlentwicklungen mit den Strukturen unseres Geldsystems zusammenhängen, und bietet sinnvolle und kompetente Lösungsvorschläge.



1226-1-ME – Dirk Lohr, Fred Harrison (Hg.): „Das Ende der Rentenökonomie“ – Wie wir globale Wohlfahrt herstellen und eine nachhaltige Zukunft bauen können, übersetzt aus dem Amerikanischen von Dirk Lohr et al. Metropolis-Verlag, Marburg 2017, 377 S., broschiert, ISBN: 978-3-7316-1226-1

34,80 €

Dieses Buch handelt von einem neuen ökonomischen Paradigma. Jeder politische Entscheidungsträger sollte es kennen. Spätestens seit der Wirtschaftskrise 2008 sind die herkömmlichen Wirtschaftswissenschaften unglaubwürdig geworden. Die ökonomische Erde in diesem durch die neoklassische Theoriwelt geprägten Fach ist eine Scheibe.

In „Das Ende der Rentenökonomie“ stellen 13 Beiträge dar, wie die Arbeiten der alten klassischen Ökonomen durch die Neoklassik pervertiert und im Interesse mächtiger Interessengruppen instrumentalisiert wurden. Die Beiträge leisten eine Rückbesinnung. Dabei beziehen sie sich auf die wichtigsten Arbeiten von Mason Gaffney, einem mittlerweile emeritierten Professor der University of California (Riverside), USA, und herausragendem heterodoxen Ökonomen. In seinem Sinne zeigt dieser Band, wie die Volkswirtschaft dem Gemeinwohl dienen kann. Die Befreiung aus der Zwangsjacke einer dauerhaften Stagnation, öffentlicher Armut, niedriger Löhne und Beschäftigungsunsicherheit ist möglich.

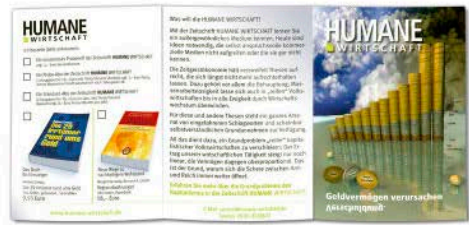


Zeitschrift
HUMANE WIRTSCHAFT
Einzelpreis 6,00 €

Juli/Aug.	04/2018	0518-4-HW
Okt./Nov.	05/2018	0518-5-HW
Jan./Feb.	01/2019	0519-1-HW
März/April	02/2019	0519-2-HW
Mai/Juni	03/2019	0519-3-HW
Juli/Aug.	04/2019	0519-4-HW
Sept./Okt.	05/2019	0519-5-HW

Ältere
Ausgaben
auf Anfrage.

Postkarten-Flyer HUMANE WIRTSCHAFT



Flyer Postkartenformat, ideal zum Verteilen, Bekanntmachen. Format: 105x148mm (Postkarte), 6 Seiten., je 100 Stück 10,00 €
Bestellnr.: 0911-1-HW

DIN-Lang Flyer HUMANE WIRTSCHAFT



DIN-Lang Flyer, ideal zum Verteilen, Bekanntmachen. Format: 100x210mm (DIN-lang), 6 Seiten., je 100 Stück 10,00 €
Bestellnr.: 0910-4-HW

Jahres-CD: 18,00 € Alle Ausgaben eines Jahrgangs!
Verfügbar von 2010 bis 2018 – auch zum Download!



2017: 4017-0-HW

2018: 4018-0-HW

Das Einsteigerpaket für Aussteiger

Alle fünf Ausgaben aus 2018 in einer Baumwolltasche
19,00 €



Bestellnr.: 0618-0-HW